

# GDS @ktuell

Forum für Hochschulkunde

der Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte (GDS)

[www.studentengeschichte.eu](http://www.studentengeschichte.eu)

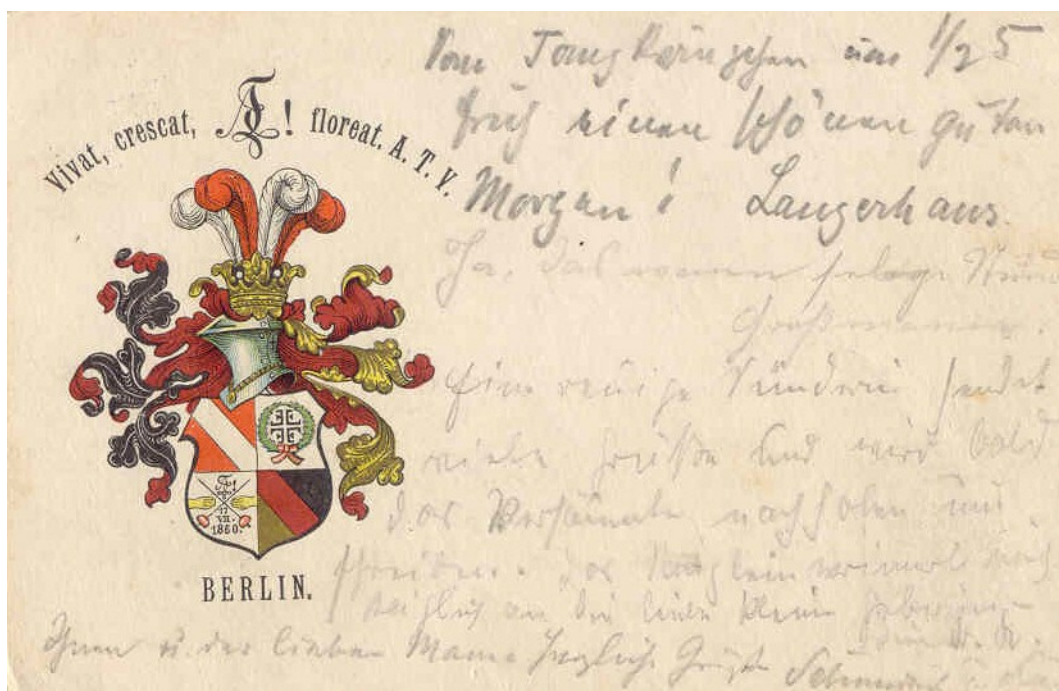
Nr. 278/279

VV 6.900

Aug./Sept. 2007

**Redaktion:** Dr. Bernhard Grün (Gesamtgestaltung/Nachrichten), Timo Sentner (Bibliographie),  
Dr. Harald Lönnecker (Nachrichten), Gerhard Taus (Festschriften), Karsten Schiewe (Zeitschriften)

**Zuschriften:** [gds-archiv@gds-web.de](mailto:gds-archiv@gds-web.de)



**Akademischer Turnverein (ATV) zu Berlin**, gegründet 18. 7. 1860, 1891 Teile gründen ATV Arminia Berlin, 1934/35 Fusion mit ATV Speer Berlin, ATV Altmark Berlin, ATV Kurmark Berlin, 1937 Akademischer und Askanischer Turnverein Berlin, 1949 wiedergegründet; Wahlspruch: „Mens sana in corpore sano“; Farben: schwarz-rot-gold; Couleurekarte: 1898 (SCC 2005: 2-003).

## Redaktionelles

Liebe Freunde!

„Mit dem Zweiten sieht man besser.“ In Anlehnung an den Werbeslogan eines bundesdeutschen Fernsehkanals stellt sich immer wieder neu die Frage, wie werden Studentenverbindungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen, aber auch: wie wollen sie selbst erkannt werden?

In den Medien, dort prototypisch bezeichnet als „Burschenschaften“, werden Verbindungen durch die Brille einseitig politisch gefärbt als „ewiggestrig“, wenn nicht schlimmer, gesehen. So wird mit pathologischer Blickdeviation nach rechts – wie zuletzt Anfang Oktober in Linz gegen österreichische Burschenschafter mit dem durchsichtigen Wortspiel „Turm(kommers) sprengen“ – nachgerade Widerstand zur moralischen Pflicht erklärt.

Zwischentöne sollen nicht sein und könnten den Betrachter verwirren. Ein gelassener Blick durch das Mikroskop der deutschen Geschichte, um Unterschiede zu sehen und Unterscheidungen zu treffen, Ursachen und Wirkungen zu

erkennen, ist daher unerwünscht. Aber schärfen die Verfehmten, selbst Verfechter des freien Worts und unwiderlegbar Keimzelle demokratischer Tradition, immer ausreichend den Blick nach rechts außen, um Vorurteile schlagend zu widerlegen?

Sollten monochromatische Sichtweisen möglicherweise aber doch einmal in Gefahr geraten, sich als Trugbild zu erweisen, ist es das Beste, vor anderen Realitäten beide Augen zu verschließen: So jüngst in Landau, wohin der Convent Deutscher Akademikerbände zum 175-jährigen Jubiläum des Hambacher Festes, einer der Geburtsstätten deutscher Demokratie, eingeladen hatte. Trotz Einladung war vorsorglich kein einziger Pressevertreter erschienen, wohl, um sich keines Besseren über die „Burschenschaften“ belehren lassen zu müssen. Schon deswegen möchten wir hier als Sonderdokumentation die sehr lesenswerten Reden und Ansprachen dieser Veranstaltung Ihrem kritischem Auge darbieten.

*Vivat Academia!*

*Dr. Bernhard Grün Z! Z!*

Sie kennen jemanden, der ebenfalls an dem Monatsbericht interessiert sein könnte und einen E-Postanschluß hat? Gerne sind wir bereit, unseren Verteiler an Interessierte zu erweitern! Nachricht an: [gds-aktuell@gds-web.de](mailto:gds-aktuell@gds-web.de)

### Meldungen & Materialien

- Geisteswissenschaften verloren in zehn Jahren 663 Professuren. Im Zeitraum von 1995 bis 2005 haben die 16 Bundesländer in den Sprach- und Kulturwissenschaften 663 Professorenstellen nicht wiederbesetzt und damit eingespart – ein Rückgang von 11,6 %. Dies ergibt sich aus einer vom Deutschen Hochschulverband vorgestellten Auswertung der amtlichen Erhebung des Statistischen Bundesamtes. „Angesichts dieser Zahlen brauchen wir im Jahr der Geisteswissenschaften 2007 nicht darüber zu streiten, ob es eine wirkliche oder eine gefühlte Krise der Sprach- und Kulturwissenschaften in Deutschland gibt“, erklärte der Präsident des Hochschulverbandes, Prof. **Bernhard Kempen**. Kempen warnte davor, die von den Hochschulen geforderte Profilbildung weiter zu Lasten der Geisteswissenschaften zu betreiben. Die angestrebte Kartierung sogenannter Kleiner Fächer in den Geisteswissenschaften sei als „Frühwarnsystem“ sinnvoll, als Mittel gegen weitere Stellenstreichungen taue die Kartierung aber nur begrenzt.

Die vom Deutschen Hochschulverband vorgelegten Zahlen belegen einen überproportionalen Abbau von Professuren in der klassischen Philologie (- 35 %) und in den Erziehungswissenschaften (- 34,8 %). Aber auch in anderen Fächergruppen gibt es überraschende Ergebnisse: Die Ingenieurwissenschaften verlieren in einer Dekade bundesweit 356 Professuren (- 13,3 %), die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften 96 Professuren (- 16,9 %), die Mathematik und Naturwissenschaften 264 Professuren (- 4,3 %) und die Humanmedizin 86 Professuren (- 2,7 %).

Im Aufwind befinden sich lediglich die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (+ 5,6 %) und die Kunstwissenschaft (+ 9,4 %). Insgesamt haben die Universitäten in einem Zeitraum von zehn Jahren 1.451 Professuren verloren. Die Zahl der Studierenden hat sich in demselben Zeitraum um 0,5% erhöht.

- Wissenschaftsrat will **Männerbünde** in der Wissenschaft ausbremsen. Frauen stellen zwar die Hälfte der Studierenden und 40 % der Promovierenden, aber in den Führungspositionen von wissenschaftlichen Einrichtungen sind nach wie vor zumeist Männer. Der Wissenschaftsrat hat daher auf seinen Sommersitzungen vom 11. bis 13. Juli 2007 in Berlin Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verabschiedet.

Gefordert wird, die an einigen Stellen bereits mit großem Erfolg eingesetzten Instrumente wie Anreizsysteme und Zielvereinbarungen zügig und konsequent auf alle Bereiche des Wissenschaftssystems auszudehnen. Für den Fall, daß dennoch in absehbarer Zeit keine deutlichen Verbesserungen erzielt werden würden, sei die Anwendung institutionalisierter und auch finanzwirksamer Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen erforderlich. Laut Wissenschaftsrat stehen nicht nur strukturelle Barrieren, sondern oft auch unterschwellige Diskriminierungen der wissenschaftlichen Karriere von Frauen entgegen. Bei der Ausbildung des Nachwuchses, Personalentscheidungen, Leistungsbewertungen und Förderverfahren müsse daher auf transparente und formalisierte Verfahren geachtet werden. Nur mit ihrer Hilfe könne der Einfluß von Männer-Seilschaften ausgeschaltet werden.

[www.wissenschaftsrat.de/presse/pm\\_2107.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/presse/pm_2107.pdf)  
[www.wissenschaftsrat.de/texte/8036-07.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/texte/8036-07.pdf)

- Die mittlerweile in fünf Bundesländern eingeführten Studiengebühren zahlen sich aus der Sicht der Studierenden nicht aus. Das geht aus dem „Gebührenkompaß“ der Universität **Hohenheim** hervor. Der Umfrage zufolge konnten

lediglich 14,8 % der Studierenden bereits im Sommersemester spürbare Verbesserungen der Lernbedingungen an ihrer Hochschule feststellen. 71,2 % gingen dagegen davon aus, daß es trotz Geldbeiträgen zu keiner positiven Veränderung kommt. 60 % der zahlenden Studierenden lehnen die Gebühren weiterhin ab. 33,6 % fühlen sich außerdem nur unzureichend über die Verwendung ihrer Zahlungen informiert. Für den „Gebührenkompaß“ wurden knapp 5.000 Studierende an 48 Hochschulen befragt. Die größte Unzufriedenheit über die Gebühren herrscht den Ergebnissen zufolge in Hamburg. Höhere Zustimmungswerte erhalten die Gebühren dagegen in Baden-Württemberg und Bayern. [www.gebuehrenkompass.de](http://www.gebuehrenkompass.de)

Hochschule für bildende Künste (HfbK) in **Hamburg** wird nach dem Gebührenboykott der Studierenden rund die Hälfte ihrer Studierenden exmatrikulieren. Der Präsident der HfbK, Martin Köttering, sah sich auf Grund der Rechtslage veranlaßt, 269 von 571 Studierenden von der Hochschule auszuschließen. Sollten die Betroffenen bis Ende des Sommersemesters am 30. September 2007 doch noch ihren Studienbeitrag in Höhe von 500 Euro entrichten, würden sie jedoch laut Köttering ohne weitere Voraussetzungen wieder immatrikuliert werden. Nach Angaben der Hochschule sind 442 Studierende gebührenpflichtig; lediglich 173 von ihnen hätten die 500 Euro an die Hochschule überwiesen. Die HfbK ist bundesweit die einzige Hochschule, an der ein Boykott der Studiengebühren zustande kam.

Das Verwaltungsgericht **Freiburg/Breisgau** hat die neuen Studiengebühren an den baden-württembergischen Hochschulen für rechtmäßig erklärt und drei Musterklagen von Studierenden abgewiesen (Az.: 1 K 2274/06, 1 K 2324/06 und 1 K 121/07). Die Einführung der Gebühren in Höhe von 500 Euro je Semester verstoße nicht gegen geltendes Recht und sei auch nicht mit unzumutbaren Härten oder Hürden für die Studierenden verbunden, entschieden die Richter. Mit einer weiteren Klage gegen Studiengebühren in Baden-Württemberg sind am 13. Juli 2007 drei Studierende vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe ebenfalls gescheitert (Az: 7 K 2966/06, 3075/06 und 444/07).

In **Hessen** ist am 22. Juni 2007 eine zweite Klage gegen die geplanten Studiengebühren beim Staatsgerichtshof in Wiesbaden eingereicht worden. Vertreter von Gewerkschaften und Studentenorganisationen gaben an, fast 80.000 Unterschriften für die Unterstützung einer Normenkontrollklage erhalten zu haben. Die Kläger berufen sich auf den Artikel 59 der hessischen Landesverfassung, der ihres Erachtens die Erhebung von Gebühren für den Besuch staatlicher Schulen und Hochschulen ausschließt. Im Februar des Jahres hatten bereits SPD und Grüne in Hessen Verfassungsklage gegen die Pläne der Landesregierung erhoben, vom kommenden Wintersemester an eine allgemeine Studiengebühr in Höhe von 500 Euro pro Semester einzuführen.

Die soziale Herkunft und die Vorbildung der Eltern entscheiden bei einem jungen Menschen nach wie vor maßgeblich über die Aufnahme eines Studiums. So lautet ein zentrales Ergebnis der inzwischen 18. Sozialerhebung, die das Hochschul-Informationssystem (HIS) im Auftrag des **Deutschen Studentenwerks** (DSW) unter 17.000 Studierenden im Sommersemester 2006 durchgeführt hat. Während von 100 Akademikerkindern 83 den Hochschulzugang schaffen, gelingt dies lediglich 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Vorbildung. Söhne und Töchter aus Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluß hat, haben eine fünfeinhalb Mal so hohe Studierchance wie Kinder aus Arbeiterfamilien. Laut Sozialerhebung wenden Studierende in der Woche 34 Stunden für ihr Studium auf. 63 % von ihnen arbeiten neben ihrem Studium. Im Schnitt stehen einem Studierenden im Monat 770 Euro zur Verfügung. Nur 60 % aller Studierenden sehen ihre Studienfinanzierung als gesichert an. Bei den meisten Studierenden übernehmen die Eltern den größten Teil der Studienkosten.

[www.sozialerhebung.de](http://www.sozialerhebung.de)

- Vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen in Berlin hat die **Hochschulrektorenkonferenz** (HRK) in einer Erklärung vom 4. Juli 2007 dafür plädiert, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen „sukzessive an die universitäre Einheit von Forschung und Lehre“ heranzuführen. Die Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Folge von politischen, finanziellen und strukturellen Krisen des universitären Wissenschaftssystems der Vergangenheit habe zu einer Versäulung der Wissenschaftseinrichtungen mit dem Ergebnis geführt, „daß über mehr als ein Jahrhundert immer wieder exzellente Forschung aus den Universitäten heraus gebrochen und daß diese Forschung von der Verbreitung und der Bewahrung in der akademischen Lehre oftmals abgeschnitten wurde“. Diese Entwicklung, so die HRK weiter, müsse umgekehrt werden. Die „Versäulung“ des Wissenschaftssystems könne nur durch „flexible, handlungsfähige Netzwerke“ überwunden werden. Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses müsse exklusiv bei den Universitäten bleiben.

Die Universität **Karlsruhe** und das benachbarte Kernforschungszentrum wollen in einem bundesweit einmaligen Modell das „Karlsruher Institut für Technologie“ (KIT) bilden und damit das Zukunftskonzept umsetzen, für das die Fridericiana im Oktober des vergangenen Jahres in der ersten Runde der Exzellenzinitiative mit dem Elitestatus bedacht worden war. Durch den Zusammenschluß der beiden Forschungseinrichtungen sollen Spitzenwissenschaftler nach Karlsruhe gelockt werden, wo sich künftig außeruniversitäre Forschung und universitäre Wissenschaft gegenseitig befruchten sollen. Wie der Rektor der Universität Karlsruhe, Professor Horst Hippler, und der Vorstandsvorsitzende des Forschungszentrums Karlsruhe, Professor Eberhard Umbach, am 17. Juli 2007 bekanntgaben, soll das KIT rund 8000 Mitarbeiter umfassen. Das Jahresbudget wird bei 600 Millionen Euro liegen und zu zwei Dritteln von Bund und Land getragen werden. Bis 1. Januar 2008 sollen erste gemeinsame Zentren in den Bereichen Energieforschung, Nano- und Mikrowissenschaften, Elementar- und Astroteilchenphysik sowie Klima- und Umweltforschung gegründet werden.

Die RWTH **Aachen** und das Forschungszentrum Jülich haben eine Forschungsallianz gebildet, die künftig über einen gemeinsamen Etat von etwa 500 Millionen Euro im Jahr verfügen wird. Die Wissenschaftler aus Aachen und Jülich legen zunächst ihre Forschungen auf den Gebieten Neurowissenschaft und Informationstechnologie sowie bei den Computer-Simulationen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften zusammen. Später wollen Aachen und Jülich auch ihre Energieforschung zusammenlegen.

Die Kooperation erhält den Namen „Jülich Aachen Research Alliance“ (JARA). Eine so weitreichende Zusammenarbeit einer Universität mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung sei in Deutschland einzigartig, betont der Rektor der RWTH, Prof. Burkhard Rauhut, und der Vorstandsvorsitzende des Forschungszentrums Jülich, Prof. Achim Bachem. Hochschule und Forschungszentrum haben sich verbindlich verpflichtet, über Personal, den Kauf von Großgeräten und die Forschungsvorhaben gemeinsam zu entscheiden. Die RWTH und das Forschungszentrum haben zusammen 11.000 Mitarbeiter und verfügen über Etats von insgesamt rund 910 Millionen Euro. Mit dieser Allianz verbindet sich die Hoffnung, daß die RWTH Aachen in der zweiten Runde des Exzellenzwettbewerbs als „Eliteuniversität“ ausgewählt wird.

- Die Universität **Duisburg-Essen** und die Fachhochschule **Münster** haben als erste Hochschulen in Deutschland Stiftungen aus Studienbeiträgen gegründet. Die Universität Duisburg-Essen will zunächst jährlich mindestens fünf, die Fachhochschule Münster sogar 20 % ihres Beitragsaufkommens in die Stiftung einzahlen. Mit dem Geld sollen nachhaltige Verbesserungen für Studium und Lehre finanziert werden. Dazu können auch Stipendien gehören. Die Stiftungen werden vom Stifterverband verwaltet. Über die Verwendung der Mittel

werden Hochschulleitungen und Studierendenvertreter entscheiden.

Durch die Studiengebühren im Sommersemester 2007 hat sich der Etat der Fakultäten für die Lehre an der Albert-Ludwigs-Universität **Freiburg/Breisgau** verdoppelt. Das meldete die süddeutsche Hochschule. Von der Gesamtsumme von zirka 14 Millionen Euro hätten die elf Fakultäten 10.720.000 Euro erhalten, die in Projekte der Lehre fließen.

Die Uni informiert auf ihrer Netzseite detailliert darüber, wie sie die Gebühren verwende. Danach erhalten beispielsweise die Juristen mehr Personal in der Studienberatung. Beim Institut für Psychologie können die Studierenden künftig längere Öffnungszeiten der Bibliothek in Anspruch nehmen. Die Philologische und Philosophische Fakultät könne neue Literatur für die Bibliotheken anschaffen. Fakultätsübergreifend investiere die Uni jeweils ein Teil der Gebühren für neue Tutoratsstellen und ein besseres Betreuungsverhältnis.

Nach Angaben der Universität sind von den mehr als 19.000 Studierenden 5.186 von den Gebühren befreit. Dazu gehörten Studierende im Praxissemester, Austauschstudierende, Studierende, die selbst Kinder betreuen, aus kinderreichen Familien stammen oder behinderte Studierende.

- Die Europa-Universität Viadrina **Frankfurt/Oder** kann Brandenburgs erste Stiftungsuniversität werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf, den das Landeskabinett am 28. August 2007 in Potsdam verabschiedet hat, bedarf noch der Zustimmung des Senats der Universität, ehe der Landtag endgültig entscheidet. Mit der Umwandlung der Hochschule in eine Stiftungsuniversität soll die Viadrina weitgehend autonom werden und u. a. selbst über die Einstellung von Professoren entscheiden können. Das Land Brandenburg zieht sich dagegen im Wesentlichen auf die Rechtsaufsicht zurück, behält sich jedoch in einem neu zu schaffenden neunköpfigen Stiftungsrat u.a. bei Fragen, die die Einrichtung oder Auflösung von Studiengängen und Fachbereichen betreffen, ein Vetorecht vor. Die jährliche Landeszuwendung von derzeit 19 Millionen Euro soll fortlaufen. Für den Aufbau eines Stiftungskapitalstocks sollen private Spender gewonnen werden.

Das Bankiersehepaar Alfons und Gertrud Kassel hat der Universität **Frankfurt/Main**, die zu Beginn des nächsten Jahres in eine Stiftungsuniversität umgewandelt werden soll, 33 Millionen Euro vermacht. Einer Selbstverpflichtung folgend, will die hessische Landesregierung den Betrag verdoppeln. Sie hatte vor Bekanntgabe des Vermächtnisses angekündigt, der künftigen Stiftungsuniversität eine Starthilfe in Höhe von bis zu 70 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Deutschlands älteste und größte Privatuniversität **Witten/Herdecke** (UWH) wird ebenso in eine Stiftungsuniversität umgewandelt. Die bisherigen Direktoriumsmitglieder haben ihre Gesellschaftsanteile auf die UWH-Stiftung übertragen, die damit alleinige Eigentümerin der Universität wird. Die für viele Beobachter unerwartete Entwicklung wurde durch das Düsseldorfer Familienunternehmen Droege International Group AG ermöglicht, das die finanziell angeschlagene Hochschule mit 12 Millionen Euro unterstützen will. Als aussichtsreichster Kandidat für einen Einstieg in Witten hatte bis zuletzt die Stiftung Rehabilitation Heidelberg gegolten. Der private Klinik- und Fachhochschulbetreiber wollte zusammen mit Partnern 23 Millionen Euro investieren und die Universität auf einen wirtschaftlichen Kurs bringen.

- Am 8. Juli verstarb **Karl J. Schommer** (KAV Norica Wien/ÖCV, KDStV Chursachsen Dresden/CV, KDStV Rappoltstein Köln/CV, VKDSt Eckart Köln/CV) im Alter von 67 Jahren in Köln. Er war von 1990 bis 2002 Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit. Der gelernte Agrarwissenschaftler Schommer wurde von Ministerpräsident Biedenkopf aus Münster, wo er Bürgermeister war, nach Sachsen geholt. Zu seinen großen Projekten, die er als Minister vorgebracht hat, gehören die Leipziger Messe, der Maschinenbau in Chemnitz und die Hochtechnologie für Dresden. Im Nachruf der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird Schommer mit den



Worten geehrt: „Es bleibt die Erinnerung an einen nimmermüden Helfer auf der Baustelle Deutsche Einheit.“

Am 5. Juli 2007 wurde

Professor Dr. **Ferdinand Kirchhof** (KDstV Hercynia Freiburg/CV) vom Wahlausschuß des Deutschen Bundestages zum Richter des Bundesverfassungsgerichtes gewählt. Ferdinand Kirchhof ist der jüngere Bruder des früheren BVG-Richters Prof. Paul Kirchhof (KV); zur Familie gehört als dritter Bruder der Journalist Andreas Kirchhof (Cpf). Der Vater der Kirchhof-Brüder war früher zunächst Oberstaatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, anschließend – von 1959 bis 1979 – Richter am Bundesgerichtshof (BGH), ebenfalls in Karlsruhe ... Ferdinand Kirchhof ist seit 1986 Ordinarius für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht an der Universität Tübingen und seit 1993 Inhaber des Jean-Monnet-Chair der EU „European Fiscal Law“. (Academia)



Auf der 161. Generalversammlung in Appenzell wurde mit **Judith Scherzinger** erstmalig in der Geschichte des Schweizer Studentenvereins (StV) eine Studentin zur Centralpräsidentin gewählt. Scherzinger ist Mitglied der Akademischen Verbindung Stauer in Freiburg/Üechtland.

Die Neue Züricher Zeitung (NZZ) berichtete am 25. 5. 2007 auf S. 8 unter dem Titel „Leistungen für die Gesellschaft und den Staat“ über das 175-Jahr-Jubiläum der Studentenverbindung Helvetia, das in Solothurn gefeiert wurde. Festredner war Bundesrat **Samuel Schmid**, Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, selber Mitglied der Mittelschulverbindung Wengia Solothurn.

- Am Freitag, dem 6. Juli 2007, fand, ausgerichtet von der KDstV Wildenstein Freiburg/Breisgau im CV und von der Universität **Freiburg/Breisgau** nicht unterstützt, im Hotel Rheingold der Festkommers zum Jubiläum der Alma Mater statt. Die Festrede hielt Prof. DDr. Bernhard Uhde. Von den in Freiburg aktiven 36 Verbindungen waren lediglich 18 vertreten, die anderen fehlten aus unterschiedlichen, nur zu bekannten Gründen: Die Freiburger Corps, weil eine katholische Verbindung die Veranstaltung vorbereitet hatte, zwei CV-Verbindungen blieben dem Anlaß fern, weil auch Frauenverbindungen chargierten. So stellt sich im Nachhinein ernsthaft die Frage, wie ein gemeinsamer Universitätskommers aussehen soll, wenn jede Verbindung nur an ihre eigene Befindlichkeit denkt und dabei das größere Ganze die Universität und die Gemeinsamkeit der korporierten Studenten aus dem Blick verliert. Eine große Chance wurde vertan. Obwohl selbst Mitglied der Unitas, setzte sich auch der Rektor der Universität, Prof. Dr. Wolfgang Jäger, wie auch in diesem Fall nicht für Studentenverbindungen ein, arbeitete bislang sogar eher gegen sie. Trotzdem, der Festkommers im Reingold hatte Charme: Das Präsidium aus drei verschiedenen Verbindungen konnte außer den Chargenvertretern unterschiedlichster Couleur und einem renommierten Festredner eine rund hundertköpfige stimmungsfreudige Corona begrüßen. Der für einen Kommers unverzichtbare studentische Gesang wurde vom Polizei-Musik-Orchester würdig umrahmt.

*Marcus Haberstroh*

- „Reichlich Lücken und etliche Allgemeinplätze. Ausstellung der AGS zu 200 Jahren Studentenverbindungen in **Gießen** wird selbstformulierten Ansprüchen nicht gerecht“, Beitrag v. Heidrun Helwig. In: Gießener Anzeiger v. 4. 6. 2007:

„Die ‚Rolle der Verbindungen in Geschichte und Gegenwart‘ zu präsentieren, ist das erklärte Ziel der Ausstellung. Und dabei solle eine ‚wahrheitsgetreue Aufklärung‘ im Mittelpunkt stehen. Das hatte Dr. Joachim Hönack von der Arbeitsgemeinschaft Gießener Studentenverbindungen (AGS)

bereits im März im Gespräch mit dem Anzeiger angekündigt. Am Freitagabend nun ist die Schau ‚Vivat Academia‘ in den Verbindungshäusern der Burschenschaft Frankonia und der Landsmannschaft Chattia eröffnet worden. Aus diesem Anlaß bekräftigte Hönack, daß ‚wir bemüht sind, eine 200-jährige Geschichte der Gießener Korporationen in einer Weise darzustellen, die jederzeit einer inhaltlichen Überprüfung standhält und wissenschaftlichen Maßstäben genügt‘.

Diesem Anspruch aber wird die Ausstellung bei genauer Betrachtung nicht gerecht. Freilich: Die Organisatoren unter der Federführung von Hönack wollten sich ‚selbst schwierigen Themen nicht verschließen‘ und beschäftigen sich auch mit ‚Studentenverbindungen und Antisemitismus‘. Dabei wird durchaus erwähnt, daß Juden ‚wegen des in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommenden rassistischen Antisemitismus aus ihren Verbindungen ausgetreten sind, ausgeschlossen wurden oder ihnen von ihren Verbindungen der Austritt nahe gelegt wurde‘. Zudem wird festgestellt: ‚Was dann am Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre und erst recht nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten unter Druck oder auch aus freien Stücken in den einzelnen Verbindungen oder mit von der Mehrheit getragenen Dachverbandsbeschlüssen über fast das gesamte Spektrum der Korporationen hin geschah, ist beschämend und völlig inakzeptabel. Es belastet das Verbindungswesen bis heute.‘ Und unmißverständlich (und obendrein graphisch hervorgehoben) ist das Bekenntnis: ‚Die Ausgrenzung jüdischer Kommilitonen war Menschen verachtend und der Ausschluß jüdischer Bundesbrüder aus Verbindungen, die auf dem Lebensbundprinzip aufbauen, widersprach jeder bundesbrüderlichen Treuepflicht und war unehrenhaft.‘

Konkretisiert aber werden diese allgemeinen Bekundungen nicht. Es werden weder Zahlen zum Umfang der Ausgrenzung jüdischer Kommilitonen in Gießen noch Namen von Akteuren in den Verbindungen oder von Betroffenen genannt. Und nur am Rande wird erwähnt, daß es zwischen 1919 und 1926 auch ‚in Gießen zwei jüdische Verbindungen‘ gab, die ‚Hasmonaea‘ und die ‚Staufia‘. Unterschlagen wird, daß etwa die ‚Staufia‘ massiv bekämpft wurde. Der Asta-Vorsitzende Jakob Friedrich Zimmer, Mitglied des Corps Hassia, schrieb dazu bereits 1920: ‚Ist es schon ein starkes Stück, sich in Oberhessen, der ‚Hochburg des Antisemitismus‘, hervorzuwagen, so grenzt es an Unverschämtheit, sich Wahlspruch und Farben der Bänder und Mützen von jahrzehntelang bestehenden Verbindungen zu entleihen.‘

Binnen kürzester Zeit - so der Gießener Soziologe Bruno W. Reimann in ‚Avantgarden des Faschismus. Studentenschaft und schlagende Verbindungen an der Universität Gießen 1918-1937‘ – kamen 1200 Unterschriften zusammen, die sich vor allem gegen den Namen Verbindung richteten, daß nämlich ‚eine rein jüdische Verbindung sich den Namen unseres berühmtesten Kaisergeschlechts des Mittelalters anmaßt‘. Zu dem im April erschienenen ‚Analyseband‘ von Reimann und der vom Asta, dem Allgemeinen Studierendenausschuß, der Justus-Liebig-Universität formulierten Forderung, daß die AGS die dort dargestellten Zusammenhänge berücksichtigen müsse, sagte Hönack am Freitagabend: ‚Das war ganz einfach deshalb nicht möglich, weil der Text für den Ausstellungsbeitrag Monate vorher fertig war und zum Druck vorlag. Wenn Sie jedoch das Buch von Prof. Reimann mit dem Ausstellungstext vergleichen, werden Sie feststellen, daß wir einige seiner Erkenntnisse bereits berücksichtigt haben.‘ Nicht aber das Verhalten Gießener Verbindungsstudenten gegenüber der ‚Staufia‘, dabei lassen sich dazu Details auch in der bereits 1982 erschienenen Aufsatzsammlung ‚Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus‘ nachlesen. Dafür aber versichern die Ausstellungsmacher am Ende des Kapitels ‚Studentenverbindungen und Antisemitismus‘: ‚Als die Studentenverbindungen nach dem Verbot durch die Alliierten einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zugelassen wurden, haben alle Dachverbände sich selbstkritisch

mit ihrer Vergangenheit beschäftigt, sich von jedem Antisemitismus und Rassenwahn distanziert.'

Wie dieser Prozeß der Selbstkritik in Gießen abgelaufen ist, ob und wie bei den Neugründungen der Burschenschaften Germania oder Frankonia, vom Corps Starkenburgia oder dem Corps Teutonia auch mögliche Beziehungen der 'Alten Herren' zum Nationalsozialismus hinterfragt wurden, läßt die Ausstellung gänzlich unerwähnt.

Nachdem es im Vorfeld der Schau, deren 'Idee' laut Hönack bereits vor fünf Jahren geboren wurde, zu Diskussionen um den zunächst von der Stadt zugesagten Ausstellungsraum gekommen war, hatte sich die AGS dazu entschieden, 'Vivat Academia' in zwei nahe beieinander liegenden Verbindungshäusern zu zeigen. Bei der 'Frankonia' sind die beiden Kapitel 'Studentenverbindungen vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts' sowie 'Die Blütezeit der studentischen Verbindungen 1800-1914' - dazu zählt auch der Abschnitt 'Studentenverbindungen und Antisemitismus' - zu sehen. Die Kapitel 'Studentenverbindungen zwischen 1919 und 1936, Kameradschaften bis 1945' sowie 'Studentenverbindungen nach dem Zweiten Weltkrieg von 1946 bis heute' werden bei der Landsmannschaft Chattia gezeigt.

Exponate und Schrifttafeln zur Abteilung 'Brauchtum, Couleur und Komment der Studentenverbindungen' - dazu zählen auch die 'Studentenkneipen und Verbindungshäuser im alten Gießen' und die 'Gießener Straßennamen' - sind an beiden Ausstellungsorten zu sehen. Dabei schlagen die Organisatoren nach einem Überblick über Verbindungen vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert einen Bogen von den Befreiungskriegen bis zur Gegenwart und beschreiben eine angeblich ungebrochene Kontinuität freiheitlichen und demokratischen Engagements. Ausführlich wird die Hochschulpolitik der Nationalsozialisten dargestellt, deren Ziel es war, 'die Studentenschaft in Kameradschaften nach soldatischem Vorbild zu organisieren und zu erziehen'. Die Verbindungen seien gezwungen gewesen, sich selbst aufzulösen. Über die Begeisterung, mit der gerade Verbindungsstudenten die nationalsozialistische Ideologie begrüßt haben, wird der Besucher kaum informiert. Wiederum finden sich auch in diesem Kapitel lediglich allgemeine Bekundungen. Etwa, daß 'viele Verbindungen diesen verhängnisvollen Weg schon frühzeitig geebnet' haben. Dafür wird die 'innere Abkehr von der NS-Erziehung' deutlich hervorgehoben. Seit 1936 hätten sich die Studenten 'nur noch nach außen hin an den Veranstaltungen' der Kameradschaften beteiligt. 'Um das Studium betreiben zu können und persönliche Nachteile zu vermeiden. Ein anderes Verhalten ließ die NS-Diktatur nicht zu.'

Ebenfalls nur am Rande wird erwähnt, daß der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) in Gießen von '12 Studenten (Freistudenten und Verbindungsmitgliedern)' gegründet wurde. Bei Reimann läßt sich nachlesen, daß es insgesamt neun Burschenschaftler waren: Sieben von der Alemannia und zwei von der Frankonia. Allesamt namentlich bekannt. Über die drei Übrigen gebe es keine Informationen. Dafür aber informiert die AGS über die Kameradschaften: 'Am politischen Geschehen, insbesondere den Aktivitäten des NSDStB, bestand nur geringes bis gar kein Interesse. Die Studenten konnten die Teilnahme an den Pflichtveranstaltungen, Versammlungen und Aufmärschen nicht verweigern. Die Kameradschaft war jedoch ein Ort, an dem man sich vertrauensvoll mit anderen unterhalten konnte, ohne Denunziation fürchten zu müssen, wobei Kritik an den bestehenden Verhältnissen geübt wurde. Die Zustimmung, die Anfang der 30er Jahre bestanden hatte, war verfliegen und die Phrasen des NSDStB waren durchschaut'. Als ein Beleg dafür wird angeführt, daß heimlich der verbotene Fechtbetrieb mindestens bis zum Wintersemester 1942 geblüht habe.

Joachim Hönack, Gernot Schäfer (Hg.): Vivat Academia! Studentenverbindungen an der Universität Gießen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Beitrag zur 400-Jahr-Feier der Universität und zur Stadtgeschichte. Begleitband zur Ausstellung

mit Kurzchroniken der beteiligten Korporationen. Essen 2007, 221 S.

- „Einen Tag vor dem offiziellen „ColognePride“ fand in **Köln** am 7. Juli ein alternativer CSD [Christopher Street Day] statt. Neben der Kritik an den Kölner CSD-VeranstalterInnen, die es im Vorfeld nicht nötig gehalten hatten sich von Beteiligungstendenzen des größten Bordells Kölns zu distanzieren und ein sozialdarwinistisches Logo für den diesjährigen CSD gewählt hatten, kam es auch zu einer Aktion, die auf die homophoben, heterosexistischen und geschichtsrevisionistischen Strukturen von Burschenschaften aufmerksam machte.

Jedes Jahr wieder heißt es: „Sommer, Sonne, CSD“ in Köln. Was 1970 in New York im Gedenken an den Stonewall-Aufstand als progressive Veranstaltung begann und die nächsten Jahrzehnte blieb, hat sich vor allem in Köln zu einem Pop-Kommerz Event entwickelt, dessen beste Seiten noch die unpolitischen Technowagen darstellt. Nicht nur das vielen schon seit Jahren das unerträgliche Lied von der Homoehe auf die Nerven geht - dieses Jahr haben sich die KLUST-VeranstalterInnen (des offiziellen CSDs) eine Zeichnung als Logo gegeben, die auf biologistische Weise angebliche Entwicklungsstadien einzelner europäischer Länder in Sachen Homorechte darstellt und am Ende doch nur den polnischen Präsidenten als Affen zeigt und damit Erinnerungen an Zeiten wach ruft, als PolInnen schon einmal von deutscher Seite als Untermenschen abgewertet wurden. Aus diesem Gründen organisierte die linksradikale schwul-lesbische Gruppe Queer gestellt! in diesem Jahr wieder eine alternative Demonstration unter dem Motto „CSD selber machen“. Hierzu trafen sich am 07. Juli um 14 Uhr auf dem Neumarkt etwa 350 Menschen, die begleitet von 2 dekorierten Lautsprecherwagen zum Rudolfplatz und weiter über Hohenzollerndring, Ehrenstraße, Breite Straße und Appellhofplatz zur Zwischenkundgebung am Maria-Ablass-Platz zogen. Dort lauschte die bunte Menge mehreren Redebeiträgen u.a. zur Kritik an der katholischen Kirche [!] und der Sicherheitshysterie der westlichen Welt. Danach ging es über die Kardinal Frings-Straße, Eigelstein, Hansaring zum Sudermanplatz, wo das abschließende „Power Chillen“ mit Musik, 100 Liter Freibier und Gratis H2O stattfand. Bei AnwohnerInnen und PassantInnen stieß die Demo auf große Resonanz, nicht wenige reichten sich ein und gingen ein Stück mit. Auch an den Straßenschlachten eines kleinen Antifa Blocks, der mit Einkaufswagen voll pinker Pflastersteine, Mollis und Parolen wie „Wir sind alle 129a“ an der Demo teilnahm, beteiligten sich diese.

Nachdem der alternative CSD sich gegen 18:30 Uhr dem Ende neigte, machten sich einige Antifas und DemonstrationsteilnehmerInnen auf den Weg zur „Ostpreußengedächtniskneipe“ der schlagenden Burschenschaft Alemannia und verdarben dieser ihren Semesterabschluß. Nach einem kurzen Besuch im Haus der Verbindung und kleineren Rangeleien im Eingangsbereich, bei denen mindestens ein Burschi seine schicke Mütze verlor, wurden Eingangsbereich und Vorgarten des Verbindungshauses mit unzähligen pinken Pflastersteinen eingedeckt und ein Transparent mit der Aufschrift „Da hilft auch Saufen nichts - Preußen war schon immer Scheiße! - Burschis auch!“ am Zaun befestigt. Da die nächste Polizeistation nur wenige hundert Meter entfernt lag und sogleich von den Burschis um Hilfe angerufen wurde, dauerte es nur etwa 10 Min. bis mehrere Streifenwagen vor Ort waren. Diese funkten jedoch nur wild hin und her und versuchten sich von den Anwesenden die Lage erklären zu lassen. Unterdessen informierten Antifas die AnwohnerInnen und diskutierten mit ihnen über ihre Nachbarn.

Zwar mag es Burschenschaften geben, die noch ekelhafter sind als die Alemannia und klarere Verbindungen in Naziszene haben, aber auch die Alemannia betreibt einen widerlichen Geschichtsrevisionismus und vertritt ein (hetero-) sexistisches Geschlechterbild. So ist beispielsweise in der Satzung der „Deutschen Burschenschaft“ (DB), deren Mitglied die Alemannia ist, zu lesen, sie fordere das „Recht jedes einzelnen und jedes Volksteiles auf seine angestammte Heimat und auf

die Selbstbestimmung über seine staatliche Zugehörigkeit.“ Daß damit in erster Linie auf die Zwangsumsiedlung der deutschen Minderheiten in den ehemaligen „Ostgebieten“ Nazi-Deutschlands angespielt werden soll, wird schon allein durch die Affinität zu revanchistischen Gruppierungen wie dem „Bund der Vertriebenen“ deutlich. Genau wie dieser blendet die DB den Kontext der Umsiedlungen, nämlich die nahezu kollektive Unterstützung und Mitschuld eben dieser deutschen Minderheit am nationalsozialistischen Massenmord und die durch den zweiten Weltkrieg ausgelösten Flüchtlingsbewegungen nach Polen und Tschechien, vollkommen aus. Zudem zeichnen sich Burschenschaften durch ihr besonders (hetero-) sexistisches Geschlechterbild aus: Von Männern werden klassische Rollenstereotypen wie Ehre, Stärke, Mut und Gehorsam erwartet. So gehört es beim Großteil der Burschenschaften zu den Anforderungen, Wehrdienst geleistet zu haben und sich bei den regelmäßig stattfindenden Kneipen ohne Widerrede auf Befehl halb ums Bewußtsein zu trinken. Von diesen Freuden prinzipiell ausgeschlossen werden Nicht-„Deutsche“, Homosexuelle und Frauen – speziell deren Rolle beschränkt sich im Weltbild der meisten Burschen auf die des schmückenden, vor allem aber stummen Beiwerks.

Alles in allem ein sehr netter und politisch durchaus erfolgreicher Nachmittag, bleibt zu hoffen, daß es auch im nächsten Jahr einen alternativen CSD gibt und die lokale Antifa, die nach einer längeren Aktionsflaute, dieses Jahr schon einige gelungene Aktionen zustande gebracht hat, ebenfalls weiterhin so kreativ wie am gestrigen Tage bleibt.“ Zit. n. <http://de.indymedia.org/2007/07/187193.shtml>

- „Burschenschaftertreffen in Linz sorgt für Aufregung. Zahlreiche Organisationen versuchen, einen im Oktober geplanten Kommers zu verhindern - Uni Linz zieht Genehmigung für Hörsaal-Nutzung zurück“ Zit. n. Der Standard v. 12. 9. 2007:

„Ein geplantes Burschenschaftertreffen, der so genannte Turmkommers von 5. bis 7. Oktober, hat am Dienstag in Linz für Aufregung gesorgt. Die Stadt drohe zum „Schauplatz eines ewig gestrigen Spektakels“ zu werden, warnten antifaschistische Organisationen. Die Linzer Johannes Kepler Universität (JKU) hat die Genehmigung zur Nutzung eines Hörsaales im Rahmen dieser Veranstaltung zurückgezogen, nachdem das Programm übermittelt wurde. Anlaß des Treffens sei das 90-jährige Bestehen des so genannten „Anschlußturms“, berichteten das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands und andere antifaschistische Organisationen in einer Presseaussendung. Dieser diene Deutschenationalen bis Rechtsextremen bis heute als Wallfahrtsstätte und Ort großdeutscher Propaganda.

Vor der „Weihe“ am 15. und 16. Oktober 1932 sei am Turm die Inschrift „Ein Volk, ein Reich“ angebracht worden, so die Lagergemeinschaft Mauthausen und wies darauf hin, daß die „Deutsche Burschenschaft“ den „Anschlußturm“ auf ihrer Homepage ([www.burschenschaft.de](http://www.burschenschaft.de)) eine „Erinnerungsstätte“ daran, daß es über die Grenzen und die Einzelstaatlichkeit hinaus ein geistiges Band gibt, welches den gesamten deutschen Volks- und Kulturraum umfaßt“ nennt.

Im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung sei an der JKU ein Symposium zur „Freiheit in der EU“ geplant, berichtete das DÖW weiter. Dieses dürfte allerdings ins Wasser fallen: Wie das Büro des Rektors Rudolf Ardelts am Dienstag mitteilte, sei die Genehmigung zur Nutzung des Raumes „unter Angabe von unrichtigen und unvollständigen Tatsachen erwirkt“ worden: Im Mai habe eine Linzer Rechtsanwaltskanzlei um die Genehmigung der Benutzung eines Hörsaales für einen Vortrag zum Thema „Das Geld als Zauberstab und die Macht der internationalen Finanzmärkte“ eines angesehenen Innsbrucker Moralthologen angesucht. Mittlerweile habe man die Erlaubnis schriftlich widerrufen, so die JKU.

Zahlreiche antifaschistische Organisationen forderten, die Veranstaltung zu verhindern. Unterstützt wurden sie von einem prominenten Personenkomitee, dem unter anderem die

Schriftsteller Michael Köhlmeier, Robert Menasse, Franzobel oder Elfriede Jelinek angehören. Sie befürchten, das Spektakel werde dem Ruf von Linz, das 2009 Kulturhauptstadt sein wird, nachhaltigen Schaden zufügen.

Das Oberösterreichische Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus hat gegen den Kommers eine Petition gestartet, die unter anderem auch von der ÖH Uni Wien unterstützt wird. „Rechtsextremes Gedankengut darf auf keinen Fall Platz finden, weder auf der Uni noch in der Gesellschaft“ so Fanny Rasul vom Vorsitzteam der ÖH Uni Wien. „Das Treffen der Burschenschaften in Linz ist eine Verherrlichung des Anschlusses und widerspricht meinem Bild von progressiver Vergangenheitsbewältigung.“

Auch die Sozialistische Jugend unterstützt die Proteste gegen das geplante Treffen. „Die Tatsache, daß der Berliner Professor Bernd Rabehl, der bei der rechtsextremen NPD, gegen die in Deutschland aktuell ein Verbotverfahren angebracht wird, ein- und ausgeht, ein Festredner der Veranstaltung ist, unterstreicht deren zweifelhaften Charakter, der für uns nicht akzeptabel ist“, begründet der Vorsitzende Torsten Engelage.

Andere Töne kommen aus der FPÖ: „Lernen Sie Geschichte“, empfahlen Landesparteiobmann Lutz Weinzinger und der Linzer Gemeinderat Werner Neubauer der „linken Jagdgesellschaft“. „Die Unterstellung, der Anschlußturm werde von den Burschenschaften so benannt, um eine Nähe zum Nationalsozialismus herzustellen, ist entweder eine infame Lüge oder beruht schlicht und einfach auf geschichtlicher Unkenntnis“, hieß es in einer Presseaussendung. Der unter Erzherzog Maximilian im Jahr 1825 erbaute Turm heiße deswegen so, weil er den Anschluß zwischen der südlichen und der nördlichen Festungskette gebildet habe, so Weinzinger und Neubauer.“



- Aus Anlaß des Turmkommerses wurde folgende Resolution vom „Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand“ verbreitet:

„Nein zum ewiggestrigen Burschenschaftler-Kommers in Linz! Linz nahm unter dem NS-Regime eine besondere Stellung ein: Es gehörte zu den fünf „Führerstädten“ Adolf Hitlers. Das belastende Erbe des Nationalsozialismus wurde von der Stadt während der letzten Jahre in offener und mutiger Weise aufgearbeitet.

Nun droht Linz Schauplatz eines ewiggestrigen Spektakels zu werden: Von 5. bis 7. Oktober 2007 wollen sich deutschnationale Burschenschaftler zu einem „Turmkommers“ treffen. Gefeierte werden soll der Ankauf eines Linzer Festungsturms vor 90 Jahren und seine „Weihe“ vor 75 Jahren. Dieser Turm wird „Burschenschaftler-“ oder „Anschlußturm“ genannt.

In seinem Jahreslagebericht 1999 stellte das Innenministerium zu mehreren österreichischen Burschenschaften fest: „Die Agitation dieser Studentenverbindungen läßt auch den Versuch erkennen, auf Umwegen eine gewisse Akzeptanz für nationalsozialistisches Gedankengut zu schaffen.“ Ein Jahr später kündigten die Behörden ebenfalls im Jahreslagebericht

an, daß der von mehreren „Burschenschaften unterschwellig ausgehenden rechtsextremen Ideologieverbreitung [...] im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes weiterhin besonderes Augenmerk zugewendet wird“.

Tatsächlich gibt es für rechtsextremes Gedankengut in den Burschenschaften sehr konkrete Belege. Das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ schreibt: „Die Grazer 'Arminia' hält das Andenken an ihren 'Bundesbruder' Ernst Kaltenbrunner - als einer der Haupttäter des NS-Vernichtungswerkes in Nürnberg hingerichtet - bis heute hoch. Der Euthanasiearzt und erste Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, Irmfried Eberl, wird immer noch als 'Alter Herr' der Innsbrucker 'Germania' geführt. Ein anderer Kriegsverbrecher, der zu lebenslanger Haft verurteilte Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, wurde 1987 vom Dachverband 'Deutsche Burschenschaft in Österreich' sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.“

Auch nach dem Holocaust spielt der Antisemitismus in den Burschenschaften eine wesentliche Rolle. Die Innsbrucker „Suevia“ betonte 1960: „Wir stehen auf dem allein burschenschaftlichen Standpunkt, daß somit auch der Jude in der Burschenschaft keinen Platz hat.“ Im November 1961 verwüsteten zwei Burschenschafter den jüdischen Friedhof in Innsbruck. Einer der beiden Täter, Mitglied der „Suevia“, hatte zuvor gereimt: „... der einzige Feind, den es wert ist zu hassen und unter Umständen auch zu vergasen, ist doch der ewige Jude ...“ Die Innsbrucker „Brixia“ lud 1989 den britischen Holocaust-Leugner David Irving zu einem Vortrag ein. Weil Irving aber von den österreichischen Behörden zur Fahndung ausgeschrieben wurde, mußte ihm in das benachbarte Bayern ausweichen. 2005 wurde der Haftbefehl gegen Irving dann vollstreckt: Am Vorabend einer Veranstaltung der Wiener „Olympia“, auf der der Holocaust-Leugner als Festredner auftreten sollte.

Den Linzer „Anschlußturm“, den der geplante Kommers würdigen will, bewertet das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ als „steinerne Anschlußpropaganda“ und damit als „permanenten Verstoß gegen den Staatsvertrag“. Denn Artikel 4 des Staatsvertrages verpflichtet Österreich, „großdeutsche Propaganda“ zu verhindern.

Entgegen den Behauptungen der Burschenschaften ist „Anschlußturm“ keineswegs eine harmlose geographische Bezeichnung. Schon 1928 erklärte die „Deutsche Burschenschaft“, daß „der Turm in Linz [...] zu einem Anschlußdenkmal ausgebaut werde“. Vor der „Weihe“ am 15. und 16. Oktober 1932 wurde deshalb am Turm die Inschrift „Ein Volk, ein Reich“ angebracht. Und noch heute nennt die „Deutsche Burschenschaft“ den „Anschlußturm“ auf ihrer Homepage eine „Erinnerungsstätte daran, daß es über die Grenzen und die Einzelstaatlichkeit hinaus ein geistiges Band gibt, welches den gesamten deutschen Volks- und Kulturraum umfaßt“ siehe [www.burschenschaft.de/burschenschafterturm/burschenschafterturm.htm](http://www.burschenschaft.de/burschenschafterturm/burschenschafterturm.htm).

Die Unterzeichneten lehnen den geplanten „Turmkommers“ der Burschenschaften als ewiggestriges Spektakel ab. Dieses Spektakel würde dem Ruf von Linz, das 2009 „Europäische Kulturhauptstadt“ sein wird, nachhaltigen Schaden zufügen. Im Geiste des Staatsvertrages richten wir an die politischen Verantwortungsträger der Stadt Linz und des Landes Oberösterreich den dringenden Appell, sich vom „Turmkommers“ und seinem großdeutschen Hintergrund zu distanzieren sowie alle demokratischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Durchführung des Kommerses zu verhindern. Darüber hinaus ersuchen wir die Verantwortungsträger jener Einrichtungen, in denen Kommersveranstaltungen stattfinden sollen (laut veröffentlichtem Programm die Johannes-Kepler-Universität, das Palais Kaufmännischer Verein und das Traditionsgasthaus „Klosterhof“), den Burschenschaften keine Bühne für ihre rechtsextremen Inhalte zu bieten.“

Quelle: [www.doew.at/](http://www.doew.at/)

• „Linz: **Turmkommers sprengen!** Gegen Deutschnationalismus, Heldentum und Vaterland. Gegen Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und völkische Kacke. Türme, Grenzen, Faschos sprengen! ...

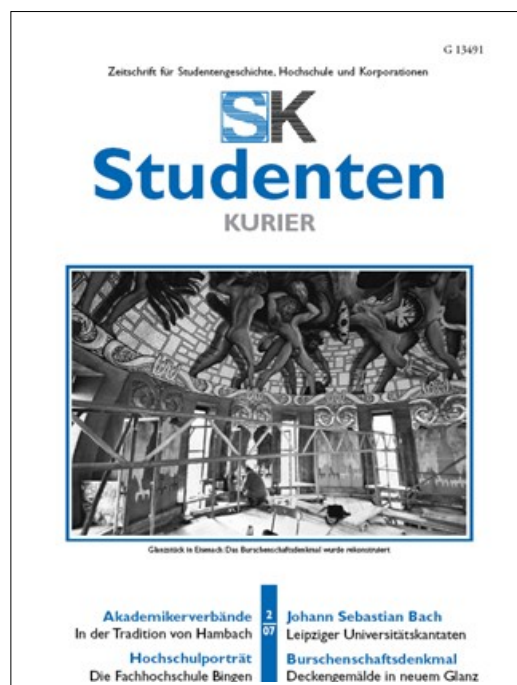
Am 6. 10. findet eine Gegendem ‘Turm(kommers) sprengen’, organisiert vom Antifa- Bündnis Linz, statt. 18 h, Treffpunkt Hauptplatz. ... bitte Instrumente, Megas und Krachmachergeräte mitnehmen!!

Der Leitspruch der Arminia Cernowitz zu Linz: ‘In deutscher Hand die blanke Wehr – für Vaterland und Burschenehr’ Die Umwandlung: ‘In blanker Hand den deutschen Pimpel – kein Vaterland, kein Burschenwimpel’ Turm(kommers) sprengen!’ Aus dem „geschmackvollen“ Aufruf des Aktionsbündnisses zit. n.

<http://votacomunista.at/news/article.php/20070909144759916/print>

## Neuerscheinungen & Rezensionen

### Studentenkurier 2 (2007)



Aus dem Inhalt:

- „Das historische Datum“: Dr. Hermann-Joseph Wurm, Begründer der „Academia“
- „Der studentische Baedeker“: Wien - II. Teil: Die Bezirke außerhalb des Gürtels
- Glanzstück in Eisenach: Deckengemälde im Burschenschaftsdenkmal
- Kurt Gerstein: Der Christ, das Gas und der Tod
- SK-Preisrätsel: Wer war es? Korporierte, die Spuren hinterließen
- Vom Rheinischen Technikum zur Fachhochschule: Die Fachhochschule Bingen
- Verbindungsstudenten erinnerten an ihre demokratische Tradition: Jubiläumsveranstaltung zum Hambacher Fest
- Verband der Vereine Deutscher Studenten: „Wir sind Europa!“

Jedes GDS-Mitglied erhält alle vier Ausgaben des Studentenkuriers im Jahr.



Rezensionen
-------------

- Reimann, Bruno W.: **Avantgarden des Faschismus. Studentenschaft und schlagende Verbindungen an der Universität Gießen 1918-1937.** Frankfurt/Main 2007; 214 S.

Im Mai 2007 erschien eine Verlagsankündigung zu Bruno W. Reimann: „Avantgarden des Faschismus. Studentenschaft und schlagende Verbindungen an der Universität Gießen 1918-1937. Analyse.“ Es heißt dort und zugleich im Rückentext des Buches: „Die Burschenschaften und auch die Corps sind in vielfacher Hinsicht die Protagonisten der braunen Studentenbewegung. 1931 bereits war die Mehrheit der Burschenschafter nationalsozialistisch ausgerichtet. Vielfach wurde der NS-Studentenbund von Burschenschaffern gegründet oder mitgegründet.“

Das Buch des Gießener Soziologen versteht sich als Streitschrift. Denn die o. a. Analyse und dazu eine schon 2002 erschienene „Historische Dokumentation“ sollen laut dem Schlußsatz (S. 202 f.) „mit ihrer dokumentarischen Ausführlichkeit den Geschichtsklitterungen von Hitlers Nachhut in die Parade fahren.“

Als literarischen Gegenpol hat sich Reimann die Dokumentation „Die Deutsche Burschenschaft – eine wichtige gesellschaftliche Gruppe. Die Meinung von Zeitgenossen“ (2002) vorgenommen. Seinen eigentlichen Gegner findet er so in der „politischen Klasse“, die sich „sehr nachdrücklich hinter die Deutsche Burschenschaft stellt“ (S. 12 f.). Dabei handelt es sich um „die politischen Repräsentanten der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft“, an dieser sei die Weimarer Republik „in aller erster Linie“ gescheitert und nicht an „kleinen extremen Splitterparteien auf der rechten und linken Seite“ (S. 15). Kurz: Es sind dieselben „konservativen politischen Kräfte in dieser Republik“, d. h. der Bundesrepublik, von denen die als „Nachhut“ erkannten Burschenschaften „hofiert“ werden (S. 20).

Reimann wählt zwei Wege der Darstellung: „Teil I: Zur politischen Geschichte der Gießener Studentenschaft 1918-1933“, „Teil II: Der völkisch-nationale Diskurs in den Korporationen“. Dem Untertitel entsprechend dominieren Gießener Schriften die „Literatur“, bei der man – wie bei zeitgeschichtlichen Untersuchungen nicht ungewöhnlich – Quellen und Literatur kaum unterscheiden kann. Weiter umgesehen hat sich Reimann offenbar nicht, wenn er erklärt: „Nun haben sich die Korporationen [...] überhaupt nicht mit diesen 12 Jahren, ihrer Vorgeschichte und ihrem Beitrag zu diesem ‚Schlamassel‘ auseinandergesetzt“ (S. 19; vgl. S. 200). Es befremdet überdies, daß die Standardwerke zur Studentenschaft der Weimarer Zeit unvollständig angeführt sind. Auch fehlt das Buch zur Nachbaruniversität Marburg von Holger Zinn: Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, 11), Köln 2002.

Reimann unterscheidet in Gießen und verallgemeinernd auch anderswo drei Phasen der Entwicklung der Universitäten. Er sieht sie bestimmt 1. von der Frontgeneration, 2. von der nationalen Rhetorik der Professoren (1925-1927), die eine Zwischenphase studentischer „Apolitie“ überbrückt, und 3. von einer immer stärkeren Politisierung der Studentenschaft bis 1933.

Betroffen machen die von Reimann aufgearbeiteten Quellen zu Kapp-Putsch und Mechterstädt (ohne Hinweis auf: Peter Krüger, Anne C. Nagel (Hg.): Mechterstädt – 25. 3. 1920. Skandal in der Frühphase der Weimarer Republik (Studien zur Weimarer Geschichte, 3), Berlin 1996, 2. Aufl. Münster 1997). In der Massierung schwer erträglich erscheint – zumindest heute – das nationale Pathos in den Reden der Hochschullehrer. Ebenso befremdlich wirken die Äußerungen jüngerer Verbindungsstudenten aller Couleur aus den Jahren der dritten Phase, die im Teil II bis 1937 gedehnt wird. Bei den nach dem 30. Januar 1933 entstandenen Texten sollten die Leser jedoch auf die Daten achten. Nach meiner Erfahrung werden

Rückblicke gerade hier der jeweils geltenden Wertung angepaßt, d. h. die Zeit vor der „Machtergreifung“ wird nachträglich im Sinne des Nationalsozialismus geschönt bzw. verklärt. Das gilt auch für die Belege der Behauptung, bereits 1931 sei die Mehrheit der Burschenschafter nationalsozialistisch ausgerichtet gewesen.

Anders als etwa in Münster (Rainer Pöppinghege: Absage an die Republik. Das politische Verhalten der Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 1918-1935 (agenda geschichte, 4), Münster i. W. 1994) oder Marburg (Zinn, s. o.) waren bei der Gründung des Gießener NSDStB vom WS 1928/29 bis zum WS 1929/30 die Burschenschafter überrepräsentiert: 9 von 12 bzw. 11 von 17 Mitgliedern. Im Februar 1930 kandidierten aber nur 2 Burschenschafter unter insgesamt 15 Korporierten auf den 20 Plätzen der NS-Liste und im SS 1930 waren es noch 6 von 21 Mitgliedern (S. 93-97). Reimann unterscheidet darum den (abgetretenen) „Vortrupp“ von einer „organisierten Vorhut und Speerspitze der braunen Studentenbewegung nunmehr aus der weitgefächerten Landschaft der Korporationen“ (S. 97). Das führt ihn aber nicht zu einer Korrektur der These zu 1931.

Am Schluß wiederholt Reimann seinen Hauptvorwurf: „Die Burschenschaften verleugnen oder bagatellisieren ihre vielfache historische Verstrickung in den Nationalsozialismus bis auf den heutigen Tag“ (S. 200 f.). Hinsichtlich der entscheidenden Jahre findet er nur eine Ausnahme: „Dort, wo ausführlicher diskutiert wird, wie im Fall der Verbandszeitschrift der Alemannia [Gießen], zeigen sich hinter den strammen ideologischen Vorgaben teilweise auch komplexere Meinungsgefüge, artikulieren sich auch verschiedene, widerstrebende Auffassungen. Es gab auch skeptische, warnende Stimmen. Nur haben sich diese nicht durchgesetzt“ (S. 200). Ein „komplexeres Meinungsgefüge“ hätte Reimann bei einem Blick in das Handbuch der Deutschen Burschenschaft von 1932 beobachten können. Außerdem gab es seit März bzw. September 1932 eine korporative, vom Burschenschafter Fritz Hilgenstock geleitete Opposition gegenüber der Machtergreifung des NSDStB in der Deutschen Studentenschaft (DSt), nämlich den Studentischen Verbändedienst bzw. die Hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaft in Berlin (dazu Harald Lönnecker: „Vorbild ... für das kommende Reich“. Die Deutsche Studentenschaft (DSt) 1918-1933, in: GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte 7 (2004), S. 37-53). Hier wurde u. a. das Abbröckeln der nationalsozialistischen Mandate in den Studentenvertretungen beobachtet, – bis hin zum Wahlsieg der von Burschenschaffern initiierten Widerstandsfront in Rostock am 30. Januar 1933 (zuletzt Verf.: Universität Rostock. Der vergebliche Kampf um die Wende von 1933, in: ebd., S. 54-70). Die danach wieder einsetzenden Verstrickungen in der DSt (dazu das Handbuch der Deutschen Burschenschaft, 1982, danach 1998 und 2005) sollen mit diesen Hinweisen nicht abgestritten werden.

Reimanns Ausführungen sind kritisch zu lesen, wo immer er mit dem Wort „vielfach“ verallgemeinert. Wie überall, helfen Vorurteile nicht zur Wahrnehmung einer komplexen Situation. Wenn schon nicht Neutralität oder Wertfreiheit, so tut doch Differenzierung not, wenn aus der Vergangenheit gelernt werden soll – auch für den aktuellen politischen Wettstreit in unserer Demokratie.

*Prof. Dr. Karl Heinrich Krüger, Münster*

- Müller, Gerhard: **Vom Regieren zum Gestalten. Goethe und die Universität Jena** (Ereignis Weimar-Jena. Kultur um 1800. Ästhetische Forschungen, 6). Heidelberg 2006, 799 S. [rez. v. Ruediger vom Bruch, unter:

<http://hsokult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-2-193.pdf>

„... Die international ausstrahlende, vielfach an die Berliner Neugründung von 1810 angekoppelte deutsche Forschungsuniversität des 19. Jahrhunderts war kein Phönix aus der Asche, die Universitätslandschaft im späten Alten Reich war weniger heruntergekommen, als das vorwiegend politisch erklärbare



„Universitätssterben“ um 1800 und spätere Unwertsurteile nahe legen; die von den 1694 bzw. 1737 gegründeten Reformuniversitäten Halle und Göttingen ausgehenden Modernisierungsimpulse reichten keineswegs nur als kräftiger, aber schmaler Strom mit der Verlängerung Berlin ins 19. Jahrhundert hinein, sondern stimulierten in einer mobilen, um Studenten ringenden akademischen Konkurrenzwelt auch anderswo bereits im späten 18. Jahrhundert Reformen. Es gab mehrere „Realtypen deutsche Universität“ auf dem Weg zu einer in sich verfestigenden Fachdisziplinen vielfältig disziplinierten Forschungsuniversität, und Jena war einer von ihnen, neben Göttingen selbstverständlich, aber auch neben Leipzig etwa, wie die bisherigen Studien des allzu früh verstorbenen Markus Huttner vermuten lassen. Entscheidendes und durchgängiges Erfolgskriterium in einer Zeit, die noch keine Drittmittelquoten und allenfalls indirekte Evaluierungsformen kannte, war die Frequenzentwicklung, die studentische Nachfrage vor allem von „Ausländern“, worauf sich die Universitäten als „Anbieterkartell“ einzustellen hatten.

Gerade die nicht traditionell durch Stiftungen und Donate begüterten, sondern wie Halle und Göttingen ganz auf den Staatszuschuß bzw. die Wirtschaftskraft der Studenten angewiesenen Universitäten mußten sich breit profilieren; Leipzig mußte auf das nahe Halle reagieren, und das notorisch arme, von mehreren Fürsten mehr schlecht als recht unterhaltene thüringisch-sächsische Jena suchte sich Nischen als Profilierungschance. Wie Müller zeigt, bewirkte bereits vor Goethes Auftreten die bislang als erfolglos eingeschätzte Visitation von 1767/68 durchaus eine „innovative Restauration“ der vom Göttinger Erfolg aufgeschreckten Saale-Universität. Während Goethes amtlicher Tätigkeit entfaltete sich dann eine den Namen verdienende Hochschulpolitik vom zunehmend unter den Nutritoren dominierenden Weimar aus. Goethe, der aufgeklärt-pragmatische Realist war, so die Bilanz, kein Hochschulreformer, wie etwa der Freiherr von Münchhausen in Göttingen oder Wilhelm von Humboldt in Berlin, vielmehr betrieb er eine „defensive Modernisierung“, welche Neues zuließ, soweit es sich in gegebene Strukturen einfügte. Er verwandte insgesamt weit mehr Sorge als bislang bekannt auf die Universität Jena, welche er als „kreatives Refugium“ gegenüber dem Weimarer Hof schätzen lernte, bis er schließlich 1825 Weimar und Jena als „zwey Enden einer großen Stadt“ charakterisierte.

Mehrere Phasen lassen sich unterscheiden. Unter dem Eindruck der Revolution in Frankreich suchte Goethe an dem in Jena bereits etablierten, aber wie auch anderswo zunehmend brüchigen Bündnis von aufgeklärter Herrschaft und Intellektuellen durch eine Art geistiger „Gewältigung“ der Revolution festzuhalten, baute er gemeinsam mit Herder in Philosophie und Naturforschung durch glanzvolle Berufungen einen „Freihafen“ der Wissenschaft. Zugleich legte er strukturell das Fundament für jene vielzitierte „extraordinäre“ Universität in einem doppelten Wortsinn, durch vielfältige Sonderzuwendungen an die durchweg unterfinanzierte Universität, und zwar an kärglich besoldete, aber innovativ-dynamische außerordentliche Professoren, um sie, neben Förderung ihrer Loyalität gegenüber dem Hof, zu einem privaten Unternehmertum (Sammlungen, Bibliotheken, Spezialgebäude etc.) für eben jene Infrastruktur anzuregen, auf die der moderne Wissenschaftsbetrieb angewiesen war. Noch vor der dramatischen Krise Jenas 1803 mit der hohen Abwanderung von Professoren hatte Goethe die entsprechende Infrastruktur in Halle und in Göttingen inspiziert; ab 1803 konzentrierte er sich über die bisherigen einzelnen Leuchttürme hinaus auf einen systematischen Ausbau der historisch-empirischen Wissenschaften und sicherte zugleich die staatliche Kontrolle über die sich ausdifferenzierende Infrastruktur, um nicht von gemeinsam mit ihren Sammlungen oder Zeitschriften abziehenden Professoren abhängig zu sein.

Ganz neues Licht fällt auf den nach dem Desaster vom Oktober 1806 ungemein rührigen Goethe, der mit einigem Geschick Napoleons vorübergehenden Ansatz zu „moralischen“ nach den militärischen Eroberungen im Sinne eines „Rhein-

bundpatriotismus“ für eine Profilierung Weimar-Jenas zum kulturellen Mittelpunkt eines gleichsam entpolitisierten Nationalbewußtseins nutzte und so die Universität in einem komplizierten Schlingerkurs über die Napoleonische Zeit hinweg rettete. Ob freilich die deutsche Universität sich bis 1815 in einer Krise befand, gar als Auslaufmodell gegenüber dem konkurrierenden französischen Spezialschulmodell, wie die mit Fragezeichen versehenen einschlägigen Kapitelüberschriften eher nicht nahe legen, beantwortet die eher eng geführte, wohl in Forschungsfragen bestens bewanderte, aber über das Material sich kaum hinauslehrende Arbeit weniger; in Jena jedenfalls verlief der Übergang von einer relativ autonomen Korporation zu einer straff geführten staatlichen Anstalt mit weitgehend autonom sich entfaltenden Einzelwissenschaften ziemlich bruchlos.

Die weitere Entwicklung ist für Jena von Belang, weniger für die allgemeine Universitätsgeschichte; so die vorübergehende Entfremdung Goethes von dem ihm allzu konstitutionell-liberalen Carl August, die erneute Annäherung nach den Karlsbader Beschlüssen, Goethes Konzentration auf die Bibliothek als Herzstück der Forschungsuniversität. Festzuhalten bleibt freilich, mit welchem Geschick Goethe mit der extraordinären Universität ein Jena-spezifisches innovatives Strukturmodell zur universitären Verankerung vor allem der neu sich herauschälenden naturwissenschaftlichen Disziplinen nutzte, zunächst als subsidiäre Leistungen zur Anstachelung von Privatinitiativen, nach 1803 dann unter strikter Staatskontrolle ...“ Zit. n.

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-2-193>

- Martin Haidinger: Unter Brüdern. Wien 2007, 222 S.

Ein mytho-realistischer CV-Krimi, der in das pittoreske männerbündische Milieu der Studentenverbindungen führt – die wienerische Antwort auf Dan Brown.

Zwischen Bierdunst und großen Worten wird der junge Wiener Student Lukas Westermayer in die Reihen der Studentenverbindung Palaio-Palatia aufgenommen. Freunde findet er vorerst nur wenige in dieser skurrilen Welt von Burschen und älteren Männern mit bunten Bändern und kleinen Kappen auf dem Kopf. Er ist sich nicht sicher, ob er in dieser statischen Welt von Kumpelhaftigkeit, Tradition und Politik richtig am Platz ist und ob das die „Elite“ ist, die er sucht. Doch eines Tages kommt Bewegung in die Verbindung: Vom Vereinslokal, der „Bude“, verschwinden wichtige Gegenstände, die samt und sonders bedeutende Besitztümer der Verbindung sind, darunter Wappen, Fahnen und sogar hektoliterweise Bier! Als dann Menschen abhanden kommen, macht sich Lukas gemeinsam mit einem Alten Herren auf die Suche nach den Dieben und Entführern. Wer war's? Linke Gegner des „Cartellverbands“ (ÖCV), dem die Palaio-Palatia angehört? Oder schlagende Burschenschaftler? Oder doch die Freimaurer? Vielleicht sitzt der Feind ja auch im Inneren der Verbindung.

Eine spannende Jagd beginnt, die quer durch das pittoreske männerbündische Milieu in Österreich und Deutschland führt und so manchen Vorhang beiseite zieht ...

Der Autor Martin Haidinger, geboren 1969 in Wien, studierte Geschichte und ist als Journalist für österreichische und deutsche Rundfunkanstalten, Zeitungen und Magazine, tätig, ist Buchautor und Romancier. Darüber hinaus Kabarettist und Vortragskünstler. Aus eigenem Erleben und Erfahren intimer Kenner des Couleurstudententums.



Haidinger sieht sich selbst in der Tradition von Schriftstellern wie Otto Julius Bierbaum, Heinrich von Schullern und Walter Bloem, die vor hundert Jahren den Studentenroman zu einem vielgelesenen Genre machten. Ihnen nähert er sich mit Hochachtung und in Verehrung. [www.unterbruedern.at](http://www.unterbruedern.at)

• Stephan Braun,\* Ute Vogt (Hg.):<sup>†</sup> **Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“: Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden.** 2007, 358 S.; aus dem Vorwort:

„Jahrelang hatte die „Junge Freiheit“ (JF) gegen ihre Nennung in Verfassungsschutzberichten geklagt. Im Mai 2005 war es dann soweit: Das Bundesverfassungsgericht hat die Pressefreiheit stärker gewichtet und eine weitere Aufnahme dieses Blattes in die Berichte der Behörden erschwert. Seitdem wurde die JF in keinem Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Jetzt sind Politik und Öffentlichkeit, Wissenschaft und Bildungsarbeit gefragt. Denn an der politischen Bewertung dieser neurechten Wochenzeitung hat sich kaum etwas geändert.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist bemerkenswert. So legte der Erste Senat in seiner Begründung dar, daß eine bloße Kritik an Verfassungswerten nicht für eine Veröffentlichung in den Verfassungsschutzberichten ausreicht; daß es im Rahmen der Pressefreiheit auch möglich sei, ein Forum nur für ein bestimmtes politisches Spektrum zu bieten, dort aber den Autoren große Freiräume zu gewähren und sich in der Folge nicht mit allen Veröffentlichungen zu identifizieren; daß es bei Artikeln, die nicht aus der Feder von Redaktionsmitgliedern stammen, besonderer Anhaltspunkte bedürfe, warum aus diesen Artikeln rechtsextremistische Bestrebungen von Redaktion und Verlag abgeleitet werden könnten.

Diese Kriterien schließen also keineswegs aus, daß die JF auch rechtsradikales bis rechtsextremes Gedankengut verbreitet. Das Gericht hat lediglich die Pressefreiheit stärker gewichtet und die Hürde für eine Aufnahme in Verfassungsschutzberichte angehoben.

Nach wie vor gilt die JF als die zentrale Publikation der Neuen Rechten in Deutschland, einer Strömung, die unter dem Deckmantel des Konservatismus ein Scharnier zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum bildet. „Hinter ihrem gemäßigten Duktus verbergen sich oft antidemokratische und fremdenfeindliche Konzepte“, weiß das nordrhein-westfälische Innenministerium zu berichten. Und der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech bekennt offen: „Die Junge Freiheit unterliegt auch weiterhin der Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz“. Grund genug, die Auseinandersetzung mit diesem Blatt, seinen Inhalten und Netzwerken zu suchen.

Der Band gliedert sich grob in vier Teile. Teil eins gibt einen ersten Überblick. Stephan Braun, Martin Gerster und Alexander Geisler widmen sich den Medien der Neuen Rechten und dem Phänomen JF aus bundes- und landespolitischer Perspektive ... Helmut Kellershohn zeichnet in einer Chronologie die Entwicklung der JF von einem achtseitigen Blättchen im Kleinformat zum wichtigsten Publikationsorgan der Neuen Rechten in Deutschland nach, beleuchtet die Entstehung und Entwicklung des JF-Verlags und nennt Roß und Reiter: Herausgeber, Anteilseigner, Personen sowie Organisationen, die im Hintergrund der JF wirken.

Ein Blatt im „Grenzraum des Verfassungsbogens“. Der zweite Teil setzt sich vertieft mit Inhalten und Programmatik der JF auseinander. Thomas Pfeiffer und Michael Puttkamer schildern, weshalb das Blatt über zehn Jahre in den Berichten des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes erwähnt wurde ... Wolfgang Gessenharter weist nach, daß der nach wie vor in der JF verbreitete „Schmittismus“ mit dem Grundgesetz

unvereinbar ist. Carl Schmitt, der „Kronjurist“ der Nationalsozialisten, hat Zeit seines Lebens antiparlamentarische und antiliberalistische Einstellungen gepflegt und die in der Verfassung verbürgten Grundrechte als „unveräußerliche Eselsrechte“ verspottet. Die JF, so Gessenharter, habe seit ihrem Bestehen kaum eine Möglichkeit ausgelassen, Carl Schmitts Denken als vorbildlich hinzustellen und ihn in einer Art zu preisen, die bis zur Heroisierung reiche. Michael Pechel konstatiert [!] der Wochenzeitung ein zutiefst rückwärtsgerichtetes Geschichtsverständnis, welches eine offene Flanke zum Geschichtsrevisionismus aufweise ... Helmut Kellershohn analysiert in seinem zweiten Beitrag das Selbstverständnis der JF. Unter dem Etikett „Nation, Konservatismus, Freiheitlichkeit“ arbeite sie daran, den Sagbarkeitshorizont in Deutschland nach rechts zu verschieben. Die Wochenzeitung habe sich zu einem Blatt mit reduziertem Weltanschauungsangebot entwickelt, um ihre Anschlußfähigkeit nach allen Seiten zu ermöglichen. Sie stütze sich bewußt auf die Gedanken eines völkischen Nationalismus, auch wenn sie im Rahmen ihrer Akkomodationsstrategie nicht selten den „Schafspelz“ überstreife. Eine aktualisierte Form eines christlichen Antisemitismus konstatiert [!] Regina Wamper der neurechten Wochenzeitung ... Fabian Virchow widmet sich in seinen Ausführungen der Rezeption bundesdeutscher Außenpolitik durch die JF ... Auch der Versuch einer Rehabilitation der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gehöre zum regelmäßigen Kanon der JF-Berichterstattung.

... Der dritte Teil des Bandes beschäftigt sich mit Akteuren, Kunden und Kampagnen der JF. Anton Maegerle beleuchtet in einer umfangreichen Analyse den politischen und publizistischen Werdegang von Redakteuren und Autoren ... Gabriele Nandlinger richtet den Fokus auf diese Kunden der JF und kommt zu dem Schluß, daß das Blatt bei der Auswahl seiner Anzeigenkunden auch Verlage, Organisationen und Burschenschaften akzeptiert, die im rechten Spektrum beheimatet sind ... Welchen Stellenwert die JF der Online-Enzyklopädie Wikipedia für die Veränderung des öffentlichen Meinungsklimas beimesse, zeige die regelmäßige Berichterstattung über das Online-Projekt in der Rubrik „Zeitgeist & Medien“, konstatiert Margret Chatwin.

... Der abschließende Teil des Bandes diskutiert die Herausforderungen, welche die JF an Politik und Öffentlichkeit, an die Wissenschaft und an die Bildungsarbeit stellt. Helmut Löhlhöfel beschäftigt sich dabei mit den Interviewpartnern der JF. Die Wochenzeitung versuche sich durch rege Interviewtätigkeit ein „reputierliches, honoriges Image“ zu geben. Bekannte Wissenschaftler, Künstler und Politiker - darunter auch sozialdemokratische Urgesteine wie Egon Bahr und der im Jahr 2005 verstorbene Peter Glotz - hätten dazu beigetragen, der Öffentlichkeit zu suggerieren, die JF stehe „gar nicht so weit rechts außen wie ihr Ruf.“ ... Volker Nobisrath und Ute Vogt untersuchen, warum die Bundespressekonferenz einen Journalisten der JF in ihre Reihen aufgenommen hat ... Albert Scherr beschreibt die JF als ernstzunehmende Herausforderung für die politische Bildung ... Thomas Schlag geht der Frage nach, wie sich die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit der JF beschäftigen könne ...“

## Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte (GDS)

### Vorstand:

*Dr. Friedhelm Golücke, 1. Vorsitzender, Institut für Deutsche Studentengeschichte, [f.goluecke@t-online.de](mailto:f.goluecke@t-online.de)*

*Pfr. em. Detlef Frische, 2. Vorsitzender, GDS-Geschäftsstelle, Redaktion Studentenkurier, [akadpress@t-online.de](mailto:akadpress@t-online.de)*

*Dr. Raimund Neuß, 3. Vorsitzender, SH-Verlag, [drneuss@aol.com](mailto:drneuss@aol.com)*

*Dr. Bernhard Grün, Schriftführer, Kleine Schriften, GDS-Archiv, [gds-archiv@gds-web.de](mailto:gds-archiv@gds-web.de)*

\* Journalist, MdL Baden-Württemberg, SPD-Fraktion.

† Rechtsanwältin, stv. Parteivorsitzende der SPD, Landes- u. Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg; Schirmherrin des Informationsdienstes „blick nach rechts“.

Siegfried Schieweck-Mauk, *Kassier*,  
[GDS\\_Kassenwart@gmx.de](mailto:GDS_Kassenwart@gmx.de)

Raimund Lang, *Veranstaltungen*, [raimund.lang@gmx.de](mailto:raimund.lang@gmx.de)

Dipl.-Math. Stephan Eichhorn, *Stiftung Deutsche Studentengeschichte*, [stephan.eichhorn@wingolf.org](mailto:stephan.eichhorn@wingolf.org)

Marc Zirlewagen, M. A., *Stiftung Deutsche Studentengeschichte*, [marc.zirlewagen@t-online.de](mailto:marc.zirlewagen@t-online.de)

#### Beisitzer:

Werner Essl, *Mitgliederbetreuung*, [wessl@t-online.de](mailto:wessl@t-online.de)

Dr. Wolfgang Löhr, [wolfgang.loehr@gmx.de](mailto:wolfgang.loehr@gmx.de)

Dr. Harald Lönnecker, M. A., [loe.spetz@web.de](mailto:loe.spetz@web.de)

Thomas Schindler, M.A., [schindler@hassfurt.de](mailto:schindler@hassfurt.de)

Dr. Matthias Stickler, *ASH-Reihe*,  
[matthias.stickler@mail.uni-wuerzburg.de](mailto:matthias.stickler@mail.uni-wuerzburg.de)

Dr. Paul Warmbrunn *GDS-Vereinsarchiv*,  
[pwarmbrunn@aol.com](mailto:pwarmbrunn@aol.com)

*Der Beitritt ist eine lohnende Sache: Ein gutes Gefühl, mit seinem Mitgliedsbeitrag sinnvolle Projekte zu fördern, über die man selbst mitbestimmt. Aber der Beitritt zur GDS lohnt sich auch ganz unmittelbar für jeden. Bei einem geringen, steuerlich absetzbaren Jahresbeitrag erhalten alle Mitglieder ohne weitere Berechnung viermal im Jahr den Studenten-Kurier. In der Regel einmal jährlich kommt ein aufwendiges Buch hinzu. Das wäre Grund genug für Ihren Beitritt, aber es gibt noch einen weiteren Vorteil: Alle GDS-Mitglieder erhalten Sonderpreise bei Buchbestellungen über die SH-Verlag GmbH, Osterather Straße 42, D-50793 Köln.*

#### Projekte & Portale

- Die **Fachdatenbank Buchwissenschaft** vereinigt mit der „Wolfenbütteler Bibliographie zur Geschichte des Buchwesens“ (WBB), der „Bibliographie der Buch- und Bibliotheksgeschichte“ (BBB) und dem elektronischen Bibliothekskatalog des „St. Galler Zentrums für das Buch“ (SGZFB) die drei wichtigsten bibliographischen Instrumente zur Buch- und Bibliothekswissenschaft. Insgesamt werden über 400.000 Monographien, Zeitschriften und Aufsätze aus dem Berichtszeitraum 1840 bis heute nachgewiesen. Die Fachdatenbank Buchwissenschaft ist damit die derzeit umfangreichste bibliographische Datenbank zum Buch- und Bibliothekswesen im deutschen Sprachraum.“ [www.buchwissenschaft.info/](http://www.buchwissenschaft.info/)

- Verhandlungen des Reichstages – Stenographische Berichte (1867-1895):** Die Stenographischen Berichte enthalten die Protokolle der Sitzungen des deutschen Reichstags (bis 1871: Norddeutscher Bund) sowie des Zollparlaments und liegen in gedruckter Form kontinuierlich bis 1938 in über 400 Bänden vor. Im Rahmen des von DFG geförderten Programms „Retrospektive Digitalisierung von Bibliotheksbeständen“ wurde der Bayerischen Staatsbibliothek die Digitalisierung der Stenographischen Berichte des Deutschen Reichstags bewilligt. Der Umfang der Digitalisierung bis zum Jahr 1895 beläuft sich auf 107.695 Seiten in 165 Bänden, die im Bildformat erfasst und nun Internetz bereitgestellt sind. Der Zugriff auf die Bilddateien ist derzeit neben der Navigationsmöglichkeit in den virtuellen Bänden auch via Volltext-Recherche im Generalregister möglich. Ergänzend wurden 37 Sprechregister im Volltext erfasst, so daß Abfragen nach den Sprechern des Reichstags und ihren Rednerbeiträgen vorgeommen werden können. In Ergänzung zu den vorhandenen Sammlungen der digitalen Reichstagsberichte 1867 - 1895 und der Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919 - 1933 wurden auch die Verhandlungen des Deutschen Reichstags in der Weimarer Zeit digitalisiert und über suchbare Register aufbereitet. Ergänzend

wurden die Amtlichen Handbücher digitalisiert, die dort enthaltenen Mitgliederverzeichnisse mit Kurzbiographien datenbankgestützt erfasst und mit den Sitzungsberichten verknüpft. <http://mdz1.bib-bvb.de/cocoon/reichsblatt/start.html>

- Der **Stifterverband** betreut fast 400 Stiftungen zur Förderung der Wissenschaft. Auf der Homepage können die Stiftungen nach Fachgebieten und Fördermöglichkeiten aufgelistet werden. Für die Geisteswissenschaften stehen Informationen zu Fördertätigkeit, Fördervolumen und Fördertätigkeiten für 34 Stiftungen zur Verfügung. Weitere Informationen:

[www.stifterverband.org/site/php/foerderung.php?SID=&seite=Stiftungen](http://www.stifterverband.org/site/php/foerderung.php?SID=&seite=Stiftungen)

- Gesamtausgabe des Briefwechsels von **Leopold von Ranke** auf Netzseite der Bayerischen Akademie der Wissenschaften abrufbar: Leopold (von) Ranke (1795-1886) gilt als Begründer der modernen Geschichtswissenschaft. Die Briefe waren bislang nur in unkritischen Ausgaben und z. T. verstreut zugänglich. Zum ersten Mal sollen nun alle Briefe von und an Ranke in einer historisch-kritischen Ausgabe mit Sachkommentar herausgebracht werden. Sämtliche Briefe in allen Versionen sind in einer elektronischen Datenbank gespeichert. Zum Abschluß des Projektes soll diese offen für Recherchen zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit haben interessierte Fachleute aber schon die Möglichkeit, gezielte Suchanfragen zu stellen. Weitere Informationen.

<http://idw-online.de/pages/de/news219925>

#### Tagungen & Themen

ARBEITSKREIS DER STUDENTENHISTORIKER  
im Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA)

##### 67. Deutsche Studentenhistorikertagung 2007

Termin: Freitag, 5. Oktober - Sonntag, 7. Oktober 2007

Ort: Corps Teutonia, Hessenstraße 3, D-35394 Gießen

Vortragsprogramm:

- Dipl.-Ing. Reinhard Pröbß (VAW): Widerstand in der Studentenschaft in den 1970er Jahren;
- Prof. Dr. Hermann Rink (KSCV) Studentische Beziehungen zwischen Gießen und Mainz;
- Florian Hoffmann M.A. (KSCV): Corps oder Burschenschaft? Zur Verortung der Gießener Palatia (1833-1834);
- Prof. Dr. Dietmar Klenke: Vom hohen Nutzen einer traditionsbewußten Studentenhistorie im Lichte der aktuellen Universitätskrise;
- Dr. Harald Lönnecker (DB): Schwarze, Ehrenspiegel, Progreß - die Gießener Burschenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts;
- Dr. Bernhard Grün (CV): Studenten des Führers? Die Kameradschaften des NSDStB und ihre Altherrenschaften an der Universität Gießen 1937 - 1945;
- Dr. Günter W. Zwanzig (SB): Die Frühgeschichte des Schwarzburgbundes (SB).

Tagungsleiter: Klaus Gerstein, Trupbacherstr.145, D-57072 Siegen. Tel.: 0271-370138; Fax: 0271-3720207; [klaus.gerstein@t-online.de](mailto:klaus.gerstein@t-online.de) bzw. [www.studentenhistoriker.de](http://www.studentenhistoriker.de)



## GDS-Seminar

## „PRAG im STUDENTENLIED“

vom 4. bis 6. April 2007 in Stolpen

Liebe Freunde des studentischen Gesangs!

Wie bereits vor zwei Jahren in Eberbach angekündigt, wollen wir uns im kommenden Herbst wieder zu einem studentischen Liedwochenende treffen. Diesmal wird unser Thema „Prag im Studentenlied“ sein. Die Veranstaltung ist auch im Zusammenhang mit der großen Studentenhistorikertagung des folgenden Jahres zu sehen, die von 24. bis 26. Oktober 2008 in Prag stattfinden wird und welcher eine einwöchige Böhmenreise der GDS vorausgehen soll. Wenn Sie an dieser Böhmenreise interessiert sind, so bitten wir Sie, dies in beiliegendem Formular anzukreuzen. Details über diese Fahrt werden auch Thema beim Abschlußgespräch in Stolpen sein.

Unsere Tagung wird bereits am Freitagabend beginnen und am Sonntag mit dem Mittagessen enden. Wie immer wird dem Gesang eine wichtige Rolle zukommen. Daneben wird es drei Referate über „Prag im studentischen Lied und Gedicht“, über „Die Insignien der Prager Universität“ und über den wohl bekanntesten Prager Studentendichter, über Karl Hans Strobl geben. Die Herren Christian Oppermann von der Prager Burschenschaft Arminia zu Bochum und Jürgen Herrlein vom Corps Austria Prag zu Frankfurt haben für die beiden letzten Themen bereits zugesagt, während das erste vom Tagungsleiter Raimund Lang behandelt wird. Schließlich steht auch reichliches Filmmaterial zur Verfügung, sowohl über die Stadt und die Universität, als auch über die Legende vom Golem und über den im Studentenlied besungenen heiligen Nepomuk. Der Abend des Samstag ist einem festlichen Hospiz im Saal des Hotels Erbgericht vorbehalten, das nur wenige hundert Meter vom Tagungsort entfernt liegt. Am Sonntagvormittag wird auch die Möglichkeit zum Besuch des Gottesdienstes bestehen.

Die Kosten für die Veranstaltung werden sich für GDS-Mitglieder auf € 170,- pro Person bei Buchung im Doppelzimmer bzw. auf € 190,- im Einzelzimmer belaufen. Nichtmitglieder bezahlen im Doppelzimmer € 200,- und im Einzelzimmer € 220,-. Im Falle der Anmeldung erbitten wir 50 % des Seminarpreises auf das Konto 3885936 67 bei der Deutschen Bank Hamburg, BLZ 200 700 00, lautend auf Raimund Lang (IBAN: DE08 2007 0000 0388 5936 67; BIC: DEUTDE33XXX). Den Rest verrechnen wir dann vor Ort. Die Kosten beinhalten zwei Übernachtungen mit Frühstück, zwei Abendessen, zwei Mittagessen, die Busfahrt am Samstagnachmittag und sämtliche Seminarunterlagen.

Raimund Lang, Dorfstraße 51 f, D-22889 Tangstedt; Tel. 0(049)/4109/554 872, [raimund.lang@gmx.de](mailto:raimund.lang@gmx.de)

Werner Essl, Senffstraße 22a, D- 06120 Halle/Saale; Tel. 0(049)/345/550 7086; [werner.essl@freenet.de](mailto:werner.essl@freenet.de)

- Im Museum „Altes Zeughaus“ in **Solothurn** ist vom 15. Juni bis 9. Dezember 2007 die Ausstellung „Studentisches Turnen - Turnerverbindungen“ zu sehen. Eine interessante Ausstellung mit einmaligen Zeitdokumentationen.

- „Universalität in der Provinz – die vormoderne Landesuniversität Gießen zwischen korporativer Autonomie, staatlicher Abhängigkeit und gelehrten Lebenswelten“, Historisches Institut, Univ. **Gießen**, 8./9. 6. 2007, Bericht v. Kerstin Weiland:

„... Die Tagung begann mit einer Sektion im Zeichen der Gründung der Ludoviciana im Jahre 1607 sowie deren Einbettung in die zeitgenössische Hochschullandschaft des Alten Reiches und Europas. Zunächst zeichnete Anton SCHINDLING ein anschauliches Bild von der Vielfalt des Hochschulwesens im Heiligen Römischen Reich um 1600, zwischen Späthumanismus und Konfessionalisierung. Neben der „klassischen“ Vier-Fakultäten-Universität, die sich am Pariser Vorbild orientierte, entstanden noch weitere Institutionen höherer Bildung im Reich, so etwa die reformierten Hohen Schulen oder die Gymnasia illustria. Zwar entwickelten sich im

Reich gemäß der Konfessionsgrenzen verschiedene Bildungslandschaften, jedoch habe – so SCHINDLING – der Humanismus mit seiner Hochschätzung des klassischen und des christlichen Altertums sowie des klassischen Lateins als Gelehrtensprache die allgemeine Verständigungsbasis für einen konfessionsübergreifenden Bildungs- und Kommunikationsraum geboten. Dies sei im Umfeld der Verfechter des sogenannten „Konfessionalisierungsparadigmas“, das immer nur Teile der komplexen Struktur frühneuzeitlicher Verhältnisse abbilde, insgesamt zu wenig beachtet worden.

Diese Ausführungen am Gießener Beispiel zu konkretisieren unternahm Manfred RUDERSDORF, der die Gründung der Ludoviciana als eine für die Frühe Neuzeit typische Kettenhandlung beschrieb, die von dynastischen, territorialen und konfessionellen Faktoren beeinflusst wurde. Ihre Entstehungsvoraussetzungen waren die hessische Landesteilung und die sich entwickelnden konfessionellen Gegensätze zwischen den beiden hessischen Linien, dem reformierten Kassel und dem lutherischen Darmstadt, die die Einrichtung Marburgs als hessischer „Samtuniversität“ schließlich nicht mehr opportun erscheinen ließen. Die Gründung der Ludoviciana vollzog sich somit unter dem Zeichen hessen-darmstädtischer Territorialstaatsbildung.

Den Kontext dieses Vorgangs zeichnete Wolfgang WEBER, indem er das europäische Hochschulwesen der Zeit vorstellte, das von einer Gemengelage von Inklusion und Exklusion, von Monopolisierung und Konkurrenz geprägt war. Er unterschied verschiedene Universitätslandschaften in Europa, für deren Vernetzung konfessionelle und regionale Aspekte entscheidend waren. Allerdings bemühte man sich mit der verstärkten Orientierung an nicht konfessionalisiertem Wissen gerade in den Naturwissenschaften zunehmend um den Aufbau einer Res publica scientiae über die Konfessionsgrenzen hinweg; dabei seien Wissensaustausch und universitäre Vernetzung im europäischen Raum erst in Ansätzen erforscht.

Nach diesen institutionsgeschichtlichen Einführungen widmete sich die zweite Sektion unter dem Titel „Innovationen durch Intervention?“ den Wechselwirkungen von Hochschule und Politik. Die Universitätsreformen im 18. Jahrhundert, die aus einem rational und vor allem utilitaristisch ausgerichteten Bildungsverständnis der Aufklärung rührten, skizzierte Günther LOTTES aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive. Dabei wurde deutlich, daß die aufgeklärte „Wissensrevolution“, die das Corpus des vorhandenen Wissens ebenso berührte wie die Regeln der Wahrheitsfindung, die Kommunikationstechniken und Medien und die Institutionen und Akteure des Erwerbs und der Weitergabe von Wissen, von großem Einfluß für die Entwicklung der Universitäten war. So dienten fortan Nützlichkeit und Brauchbarkeit als Maßstab für die Legitimierung von Forschungs- und Lehrinhalten, was u. a. in der Einrichtung des Fachs „Kameralwissenschaften“ seinen Niederschlag fand. Insgesamt hätten sich die Universitäten entgegen dem Topos ihrer Aufklärungsferne den Herausforderungen der „Wissensrevolution“ durchaus gewachsen gezeigt.

Deren Auswirkungen auf Gießen beleuchtete Eva-Marie FELSCHOW anhand der Universitätsreformen des 18. Jahrhunderts. Der wissenschaftliche Erneuerungsprozeß und die Neuorientierung der Lehrinhalte im „Geist der Aufklärung“ führte sie vornehmlich auf landesherrliches Engagement zurück. Seit dem 18. Jahrhundert habe sich der landesherrliche Zugriff auf die Autonomie der Universität gesteigert und schließlich deren Gestaltungsspielraum drastisch verringert. Allerdings seien die Reformprozesse aufgrund von Finanzierungsproblemen oftmals wenig stringent durchgeführt worden. Die Frage nach der akademischen Freiheit stellte sich für FELSCHOW angesichts gegenwärtiger Reformprozesse heute von neuem.

Winfried SPEITKAMP drehte die Perspektive gleichsam um, indem er nach der Rolle von Universitäten für die Politik, nach der Intervention von Professoren in den Staat des frühen 19. Jahrhundert fragte. Drei Gießener Exempla des professoralen Politikers, August Friedrich Wilhelm Crome, Karl

Ludwig Wilhelm von Grolman und Heinrich Karl Jaup, stellte er unter drei Aspekten, dem Kampf zwischen Reform und Restauration, dem Diskurs über die Nation sowie der Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Politik vor. Trotz zum Teil heftiger Kritik an ihren politischen Positionen konnten sie ihre Doppelrolle dabei vielfach aufrecht erhalten. Ihrer Selbstwahrnehmung nach waren sie Wissenschaftler, die aufgrund ihres Fachwissens für die Politik als Ratgeber unentbehrlich waren.

Konkretisiert wurden die Wandlungsprozesse, die die Universitäten seit dem 19. Jahrhundert prägten, in der dritten Sektion, die sich der Entwicklung einzelner wissenschaftlicher Disziplinen und Bildungsinhalte in Gießen widmete. Neill BUSSE stellte dar, daß das Wirken Justus Liebigs, des Namenspatrons der heutigen Universität, entgegen älterer Forschungsmeinungen, die Liebig allein als Exponenten innovativer Wissenschaftlichkeit und einer modernen auf dem Leistungsprinzip basierenden Gesellschaftsordnung sahen, von einer Parallelität von Traditionellem und Neuem geprägt war. Zwar habe sich Liebig im Hinblick auf Methode und Forschung sowie in seiner Förderung wissenschaftlicher Qualifizierung durchaus progressiv gezeigt, in sozialer Hinsicht sei er jedoch noch stark traditionellen Mustern verpflichtet gewesen, wie BUSSE an Liebigs Mitarbeitern nachweisen konnte, die zum großen Teil einen stark regionalen Bezug aufwiesen, zumeist gehobenen Gesellschaftsschichten entstammten und sich zudem mittels Heiraten nicht nur mit Liebigs eigener Familie, sondern auch – ganz im Sinne der frühneuzeitlichen Familienuniversität – mit eingessenen Professorenfamilien Gießens verbanden.

Unter dem Stichwort „Fachspezialisierung“ gab Athina LEXUTT einen engagierten Überblick über die Entwicklung der Theologie im 19. Jahrhundert. Im Zuge der Aufklärung hatte diese ihre Stellung als Leitdisziplin verloren und wurde als Wissenschaft zunehmend in Frage gestellt. Gerade dieser Legitimationsdruck erwies sich für die Entwicklung der Theologie – oder besser der „Theologien“ – als fruchtbar. Eine Vielfalt unterschiedlicher Lehrmeinungen und Forschungsperspektiven entwickelte sich, die für die Theologie noch heute von großer Bedeutung sind. Der Kampf um wissenschaftliche Anerkennung und die Gestaltung des Fachs für die Zukunft sei auch – so LEXUTT – für die Gegenwart der theologischen Disziplin zentral.

Die Professionalisierung der Lehrerbildung als einer besonderen Stärke der Gießener Universität beschrieb Vadim OSWALT. Die Trennung von Gymnasial- und Hochschullehrerausbildung, von Fachwissenschaft und Fachdidaktik sowie die zweiphasige Lehrerausbildung konnte sich erst allmählich seit dem 19. Jahrhundert entwickeln. In den gegenwärtigen Modellen zum Lehramtsstudium, die ihren Schwerpunkt oft auf didaktische Ausbildung legten, vermißte OSWALT das für eine qualitätsvolle Lehrerbildung zentrale Gleichgewicht von Didaktik und Wissenschaft.

... Den frühneuzeitlichen Professor nahm die vierte Sektion in den Blick. So trat Detlef DÖRING zur Ehrenrettung dieses Typus an, der in der älteren Forschung zumeist plakativ als „Schulmann“ abqualifiziert worden ist, der überkommenes Wissen hütete, während moderne Forschung außerhalb der Universitäten erfolgte. DÖRING forderte eine Differenzierung dieses Bildes: Die häufige „Vererbung“ von Professorenrängen im Rahmen sogenannter Familienuniversitäten etwa habe keineswegs zwingend im Gegensatz zum Leistungsprinzip gestanden. Trotz geringer Mobilität vieler Professoren habe doch die *Peregrinatio academica* der Studierenden sowie die internationale Korrespondenz der Professoren untereinander – laut DÖRING der „Blutkreislauf der *Respublica academica*“ – zu einem regen wissenschaftlichen Austausch geführt. Jede noch so geniale Entdeckung sei immer auch in der wissenschaftlichen Gesellschaft der Zeit zu verorten und auf die Akzeptanz und Rezeption durch bestehende Wissensinstitutionen angewiesen gewesen. Sowohl im geisteswissenschaftlichen wie im naturwissenschaftlichen Bereich seien innerhalb

der Universitäten bedeutsame und innovative Forschungsleistungen erbracht worden.

Ausgerüstet mit den theoretischen Instrumentarien des Bourdieuschen Habitus-Konzeptes und der Kantorowiczschen Zwei-Körper analysierte Marian FÜSSEL die Verhaltensmuster von Professoren in der Frühen Neuzeit. Anekdotenreich verdeutlichte er etwa am Beispiel des Hauses, das zunächst zugleich als Wohn-, Arbeits-, und Lehrstätte gedient hatte, die zunehmende Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, die im Habitus der Professoren häufig keinen Niederschlag fand, was dann zwangsläufig den Eindruck von Skurilität erwecken mußte. Die Fortführung eines Habitus auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bezeichnete FÜSSEL mit dem Begriff des Don-Quijote-Effekt. Dabei seien zwei Körper auszumachen: Die Logik eines spezifischen, überzeitlichen professoralen Habitus, der nicht zuletzt die soziale Distinktion des Professorenstandes zum Ausdruck gebracht habe, sei von der individuellen, sterblichen Person des Professors zu trennen.

In einer gendergeschichtlich ausgerichteten Perspektive stellte Heide WUNDER die wenig beachtete Lebenswelt der weiblichen Angehörigen des frühneuzeitlichen Akademikers vor. Anhand der Auswertung von Leichenpredigten zeigte sie exemplarisch, daß der Gattin eines Professors große Bedeutung zum einen in der Vermittlung familiärer Netzwerke, zum anderen durch das Einbringen ihrer Mitgift und ihr Wirken im Haushalt im ökonomischen Bereich zugekommen sei. Eine Asymmetrie der Beziehungen zwischen den Ehepartnern lasse sich rechtlich, nicht jedoch in der Lebenspraxis ausmachen.

Den professoralen Lebenswelten wurden in der fünften Sektion die der Studenten gegenübergestellt. Fokussierend auf studentische Devianz regte Barbara KRUG-RICHTER einen kulturgeschichtlichen Blick auf das frühneuzeitliche Studentenleben im europäischen Raum an. Die demonstrativen Verstöße gegen bestehende Ordnungen seien Teil einer an soldatischen Leitbildern ausgerichteten „Jungmännerkultur“ gewesen, die vornehmlich der Konstituierung eines Studentenstandes und der Distinktion gegenüber anderen Gesellschaftsgruppen diene.

Einen bis heute zentralen Aspekt studentischen Lebens, die Studienfinanzierung, nahm Matthias ASCHE in den Blick, indem er die Vielfältigkeit des frühneuzeitlichen Stipendienwesens aufzeigte. Aufbauend auf älteren, punktuellen Formen der Förderung habe sich seit der Reformation besonders in protestantischen Territorien auf der Basis säkularisierten Kirchengutes und vor dem Hintergrund neuer, auch kirchlicher Kompetenzen des protestantischen Fürsten ein stringentes landesherrliches Stipendienwesen entwickelt. Daneben gab es stets auch Studienförderungen anderer Provenienz: Während das landesherrliche Stipendium vor allem eine dynamische Wirkung im Sinne einer Erhöhung der sozialen Mobilität entfalten konnte, förderte etwa das Auslandsstipendium die regionale Mobilität von Studierenden, während das Familienstipendium sich vornehmlich als ein Instrument der Beherrschung erwies.

Klaus RIES stellte in einer vergleichenden Betrachtung der Studentenproteste um 1800 in Gießen und Jena die Frage, warum die „Politisierung“ der Studentenschaft in Gießen eine sehr viel radikalere Ausprägung erfahren habe als zu gleicher Zeit in Jena. Die Begründung hierfür sah er in der gegensätzlichen politischen Haltung der Landesfürsten in Kassel bzw. in Weimar. Hatte der Hessen-Darmstädter durch seine „rheinbundabsolutistische Zentralisierungspolitik“ weite Teile der intellektuellen Bevölkerungsschichten gegen sich aufgebracht, so führte die liberale Reformpolitik in Sachsen-Weimar zu einem grundsätzlich harmonischen und konsensuellen Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Mit der Reflexion universitärer Erinnerungskulturen nahm die sechste und letzte Sektion einen Gießener Forschungsschwerpunkt auf. Dabei beschränkte sich auch diese Sektion keineswegs allein auf die Gießener Jubilarin: Joachim BAUER erörterte die Verschränkung verschiedener Erinnerungskulturen am Beispiel der Jenaer Salana, ohne es zu versäumen, Parallelen etwa zu Gießen und Marburg aufzuzeigen. Der konfessionell ausgerichtete Gründungsmythos der Jenaer Hoch-

schule als der Nachfolgerin des im Schmalkaldischen Krieg verlorenen Wittenbergs und als Hort wahren Luthertums verband sich im 19. Jahrhundert mit einer nationalen Ausrichtung des Mythos, für den vor allem auch die Wartburg zentrales Symbol der Nation wurde. Passend zum äußeren Rahmen der Tagung stellte Bauer zudem Professorengalerien als Beispiele universitärer Erinnerung vor.

Die Gießener Erinnerungskultur beleuchtete Carsten LIND, indem er die Feierlichkeiten zu den Universitätsjubiläen von 1707 bis zur Gegenwart auf das ihnen zugrunde liegende Zeichensystem hinterfragte. Orientierten sich die Jubiläen 1707 und 1907 noch sehr stark an Rangordnungen und Hierarchien der Beteiligten und wurde hier besonders die enge Beziehung von Universität und Landesobrigkeit unterstrichen bzw. bis 1957 auch durch Beteiligung anderer Universitäten die „corporate identity“ des Hochschulsystems insgesamt herausgestellt, so fehlten derartige Elemente der symbolischen Repräsentation bei den Feierlichkeiten 2007. Der Legitimitätsdruck, sich als moderne Massenuniversität, als „nützliche Staatsanstalt“ zu erweisen, habe – so stellte LIND nicht ohne eine Spur Ironie fest – dazu geführt, daß die Universität ihre korporative Bindungskraft eingebüßt habe. Signifikant machte dieser Beitrag am Ende der Tagung noch einmal deutlich, daß in ihrem Zentrum weniger das Feiern der eigenen Vergangenheit stand als vielmehr die Reflexion der eigenen Geschichte in Verbindung mit einer kritischen Hinterfragung der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen: Standortbestimmung statt Jubel.

Zum Abschluß schlug Eckhart G. FRANZ noch einmal den Bogen zum Beginn der Tagung, indem er ausgehend von der Gründung der Ludoviciana deren wechselvolle und durchaus mit Brüchen versehene Geschichte als hessische Landesuniversität bis in die Nachkriegszeit vor seinen Zuhörern ausbreitete. Ganz im Einklang mit dem Anspruch der Jubiläumstagung, auch gegenwärtige und zukünftige Tendenzen in der Bildungslandschaft zu thematisieren, stand der öffentliche Abendvortrag, zu dem die Veranstalter nach einem kleinen Empfang und einer Ansprache des Präsidenten der Justus-Liebig-Universität, Stefan Hormuth, luden:

Peter STROHSCHNEIDER, der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, informierte seine Zuhörer über „die zukünftige Entwicklung des föderalen Hochschulsystems“. Ausgehend von der These einer gegenwärtigen strukturellen Überforderung des Hochschulsystems, wies er darauf hin, daß eine weitere Expansion in seinen Augen nicht ohne einen grundlegenden Strukturwandel zu leisten sei. Neben der Rolle und Funktion des Wissenschaftsrats als Bindeglied zwischen Politik und Wissenschaft faßte er die Ergebnisse der Föderalismusreform in Bezug auf die Hochschulpolitik und die Auswirkungen des Wegfalls des Hochschulrahmengesetzes zusammen. Dabei wies er auch auf die Risiken, die – etwa im Blick auf die Universitäten finanzschwacher Länder – mit der fast ausschließlichen Kompetenz der Länder in Hochschulfragen verbunden seien. Den Hochschulen komme in verstärktem Maße die Rolle von Akteuren im Sinne von Entscheidungsträgern zu. Ihre künftigen Aufgaben führte STROHSCHNEIDER an den Stichworten „Differenzierung“, „Kooperation“ und „Lehre“ aus. Vor allem sprach er sich für eine „Entschleunigung“ der Reformprozesse sowie für ein stärkeres Zusammenwirken von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus ... Eine Veröffentlichung der Beiträge ist geplant.“ Zit. n. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1627>

- „Das Joachimsthalsche Gymnasium. Fürstenschule der Hohenzollern - Humanistisches Gymnasium - Bildungsstätte von Eliten“, 15./16. 6. 2007, Bericht v. Dr. Jonas Flöter:

„Das Joachimsthalsche Gymnasium (Joachimsthal/Berlin/Templin) gehörte zu den bedeutendsten höheren Schulen in Preußen und Deutschland. Während ihm in der Vergangenheit in Fest- und Jubiläumsschriften durchaus Aufmerksamkeit geschenkt wurde, nahm das Gymnasium in der Forschung

bisher keine herausragende Stellung ein. Der 400. Jahrestag der Gründung des Joachimsthalschen Gymnasiums bot den Anlaß, sich im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung diesem wenig beleuchteten Kapitel preußischer und deutscher Bildungsgeschichte zuzuwenden.

Am 24. August 1607 richtete der brandenburgische Kurfürst Joachim Friedrich die Fürstenschule der Hohenzollern ein und übernahm damit die Verwaltung und die Aufsicht über die Gelehrtenschule. Vorbild waren insbesondere die sächsischen Fürstenschulen in Grimma, Meißen und Schulpforte. Der Kurfürst stattete die Schule mit säkularisierten Klostergebäuden aus, die die wirtschaftliche Grundlage (in Form einer Stiftung) für die Unterhaltung der Schule bildeten. Im Alumnat wurden Knaben ab dem elften, später ab dem 13. Lebensjahr erzogen und im Geiste des Humanismus und ursprünglich der Wittenberger, später der reformierten Theologie für das Studium an der Landesuniversität Frankfurt an der Oder herangebildet. Mit diesem System wurde die Aufnahme und Ausbildung der Schüler von den finanziellen Verhältnissen der Eltern weitgehend unabhängig gemacht und die Idee der Auslese- und Leistungsschule etabliert. Das humanistische Bildungsideal mit seinem Schwerpunkt in den Alten Sprachen sowie das Bildungsziel, die schulischen Fundamente für spätere Theologen, Verwaltungsbeamte und Lehrer zu legen, blieben am Joachimsthalschen Gymnasium bis ins 20. Jahrhundert erhalten.

Nach der Zerstörung der Stadt und der Schule Joachimsthal im Dreißigjährigen Krieg verlegte 1649/50 der Große Kurfürst das Gymnasium nach Berlin und brachte es zeitweise im Schloß unter. Erst nach dem Umzug der Schule in die Gebäude in der Burgstraße/Heiligengeiststraße und dem Ausbau des Alumnats konnten ab 1717 wieder Alumnaten in der Schule wohnen. Seither hatte das Joachimsthalsche Gymnasium seinen Charakter als ausschließliche Alumnatsschule verloren; Alumnats- und Stadtschüler, so genannte Hospiten, wurden nun gleichzeitig unterrichtet. Mit der Verlegung des Gymnasiums nach Berlin war auch eine konfessionelle Neuorientierung verbunden. Von nun an galt die Fürstenschule der Hohenzollern als spezifische Bildungsstätte für Knaben reformierter Eltern.

Bis 1809 war das Gymnasium als einzige höhere Schule in Preußen der unmittelbar dem Landesherren unterstehenden Aufsichtsbehörde, dem so genannten Joachimsthalschen Schuldirektorium, unterstellt. Danach war das Aufsichtsrecht der Sektion des öffentlichen Unterrichts im Ministerium des Innern und 1817 dem Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg übertragen worden. Wegen stetig steigender Schülerzahlen zog das Gymnasium 1880 nach Wilmersdorf und wegen finanziellen Schwierigkeiten 1912 nach Templin (Uckermark) um. An beiden Standorten wurde für die Schule eine eigene Kirchengemeinde eingerichtet.

In der Weimarer Republik geriet das Gymnasium als Fürstenschule in die Kritik. Aus dem bisherigen Namen „Königlich Joachimsthalsches Gymnasium“ wurde „Königlich“ gestrichen und die Verwaltung des Stiftungsvermögens durch den preußischen Freistaat übernommen. Ungeachtet dieser Eingriffe konnte die Schule ihre relative Autonomie bewahren. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten löste einen erneuten Anpassungsdruck auf die Schule aus. Eine vollständige Vereinnahmung in die Strukturen des NS-Eliteschulsystems konnte bis 1944 jedoch verzögert werden. Das Joachimsthalsche Gymnasium galt in der SBZ/DDR als Ort bürgerlicher und nationalsozialistischer Eliten-Bildung. Diese Annahme diente 1956 dem Rat des Bezirkes Neubrandenburg als Begründung, das Gymnasium und die Stiftung aufzulösen.

Auf der wissenschaftlichen Tagung in Berlin wurden zwei große Themenkomplexe diskutiert. Der erste Teil beschäftigte sich mit der Entwicklung des Joachimsthalschen Gymnasiums von der Reformation bis zu seiner Auflösung, Mitte des 20. Jahrhunderts. Dabei wurden für einzelne Perioden die Stellungen der Schulen in den Städten Joachimsthal, Berlin und Templin sowie innerhalb der preußischen und deutschen Bildungslandschaft herausgearbeitet. Der zweite Teil war verglei-



chenden Studien gewidmet. Im Mittelpunkt dieser Beiträge standen die sächsischen Fürstenschulen und die Berliner Universität, deren Beziehungen, institutionelle Parallelen und strukturelle Unterschiede zum Joachimsthalschen Gymnasium beleuchtet wurden.

... Den Einführungsvortrag mit dem Titel: „Das Joachimsthalsche Gymnasium in der deutschen Bildungslandschaft“ hielt HEINZ-WERNER WOLLERSHEIM. Ausgehend von der Frage, inwieweit Joachimsthal ein *Locus amoenus* in der Uckermark war, skizzierte er die Entwicklung und Profilierung des Gymnasiums vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Wollersheim zeichnete die evangelischen Schulgründungen des 16. Jahrhunderts nach, ging dabei auf Philipp Melanchthon, Johannes Bugenhagen, Johannes Sturm und Johannes Brenz ein und verwies auf die institutionellen Entwicklungen der Fürstenschulen in Sachsen und Thüringen, auf das jesuitische Schulwesen sowie die Ritterakademien. Die Gründung des Joachimsthalschen Gymnasiums habe unter einer doppelten Belastung bestanden: der neuen Bildungsorganisation im Zuge der Reformation und der anschließenden Konfessionalisierung. Abschließend wurden jene Einflüsse analysiert, die auf die Besonderheiten des Joachimsthalschen Gymnasiums einwirkten und dieses veränderten. Wollersheim beschrieb diese als Normierungs-, Konsolidierungs- und Loyalitätsdruck.

Den Themenkomplex zur Geschichte des Joachimsthalschen Gymnasiums eröffnete AGNES WINTER mit ihrem Vortrag: „Das Joachimsthalsche Gymnasium im Zeitalter von Reformation und Konfessionalisierung“. Winter zeichnete die Hintergründe der Einrichtung der Gelehrtenschule in Joachimsthal sowie ihre Wiederbegründung 1649/50 in Berlin nach. Darüber hinaus skizzierte sie die Administration und die ökonomischen Verhältnisse der Schule, umriß die Aufgaben des Gymnasiums im religiösen Leben der Stadt Berlin und zeichnete abschließend ein Bild von der ersten Säkularfeier 1707. Frau Winter konnte zeigen, daß sich die Schulordnung des Joachimsthalschen Gymnasiums an den Vorbildern der Landesschulen in Sachsen und Thüringen orientierte und vor allem, daß in der ersten Entwicklungsphase der Lehrkörper des Gymnasiums weitgehend philippistisch gesinnt war.

Im Mittelpunkt des Vortrages von JONAS FLÖTER „Widerstreit der Systeme. Die Reform des Joachimsthalschen Gymnasiums am Vorbild der Landesschule Pforta in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ stand die Tätigkeit des Rektors joachimicus August Meineke. Meineke war Absolvent der Landesschule Pforta und Schüler des Leipziger Klassischen Philologen Gottfried Herrmann. Mit seiner Berufung nach Berlin habe es von Anfang an im Kalkül des preußischen Unterrichtsministeriums und des Berliner Provinzialschulkollegiums gestanden, das Joachimsthalsche Gymnasium nach dem Vorbild Schulpfortes zu reformieren. Durch den Vergleich konnte Flöter zeigen, daß die Aufnahmebedingungen, die Raumgestaltung und die organisatorische Struktur des Joachimsthalschen Alumnats auch tatsächlich in diesem Sinne umgestaltet wurden. Darüber hinaus bemühte sich Meineke, die methodische Vermittlung der Werke des klassischen Altertums im Sinne der sächsischen Fürstenschulen zu beeinflussen. Als Hermann-Schüler praktizierte Meineke bei der Bearbeitung antiker Texte hauptsächlich die linguistisch-textkritische Methode und vertrat so die mitteldeutsch-süddeutsche Variante des Neuhumanismus. Entsprechend berief Meineke Lehrer an das Joachimsthalsche Gymnasium, die diesem methodischen Konzept folgten.

In seinem Vortrag: „Schulgeschichte(n) in Templin. Das Joachimsthalsche Gymnasium 1912–1938“ arbeitete FRANK TOSCH die strukturellen Besonderheiten des Joachimicums im Vergleich zu anderen Schulen der Stadt Templin heraus. Dabei ging er speziell auf zwei Problemlagen ein. Die erste erkannte er im Fremdsprachenunterricht und seinen Folgen für die Typisierung des höheren Schulwesens Anfang des 20. Jahrhunderts. Hier beleuchtete er vor allem die Bedeutung des Englischunterrichts. Zweitens stellte Tosch die klassisch-humanistische Gymnasialidee im Widerstreit zum strukturellen

Mainstream und im Kontext mit lokalen Entwicklungen dar. Während sich im höheren Schulwesen der Provinz Brandenburg die Schultypen der Realgymnasien und der Oberrealschulen überwiegend durchsetzten, wurde 1932/33 das städtische Reform-Realgymnasium in Templin zugunsten des Joachimsthalschen Gymnasiums aufgegeben. Abschließend würdigte Tosch die Lehrerpersönlichkeiten Rudolf Tobler und Gustav Lehmann.

Aus einem völlig anderen Blickwinkel beleuchtete GERHARD KLUCHERT die Joachimsthaler Schulentwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Quellengrundlage seines Vortrags: „Das Joachimsthalsche Gymnasium im Spiegel der Schulrevision. Vom späten Kaiserreich bis in die frühe DDR“ bildeten die Jahres- und Revisionsberichte ehemaliger Schulen in Brandenburg. Sie geben Auskunft über die Entwicklung des Unterrichts, des Schullebens und der Lehrer an höheren Schulen. Im Zentrum seines Vortrags stand die Entwicklung des Joachimsthalschen Gymnasiums während des Nationalsozialismus. Während die preußische Regierung in der Zeit der Weimarer Republik mit Gustav Kuhlmann einer Persönlichkeit mit republikanischer Gesinnung die Leitung des Gymnasiums übertrug, wurde nach 1933 dieser Trend umgekehrt und es setzte eine fortschreitende Nazifizierung des Schulkollegiums ein. Dies zeichnete Kluchert beispielhaft an den Lehrern Kurt Person und Erich von Drygalski nach. Die nationalsozialistische Umgestaltung des Joachimsthalschen Gymnasiums sei unverkennbar gewesen, trat im Schulleben aber deutlicher zu Tage als im Unterricht. Kluchert betonte, daß das Gymnasium kaum Chancen hatte, sich dem Zugriff der NSDAP zu entziehen. Die Ursache dafür sah er vor allem in der Struktur des Joachimicums als Alumnatsschule.

Auf schulinterne Konflikte innerhalb des Joachimsthalschen Gymnasiums (seit 1948 Landesschule Templin) nach Ende des Zweiten Weltkriegs ging HEINZ WEGENER in seinem Referat: „Der Kirchenkampf an der Landesschule Templin im Schuljahr 1950 und die Templiner Erklärung vom 9. November 1950“ ein. Wegener zeichnete den Umbau des Joachimsthalschen Gymnasiums in die Landesschule Templin unter dem Rektorat von Arthur Scharmentke (SED) und der Berufung des Pfarrers Friedrich Dalmer als Provinzialpfarrer für die Landesschule nach. Nach der Gründung der DDR habe sich die parteipolitische Indoktrination der Lehrer und Schüler verschärft, was zu einer stärkeren Auseinandersetzung zwischen der SED-Schulleitung und der Evangelischen Kirche in Templin führte. Diese eskalierte durch die Tätigkeit der „Jungen Gemeinde“ und den Austritten von sechs Schülern aus der FDJ sowie durch die Konflikte um die Volkskammerwahl vom 15. Oktober 1950, die letztlich zur Entlassung dieser sechs Oberschüler aus der Landesschule Templin führten. Auf den Entlassungsbeschluß des Lehrerkollegiums antworteten die relegierten Schüler mit der „Templiner Erklärung vom 9. November 1950“, in der sie ihren FDJ-Austritt, ihre Wahlenthaltung und ihr Eintreten für Meinungsfreiheit sowohl mit der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 als auch mit ihrer christlichen Grundhaltung begründeten.

Aus der Perspektive des pädagogischen Raumes betrachteten HENNING SCHLUß und STEFANIE LACHMANN die Templiner Schulanlage. In ihrem Vortrag: „Die Theodor Neubauer Fachhochschule. Eine Lehrerausbildungsstätte im Gebäude des Joachimsthalschen Gymnasiums zwischen Tradition, Traditionsabbruch und Traditionsneugründung“ gingen die Referenten der Frage nach, inwieweit das 1955 gegründete und in den Räumen der Landesschule Templin untergebrachte Institute für Lehrerbildung (IfL) durch die Geschichte und die Traditionen des Joachimsthalschen Gymnasiums beeinflusst war. Schluß zeichnete ein plastisches Bild der vorhandenen Bausubstanz und rekonstruierte die vorgenommenen Umgestaltungen und Umbauten. Ein offensichtliches Beispiel für den Traditionsbruch war die Übermalung des Aulagemädes „Paulus predigt auf dem Areopag“. Auf der Grundlage von Befragungen ehemaliger Lehrer und Studierender am IfL konnte Lachmann zeigen, daß die Traditionen des Joachims-

thalschen Gymnasiums und der Landesschule Templin am Institut für Lehrerbildung kaum eine Rolle spielten. Lehrer und Studierende reflektierten oftmals erst im Nachhinein die historische Überlieferung des Ortes ihrer Ausbildung.

Der zweite Teil der Tagung war den Vergleichsperspektiven gewidmet. PETRA DORMÜLLER stellte die sächsischen Fürsten- und Landesschulen als Vorbild für vergleichbare Bildungsanstalten des 16. und 17. Jahrhunderts vor. In ihrem Referat: „Die sächsischen Fürsten- und Landesschulen als Modell für das Joachimsthalsche Gymnasium“ ging sie auf die sächsischen Schul- und Landesordnungen von 1543, 1580 und 1602 sowie die des Casimirianums in Coburg von 1605 ein. Dabei konnte sie zeigen, daß Kurfürst Joachim Friedrich keine der Schulordnungen übernommen hatte. Ungeachtet dessen habe es zwischen dem Joachimsthalschen Gymnasium und der Landesschule Pforta eine Reihe von Parallelen gegeben, denen die Referentin im Einzelnen nachging. Dabei wurde nach den Schulgründern, dem Zweck der Schulgründung, der wirtschaftlichen Fundierung der Schulen, dem Lehrpersonal, der Besoldung der Lehrer, den Frei- und Koststellensystemen, den Aufnahmealtern, den Stundenplänen, den Tagesabläufen, den Abgängen der Schüler und den vorgesetzten Behörden gefragt. Übereinstimmungen gab es beim Schulträger, im evangelisch-humanistischen Bildungsideal und im universitätsvorbereitenden Charakter der Schulen. Die Unterschiede lagen vor allem in der materiellen Ausstattung und in der konfessionellen Ausrichtung der beiden Landesschulen.

HANS-CHRISTOF KRAUS ging in seinem Vortrag: „Das Joachimsthalsche Gymnasium und die Universität Berlin im 19. Jahrhundert“ auf die institutionellen und personellen Verbindungen beider Bildungseinrichtungen ein. Die enge Verbindung zwischen Joachimicum und Universität sei den Zeitgenossen bewußt und bekannt gewesen. Davon ausgehend stellte Kraus die Frage, inwieweit die These des Sozialhistorikers Rudolf Stichweh von einer immer größeren Trennung zwischen höherer Schule und Universität tragfähig sei. Dazu untersuchte er eingangs das Verhältnis des Joachimsthalschen Gymnasiums zu den Wissenschaften, insbesondere zu den Geisteswissenschaften, und beleuchtete die wissenschaftlichen Karrieren der Lehrer Philipp Karl Buttmann, Carl Gottlob Zumpt und August Meineke sowie der Adjunkten Ernst Curtius, Wilhelm Wattenbach, Wilhelm Dilthey und Adolf Kirchhoff. Von den Schülern des Joachimsthalschen Gymnasiums wurden als Beispiele die Lebensläufe des Literaturwissenschaftlers Theodor Mundt und des Philologen Rudolf Köpke vorgestellt. Anhand dessen konnte sowohl in der wissenschaftlichen Arbeit als auch personell eine enge Verbundenheit zwischen Joachimicum und Universität aufgezeigt werden. Die Grundlage dafür sei die ausgezeichnete wissenschaftliche Bibliothek des Joachimsthalschen Gymnasiums gewesen. Am Joachimicum lasse sich die Stichweh-These, so Kraus, nicht bestätigen.

KLAUS NORPOTH referierte abschließend über die „Vereinigung Alter Joachimsthaler“. Dabei zog er Vergleiche zur Altschülervereinigung der Landesschule Pforta, dem „Pfortner Bund“, und skizzierte die Rolle, die die „Vereinigung Alter Joachimsthaler“ 1937 bei den Bemühungen spielte, Ministerpräsident Hermann Göring als Prokurator des Gymnasiums zu gewinnen. Im weiteren konzentrierte sich NorpOTH auf die Entwicklung der Vereinigung nach 1945 und ging auf die Unterstützung beim Aufbau der Evangelischen Landesschule zur Pforta in Meinerzhagen ein. Außerdem unterstrich er den bleibenden Wert, den die von der Vereinigung von 1928 bis 1944 herausgegebene Zeitschrift „Der Alte Joachimsthaler“ und die seit 1956 herausgegebene Zeitschrift „Alma Mater Joachimica“ darstellen.

Zum Abschluß des ersten Kolloquiumstages wurde die Ausstellung: „Die Cur Hic. Sag, warum du hier bist. Joachimsthal – Berlin – Templin. 400 Jahre Joachimsthalsches Gymnasium“ eröffnet ... Anhand von historischem Photomaterial bietet die Ausstellung einen Überblick über die Bau- und die Schulgeschichte des Joachimsthalschen Gymnasiums

von 1607 bis 1945. Sie ist bis zum 9. November 2007 in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung zu sehen ...“ <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1676>

- „Exzellente Wissenschaft im 21. Jahrhundert oder Harvard weltweit in fünf Jahren? Ziele, Voraussetzungen und Problemlagen von Förderprogrammen im internationalen Vergleich“ Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung, **Berlin**, 6./7. 12. 2007, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50:

Exzellenzprogramme zur Stärkung der nationalen Wissenschaftsstandorte und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere zur Förderung von sog. Spitzenleistungen an Hochschulen sind en vogue. In Deutschland ist die Exzellenzinitiative mit ihren drei Förderlinien – Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte – 2006 auf den Weg gebracht worden. Ähnliche Programme wurden auch in der Schweiz, Österreich und in den skandinavischen Ländern eingerichtet. Auch der Instrumentenkasten der gezielten Nachwuchsförderung sowie der Unterstützung von interdisziplinären und internationalen Kooperationen oder der Stärkung der Profilbildung und internationalen Sichtbarkeit von Hochschulen ist – in unterschiedlichen Varianten – vergleichbar.

Ein spürbarer Effekt wird aller Voraussicht nach eine Ausdifferenzierung in der Hochschullandschaft sein. Der Umgang mit den Folgen – exzellente, mittelexzellente und weniger exzellente Universitäten – wird heute schon diskutiert. Es wird davor gewarnt, daß Exzellenz nicht reiche und ein optimales Mittelmaß vorliegen muß, damit das Forschungssystem leistungsfähig bleibt.

Bei den Promotoren der Programme hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Exzellenz nicht immer in „Einsamkeit und Freiheit“ zu erreichen ist, sondern Strukturen und Organisationsformen der Wissenschaft durchaus die Qualität von Lehre und Forschung beeinflussen. So werden im Rahmen der Exzellenzprogramme neue Modelle implementiert, Qualitätssicherungssysteme eingeführt und vor allem vermeintlich optimale Voraussetzungen für Kooperationen, die nicht an nationalen, institutionellen und disziplinären Grenzen halt machen, geschaffen.

Kaum sind die ersten Schritte zur Umsetzung der Programme erfolgt, wird im deutschen Wissenschaftssystem die Kritik an den Instrumenten und ihrer Bestimmung laut und nicht ausschließlich von kritischen Beobachtern der Szene, sondern auch von in der Community anerkannten Vertretern der Wissenschaft. Von einem nicht angemessenen Förderinstrumentarium ist die Rede, von der Einrichtung unzähliger Gremien und Kooperationsstrukturen, die nur zu einem Overkill führen könnten und die wertvollste Ressource der Wissenschaft, nämlich Zeit, für Management und Organisation abziehe und disziplinäre Unterschiede in der Forschungsorganisation nicht berücksichtige. In diesem Zusammenhang erfahren etablierte Förderinstrumente, die auf Einzelförderung abzielen, eine unerwartete Renaissance. Die Kritik mit Blick auf risikoaverse Förderinstrumente und die Verhinderung von interdisziplinär angelegten innovativen Vorhaben scheint völlig in den Hintergrund zurückzuziehen.

Die Kritik erinnert fast 1:1 an die Debatte um die Einführung von Evaluationen im Wissenschaftssystem als einem systematischen Instrument der Qualitätskontrolle und –förderung sowie neuer Steuerungs- und Managementsysteme an den Universitäten. Kaum umgesetzt mehrten sich die Stimmen, sie als nicht wissenschaftsadäquates Instrument gleich wieder abzuschaffen.

Auf dieser Tagung sollen dagegen Voraussetzungen, Ziele, Instrumente, Verfahren und Kriterien von Exzellenzprogrammen im Ländervergleich näher unter die Lupe genommen und hinterfragt werden, für was Exzellenz eigentlich steht, was an der Idee wirklich neu ist, welche Defizitanalyse die Folie für Fördermaßnahmen bildet und welches (Wettbewerbs-) Modell als Leitidee Pate steht. Oder ist nicht das Verfahren das eigentliche Ziel? Einen wesentlichen Hintergrund für die

Debatte bilden die Etablierung eines Europäischen Forschungsraums und die Internationalisierungstendenzen der nationalen Wissenschaftssysteme.

Donnerstag, 6. 12.: 10:30 Einführung Stefan Hornbostel; I. Rückblick und Ausgangspunkte: 11:00 Strukturreformen und Personalpolitik als Voraussetzung von Exzellenz? Das System Althoff historisch betrachtet Peter Th. Walther; 11:30 Von der Qualität der Wissenschaft zur Exzellenz – alter Wein in neuen Schläuchen? Ulrike Felt; 12:00 Exzellenz oder Transdisziplinarität: Zur Gleichzeitigkeit zweier Qualitätsdiskurse Sabine Maasen; II. Zielvorstellungen, Kriterien und Verfahren: 14:00 The Global Underpinnings of Excellence in Higher Education David John Frank; 14:30 Trend towards concentrated resources in the Scandinavian countries Göran Melin; 15:00 Die Rolle von Science Maps in der österreichischen Exzellenzinitiative Wissenschaft Edgar Schiebel; 16:30 Nachhaltigkeit von Anreizen für exzellente Forschung Ulrich Schmoch; 17:00 Zur Illusion der Reform Marcel Herbst.

Freitag, 7. 12.: III. Effekte: 9:00 Welche Effekte hat Exzellenzförderung unter welchen Bedingungen? Richard Münch; 9:30 Zwangsvergemeinschaftung? Überlegungen zu den Effekten von Exzellenzprogrammen Georg Krücken; 10:00 Profilbildung und Exzellenzinitiative. Perspektiven der Differenzierung im deutschen Hochschulsystem Margret Wintermantel; 10:30 Science meets economy: Was bewirkt die Exzellenzinitiative? Andreas Knie; IV. Ausblick: 12:20 Exzellenzinitiative - Nach der Entscheidung Matthias Kleiner; 12:50 European Research Council fördert Exzellenz auf EU-Ebene: vorläufige Bilanz und Ausblick Helga Nowotny; 13:20 Exzellenz und Differenzierung: Auf der Suche nach einer neuen Systemlogik Ulrich Teichler. [www.forschungsinfo.de](http://www.forschungsinfo.de)

- Humboldt-Universität zu **Berlin**: Wissenschaftsgeschichte am Institut für Geschichtswissenschaften, Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch, Unter den Linden 6, Kolloquium für Examenkandidaten und Fortgeschrittene, donnerstags, 18.00 – 20.00 Uhr:

25. 10. 2007, Elisabeth Grabenweger (Wien-Berlin): Über die Verfaßtheit der Universität und ihre Geschlechterstruktur. Die ersten Privatdozentinnen der Wiener Germanistik in der Ersten Republik (Themenschwerpunkt: „Geschichte der Germanistik: Geschlecht und Institutionen in der Disziplingeschichte“)

15. 11. 2007, Levke Harders (Berlin): Disziplinäres Selbstverständnis und Diskurse um Geschlecht in der bundesdeutschen Germanistik der Nachkriegszeit

22. 11. 2007, Prof. Dr. Hans-Harald Müller & Dr. Mirko Nottscheid (Hamburg): Wissenschaftliche Vereine und universitäre Disziplinen. Zur Bedeutung der Gesellschaft für deutsche Literatur (1888-1938) in Berlin

6. 12. 2007, Constantin v. Freytag (Berlin): Die amerikanische liberal arts college-Debatte und die Reformbestrebungen des studentischen Zusammenlebens an den deutschen Universitäten der amerikanischen Besatzungszone 1945-1949

13. 12. 2007, Jens Wietschorke (Berlin): Bildungsbürger im Übergang. Eine historische Ethnographie der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost 1911-1933“

10. 1. 2008, Moritz Mälzer (Köln/Berlin): Universitätsreform und Reformuniversitäten – Neugründungen in den 1960er Jahren (bis Ende August)

17. 1. 2008, Matthias Berg (Berlin): Der Historiker Karl Alexander von Müller und die deutsche Geschichtswissenschaft zwischen spätem Kaiserreich und Bundesrepublik

24. 1. 2008, Ursula Stegelmann (Berlin): Zwischen Erkenntnisanspruch und Verwertungsdruck. Eine rekonstruktive Fallanalyse des organisationalen Denkstils des Osteuropa Institut der FU Berlin zwischen seiner Gründung und den 1970er Jahren

31. 1. 2008, Uwe Czech (Berlin): Der Aufstieg der Staatswissenschaften an der Berliner Universität im Kaiserreich

7. 2. 2008, Dr. Nicolas Berg (Leipzig): Die Metapher des Jüdischen – Zu Sprache und Begriffsbildung der Politischen

Ökonomie im späten 19. Jahrhundert [www.geschichte.hu-berlin.de/site/lang\\_de/3550/Default.aspx](http://www.geschichte.hu-berlin.de/site/lang_de/3550/Default.aspx)

- „Quellen zur frühneuzeitlichen Universitätsgeschichte: Typen, Bestände, Auswertungsmöglichkeiten“, **Wolfenbüttel**, Herzog August Bibliothek, 4. – 6. 10. 2007.

Donnerstag, 4. 10., 14.00 Ulrich Rasche: Begrüßung und Einführung; Sektion I: Überlieferungsinstitutionen, Quellentypen, Bestände; 14.30 Dieter Speck: Archive; 15.15 Manfred Komorowski: Bibliotheken; 16.30 Cornelia Weber: Universitätssammlungen und –museen; Sektion II: Ausgewählte institutionelle Praktiken und deren Überlieferungskontexte; 17.15 Stefan Brüdermann: Akademische Gerichtsbarkeit; 18.00 Bernhard Ebnet: Stipendienwesen.

Freitag, 5. 10., 9.00 Daniela Siebe: Berufungswesen; Sektion III: Quellen konkreter funktionaler Praxis; 9.45 Ulrich Rasche: Statuten und Observanzen; 11.00 Matthias Asche: Matrikeln; 11.45 Dirk Alvermann: Rechnungen; 14.00 Jens Bruning: Vorlesungsverzeichnisse; 14.45 Wiard Hinrichs: Lehrbücher, Kolleghefte, Vorlesungsnachschriften; 16.00 Hanspeter Marti: Dissertationen; Sektion IV: Quellen zur Außen- und Selbstwahrnehmung; 16.45 Detlef Döring: Gelehrtenkorrespondenz; 17.30 Thomas Habel: Gelehrte Zeitschriften.

Samstag, 6.10., 9.00 Werner Wilhelm Schnabel: Stammbücher; 9.45 Marian Füssel: Selbstzeugnisse; 11.00 Barbara Krug-Richter: Bilder; 11.45 Joachim Bauer: Korporative Selbstdarstellungen.

- Vortrag, 9. 1. 2008 Sebastian Schlegel: Zwischen zentralen Vorgaben und Pragmatismus: Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD, Universität **Jena**, Fürstengraben 27.

- „Leibniz als Sammler und Herausgeber historischer Quellen“, **Wolfenbüttel**, Herzog August Bibliothek, 8. –10. 10. 2007.

„550 Jahre Sebastian Brant. Sebastian Brant und die Kommunikationskultur um 1500“, Wolfenbüttel, Herzog August Bibliothek, 15. – 17. 10. 2007, [Humanist, (1457-1521), Juraprofessor in Basel, Kanzler der Freien Reichsstadt Straßburg].

### Dokumentation: 175 Jahre Hambacher Fest

- Eindeutiges Bekenntnis der Verbindungsstudenten zur Demokratie - Hambacher Fest war ein großer Erfolg, v. **Gerhard Serges** (BDIC), CDA-Vorstand:

Aus Anlaß des 175. Jahrestags des Hambacher Festes von 1832 kamen Samstag am 21. Juli 2007, Verbindungsstudenten und Alte Herren der Mitgliedsverbände des Conventes Deutscher Akademikerverbände (CDA) in Neustadt an der Weinstraße und in Landau / Pfalz zusammen, um ihren Beitrag zu den diesjährigen Gedenkveranstaltungen zu leisten.

Der Tag begann mit dem Festakt auf dem Hambacher Schloß. Dicht gedrängt und ereignisreich war dieser Julitag in der schönen Südpfalz, zu dem spielte das Wetter mit. Erwartungsvoll zogen an die 400 Korporierte auf das Hambacher Schloß. Im Festsaal blieb kein Platz unbesetzt und im Schloßhof versammelten sich die, die keine mehr gefunden hatten, denn die Reden wurden auch in den Außenbereich übertragen. Stimmungsvoll leitete das Mannheimer Duo Sandra Leonie Ritter und Stefanie Titus mit dem 3 und 4. Satz von Vivaldis Sonate Nr. 6 g-moll den Festakt ein.

Der Vorsitzende des CDA, Joachim Schön, begrüßte zu Beginn ganz herzlich den Festredner Ministerpräsident a. D. Professor Dr. Bernhard Vogel, weiterhin den Vizepräsidenten des Rheinland-Pfälzischen Landtags Heinz-Hermann Schnabel, den Festredner des Festkommers Professor Dr. Wedde (CC) und als offiziellern Vertreter des CV, den ehemaligen Landrat des Kreises Bad Dürkheim, Hermann Josef Deutsch (CV).



Schön sagte: „Wir gedenken zwar eines Ereignisses, daß vor schon 175 Jahre zurückliegt, aber der Einsatz der Korporationsstudenten von damals gilt für uns heute weiterhin als verpflichtendes Vermächtnis. Um uns hierfür zu bekennen, haben wir uns hier versammelt.“

Professor Dr. Bernhard Vogel, der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen, hielt vor den gespannt lauschen Zuhörern eine brillante und mitreißende Festrede zum Thema „Forderungen von damals - Aufgabe für heute?“ und spannte dabei einen zeitgeschichtlichen weiten Bogen 1832 bis in die Gegenwart. Ohne Rücksicht nehmen zu müssen, sprach Prof. Vogel alle Tiefen und Höhen der Deutschen Geschichte bis zur Wiedervereinigung er dabei an, immer vergleichend, was dabei von den Hambacher Forderungen erreicht wurde und was nicht. Die vollständige Rede ist auf der Internetseite des CDA aufrufbar.<sup>‡</sup> Die Zuhörer folgten gebannt seiner Schilderung über Vorgeschichte und Ereignisse, die schließlich zum Marsch der 30.000 am 26. Mai 1832 von Neustadt auf das Hambacher Schloß führte.

Großen Applaus erhielt Prof. Vogel für seine unterschwellige Anmerkung zur Deutschen Einheit. Vogel wörtlich: „Über vier Jahrzehnte war die Wartburg, ... das Symbol der nicht erfüllten Hoffnung auf Einheit in Freiheit. Heute liegt die Wartburg inmitten des wiedervereinigten Deutschland so wie das Hambacher Schloß hier in der Pfalz. Ich meine, wenn wir nicht Deutsche wären, würden wir uns gelegentlich einen Augenblick Zeit nehmen, uns darüber zu freuen.“

Vogel sprach auch offen über die aktive Rolle der Burschenschaften beim Hambacher Fest. Eine solche couragierte Stellungnahme würden sich Korporierte häufiger von Politikern wünschen. Vogel sagte: „Die studentische Jugend, die Burschenschaften, stehen am Anfang unseres Freiheits- und Nationalbewußtseins in Deutschland. Sie haben deswegen Respekt und Anerkennung verdient, so wie auch alle Respekt und Anerkennung verdienen, die diese Tradition fortführen und sich eindeutig zu unseren freiheitlich, demokratischen Grundrechten bekennen. Wer so denkt, gehört hier her. Wer so denkt, hat ein Recht, hier zu feiern - alle, die sich der Forderungen von damals bewußt sind und daraus ihre Aufgaben für heute und für Zukunft ableiten. Von einigen unbelehrbaren, nationalistischen Abweichlern sollten sich die Anwesenden, der CDA und der CDK nicht irre machen lassen.“

Zu den Aufgaben von Heute meinte Vogel, die Hambacher wollten Freiheit für alle unterdrückten Völker. Wer Hambach sagt, müsse an Freiheit oder Unfreiheit jenseits der europäischen Grenzen denken. Vor der Globalisierung die Augen zu verschließen ist weltfremd, aber wir müssen Globalisierung gestalten, damit wir nicht von ihr gestaltet werden.

Großen Beifall fand Vogels Aufruf zum Bekenntnis zu Heimat, Vaterland und zu den gemeinsamen Quellen Europas. Antike, Judentum, Christentum, Aufklärung seien keine nationalen Leitkulturen sondern europäische. Vogel wörtlich: „Wir wollen in Europa kein Christenklub sein, aber wir legen Wert darauf, daß wir uns dazu bekennen, daß dieser Kontinent einen abendländischen, christlichen Ursprung hat.“

Abschließend mahnte Bernhard Vogel, daß die Forderungen der Hambacher Wirklichkeit geworden sind, aber kein Grund bestehe, damit Hambach abzuhaken. Er richtete noch einen bemerkenswerten Aussage an die junge Generation, die trotz ihrer Fülle an Problemen als erste wirklich die Chance habe, Ihr ganzes Leben leben zu können und nicht wie in den Kriegen zuvor zur Hälfte auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen mußten. Vogels Appell lautete: „Das allein lohnt Europa und dafür allein lohnt es sich, um die Sicherung dessen einzusetzen, was in Hambach vor 175 Jahren begonnen hat.“

Landau war dann Ort des Geschehens des abendlichen Festkommerses in der Jugendstil-Festhalle. Wer fährt schon gerne hunderte Kilometer, ohne abschließend ein Bier zu trinken. Es wurde dann doch mehrere. Acht Chargenabordnungen

der Verbände zogen unter der gekonnten Leitung von Stefan Hamann, dem Sprecher des Coburger Convents, in den Saal an und grüßten eine stattliche Corona von wieder 400 Korporierten. Ein weiterer Höhepunkt des Tages sollte der Festvortrag von Dr. Rainer Wedde CC. Der Professor für Wirtschaftsrecht an der FH Wiesbaden stellt ihm Rahmen seines Vortrages viel mehr die Frage, wie es denn die Verbindungen mit der Pflege der Tradition des Hambacher Festes halten, wie sie mit dem Erbe umgehen, ja sie in der Nachfolge der Studenten des 19. Jahrhundert stehen.

Wedde stellte drei - möglicherweise recht provokante Thesen auf: 1. Das Hambacher Fest stelle einen in hohem Maße positiven Anknüpfungspunkt der Verbindungstradition dar. 2. Die Verbindungen liefen Gefahr, von der Öffentlichkeit aus dieser Tradition völlig ausgeblendet zu werden und 3. läge dies u. a. daran, daß sie sich selbst von dieser Tradition zu entfernen drohen. Wedde sprach die aktuelle Lage an den Hochschulen an, denn Hambach ist zeitlos. Er stellte fest daß, die Hochschulen des Jahres 2007 nicht mehr die kleinen familiären Einrichtungen des 19. Jahrhunderts sind, die Studenten andere sind, ihr Umfeld sich grundlegend geändert hat. ... Die jüngste Umstrukturierung der Studiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge werde uns stärker treffen als wir das vielleicht wahrhaben wollen. Dem heutigen Student bleibe einfach weniger Zeit und Energie für eine Verbindung. Doch Hambach mache auch Mut. Im Geiste dieser Vorväter werden die Verbindungen die vor ihnen liegenden Herausforderungen meistern.

Die Grüße der Stadt Landau richtete Oberbürgermeister Dr. Christof Wolff aus, der gerne den Weg zum Kommers gefunden hatte, war doch am 31. März, der Tagung der Deutschen Burschenschaft (DB) zum Hambacher Fest, leider verhindert gewesen. Er würdigte die besondere Beziehung der Stadt Landau zur DB, die bis zur Wiedervereinigung ihre jährlichen Burschentage in der Stadt ausrichtete. Zu seiner Verwunderung gab es danach zum ersten Mal aus einer bestimmten politischen Richtung deutliche Kritik daran, daß die Verwaltung der Stadt diese Veranstaltung überhaupt genehmigt habe. Wolff sagte: „Dies ist offenbar Teil einer Kampagne, der sich die Studentenverbindungen in der Gegenwart durch ungerechtfertigte Kritik und Diskriminierung ausgesetzt sehen. Es ist zum Beispiel schon bemerkenswert, daß weder der CDA noch der CDK zu den Feierlichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz anlässlich des 175-jährigen Jubiläums des Hambacher Festes eingeladen waren. Mit ihrem Festakt und Kommers stellen Sie zu Recht die besondere Verbundenheit der Studentenverbindungen mit diesem historischen Ereignis dar, und machen auf Ihre maßgebliche und aktive Mitwirkung beim Hambacher Fest aufmerksam.“

Auch der Kommers fand gefühlter Weise nach einem dreistündigen, offiziellen Teil sein viel zu schnelles Ende. Treffend war hierzu die Bemerkung von Teilnehmer Wolfgang Jantzer (FL. Markomania Karlsruhe BDIC): „Ein Höhepunkt meines korporativen Lebens ist leider Vergangenheit.“

• **Hambacher Erklärung des CDA** anlässlich des 175-jährigen Jubiläums des Hambacher Festes:

Die 13 Korporationsverbände Verbände des CDA haben sich in Hambach vereint, um dieses Ereignis und all jene zu würdigen, die vor 175 Jahren hieran teilnahmen - gleichgültig aus welcher gesellschaftlichen und beruflichen Schicht sie kamen und welcher Nationalität sie angehörten. Damals rangen die Teilnehmer um Freiheit, Demokratie in nationaler Einheit und um eine Neuordnung Europas auf der Grundlage gleichberechtigter Völker sowie um religiöse Toleranz. Etliches ist hiervon erreicht - nach 175 Jahren, aber so manches Ziel harrt noch seiner Erfüllung.

Wir Korporationen, die wir uns in der Gemeinschaft des CDA vor mehr als 50 Jahren zusammengefunden hatten, haben bei allen Unterschiedlichkeiten hinsichtlich unserer Traditionen und Gepflogenheiten die gemeinsame dringende Aufgabe, alles das, was die Studenten damals gefordert - und wofür sie

<sup>‡</sup> [www.akademikerverbände.de](http://www.akademikerverbände.de)

gekämpft hatten, fortzuführen und vor allem auch das Erreichte zu bewahren. Das deutsche Korporationsstudententum steht für Freiheit und Demokratie - steht für die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes und jeder, der nicht bereit ist, sich hierzu zu bekennen, hat in den Reihen der Korporationsstudenten nichts verloren. Dies ist unsere Maxime, und jene mögen dies zur Kenntnis nehmen, die mit Mitteln, die mit Freiheit und Demokratie nichts zu tun haben, uns bewußt verunglimpfen und verleumden, allerdings vorausgesetzt, daß sie in der Lage - und auch bereit sind, dies nachzuvollziehen und zu begreifen.

Was in Bereichen einer demokratischen Partei unseres Landes und etlichen Universitäten gegen Angehörige studentischer Korporationen betrieben und veranlaßt wird, hat mit all demjenigen, was vor 175 Jahren gefordert wurde, überhaupt nichts mehr zu tun. Diejenigen, die so vorgehen, haben nichts begriffen und schon gar nichts von den Zielen und Forderungen des Hambacher Festes.

Wir Korporationsstudenten stehen zu dem Vermächtnis des Hambacher Festes und werden bestrebt und bemüht sein, diesem gerecht zu werden und es zu erfüllen.

Joachim Schön, 1. Vorsitzender, verlesen anläßlich des Festkommers in Landau, 21. Juli 2007.

- Prof. Dr. **Rainer Wedde** (L. Schottland Tübingen, T. Germania Dresden); Festvortrag beim Festkommers von CDA und CDK aus Anlaß der 175. Wiederkehr des Hambacher Festes von 1832 am 21. 7. 2007 um 19 Uhr in der Festhalle Landau/Pfalz:

Hohes Präsidium, sehr geehrter Herr Dr. Wolf, sehr geehrter Herr Verbandbruder Schön, verehrte Festcorona, liebe Bundes-, Verbands-, Waffen- und Farbenschwester und -brüder, liebe Korporationsstudenten und Alte Herren, sehr geehrte Damen und Herren Gäste, ...

Über die Auswirkungen des Hambacher Festes für unser Land, für Demokratie und Freiheit sowie über die noch zu bewältigenden Aufgaben wurde in diesem Jubiläumsjahr schon viel Kluges gesagt und geschrieben. Dazu haben wir heute Mittag brillante und mitreißende Worte von Ministerpräsident Bernhard Vogel gehört. In diese Abfolge will ich mich nicht einreihen. Nein, mein Thema soll in unserem Kreise vielmehr die Frage sein, wie wir als Verbindungen es denn mit der Pflege dieser Tradition halten, wie wir mit dem Erbe des Hambacher Festes umgehen, ja wo wir stehen in der Nachfolge der Studenten des 19. Jahrhunderts.

Lassen Sie mich dazu eingangs drei - möglicherweise recht provokante - Thesen aufstellen, denen ich im Verlauf meines Vortrags nachforschen möchte. 1. Das Hambacher Fest stellt einen in hohem Maße positiven Anknüpfungspunkt unserer Tradition als Verbindungen dar. 2. Wir laufen Gefahr, von der Öffentlichkeit aus dieser Tradition völlig ausgeblendet zu werden. 3. Dies liegt unter anderem daran, daß wir uns selbst von dieser Tradition zu entfernen drohen.

Wenden wir uns der ersten These zu. Bevor wir eine Tradition hinterfragen können, müssen wir uns erst einmal vergewissern: Was geschah eigentlich damals im Mai 1832 hier in der Pfalz? Die Ideen der französischen Revolution wirbelten am Ende des 18. Jahrhunderts ganz Europa durcheinander. Lange schon vor den napoleonischen Eroberungszügen fanden sie ihren Widerhall auch in Deutschland. Besonders nachhaltig wirkten sie dabei in den linksrheinischen Gebieten wie der Pfalz. Diese waren für einige Jahre unter napoleonische Herrschaft geraten und konnten so neben den Idealen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch die Vorzüge einer modernen Verwaltung und einer ständefreien Gesellschaft erleben. Im Rest Deutschlands herrschten damals ja noch recht altmodische, mitunter sogar rückständige Verhältnisse. Besonders wurden wie zu allen Zeiten die Studenten von den neuen Ideen angezogen.

Zu diesen liberalen Ideen gesellte sich im Lauf der Befreiungskriege gegen Napoleon der Gedanke der nationalen Einheit. Ein einiges, ein freiheitliches Deutschland, das war das

Ziel der Jugend, die ab 1813 die Waffen ergriff, um den französischen Kaiser erst nach Elba und später nach St. Helena zu vertreiben. Unter diesen Kämpfern waren zahlreiche Studenten und Akademiker. Am bekanntesten wurde das Lützow'sche Freicorps, in dem so bekannte Personen wie Theodor Körner, Turnvater Friedrich Ludwig Jahn oder Joseph von Eichendorff gegen die Franzosen zu Felde zogen. Militärisch waren die Heldentaten des Freicorps wohl begrenzt, geistig jedoch wurde es zum Wegbereiter der neuen Gedanken und Ideale. Welche Erwartungen durchströmten diese jungen Menschen als Napoleon endlich besiegt am Boden lag, welche Hoffnungen verbanden sich mit dem Frieden!

Wie bitter aber wurden die hochfliegenden Träume des liberalen Bürgertums und der Studentenschaft vom einigen, vom freien Vaterland nach 1815 enttäuscht! Metternich ordnete auf dem Wiener Kongreß Europa, - aber nicht neu, sondern nach den alten verstaubten Prinzipien. Der Mehltau der Restauration legte sich lähmend über Deutschland. Weder kam es zur politischen Einigung, noch zu einer freiheitlichen, liberalen Ordnung. Rückwärtsgewandte Politik sollte vor allem das Bestehende sichern. Die absurde Kleinstaaterei wurde nicht angetastet, die zahlreichen Grenzen innerhalb Deutschlands blieben bestehen. Die Träume von nationaler Einheit sowie einer liberalen Verfassung blieben unerfüllt. Vielmehr versuchten die Regierungen der 39 deutschen Kleinstaaten nach Kräften, die Neuerungen im Gefolge der Stein-Hardenbergschen Reformen oder aus napoleonischer Besatzungszeit wieder rückgängig zu machen oder zumindest einzudämmen.

In dieser Stimmung gründete sich in Jena die Urburschenschaft. Zahlreiche ihrer Burschen hatten an den Befreiungskriegen teilgenommen und sahen sich um ihre schönsten Hoffnungen betrogen. Dafür glaubten sie nun, die Einigung Deutschlands über eine Vereinigung aller Studenten an deutschen Hochschulen zu befördern. Ihr erster großer Coup war das Treffen auf der Wartburg im Jahre 1817. 300 Jahre nach dem Thesenanschlag Martin Luthers und vier Jahre nach der blutigen Völkerschlacht bei Leipzig versammelten sich rund 500 Studenten aus dem ganzen deutschen Sprachraum auf der Wartburg bei Eisenach in Thüringen. Unter dem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ forderten sie einen deutschen Nationalstaat und eine freiheitliche Verfassung. 500 Studenten mögen heute nicht einmal eine Randnotiz in größeren Zeitungen wert sein, damals bildeten sie mehr als 1/8 aller Studenten an deutschen Hochschulen.

Erstmals wurden bei diesem Anlaß die Farben Schwarz-Rot-Gold in größerem Rahmen gezeigt. Sie gehen auf die Farbgebung im Wappen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zurück. Auch das Lützowsche Freicorps trug diese Farben, in Form einer schwarzen Uniform mit roten Aufsätzen und goldenen Messingknöpfen. Der Wahlspruch lautet dem entsprechend „Von schwarzer Nacht durch rotes Blut der goldenen Sonne entgegen“. Die Wahl dieser Farben durch die Urburschenschaft knüpfte also bewußt an die Ideale der Befreiungskriege an. Ziel blieb ein einiges, ein freiheitliches, ein christliches Vaterland.

Das Wartburgfest von 1817 war die erste große Demonstration der neuen Studentenschaft. Sie bildete einen Meilenstein auf dem Weg zu Demokratie und Freiheit. Doch schon hier zeigte sich auch, wie dünn die Trennlinie zu Unfreiheit und Intoleranz ist. Symbolisch übergaben einige Studenten Gegenstände dem Feuer. Als Sinnbilder der Unterdrückung wurden ein preußischer Schnürleib, ein österreichischer Korporalstock und ein hessischer Zopf verbrannt. Noch heute schneidet man ja gern „alte Zöpfe“ ab. Leider gingen einige Teilnehmer aber so weit, auch angeblich reaktionäre Bücher zu verbrennen. Sie warfen damit einen Schatten auf die Ideale der Studenten.

Kurz nach dem Fest erstach der fanatisierte Urburschenschafter Karl Ludwig Sand den angeblichen russischen Spion August von Kotzebue. Dies lieferte dem Deutschen Bund den willkommenen Anlaß, scharf gegen die nationale und liberale Bewegung der Bürger und Studenten einzuschreiten.

Auf der Grundlage der Karlsbader Beschlüsse begannen die Demagogenverfolgungen. Später spielte auch die Mainzer Zentraluntersuchungskommission eine unrühmliche Rolle bei dieser Verfolgung. Ihr Ziel war es, die Protagonisten aus Bürgertum und Studentenschaft zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Damit sollte auch deren Umfeld eingeschüchtert werden. Für zahlreiche liberale Bürger und Studenten brachen unruhige Zeiten an. Die burschenschaftliche Idee wurde diskreditiert und in den Untergrund gedrängt. Die Idee der Urburschenschaft zerschlugen.

Doch schon nach der Revolution von 1830 in Paris wehte erneut freiheitlicher Wind von Westen nach Deutschland. In der Pfalz traf er auf besondere Resonanz. Als kurzzeitige französische Provinz war sie beim Wiener Kongreß dem Königreich Bayern zugeschlagen worden. Von dort aus wurden die liberalen Reformen weitgehend beseitigt. Hohe Zölle und Steuern sowie einige Mißbräute verschlechterten die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung erheblich.

So mischte sich der Ruf nach Bürgerfreiheit mit dem Ruf nach einem einigen Vaterland. Beherzte Bürger, an ihrer Spitze die Verleger Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth, gründeten den „Deutschen Preß- und Vaterlandsverein“. Dieser richtete im Mai 1832 ein Volksfest an der Ruine des Hambacher Schlosses aus. Volksfest mußte man es nennen, weil politische Veranstaltungen verboten waren. Siebenpfeiffer richtete daher einen Aufruf an alle deutschen Stämme, in dem es hieß:

*Auf, ihr deutschen Männer und Jünglinge jedes Standes, welchen der heilige Funke des Vaterlandes und der Freiheit die Brust durchglüht, strömet herbei.*

Dieser Aufruf traf den Nerv der Zeit, fiel auf fruchtbaren Boden. Die Resonanz war grandios, aus allen Teilen Deutschlands strömten tatsächlich Studenten und Bürger in die Pfalz. Nach anfänglichen Versuchen, die Veranstaltung zu verbieten und heftigen Protesten dagegen, ließen die Behörden das Fest schließlich stattfinden.

Am 26. Mai 1832 versammelten sich etwa 30.000 Menschen in dem damals recht beschaulichen Städtchen Neustadt. Unter ihnen waren Bürger, Studenten, aber auch polnische Freiheitskämpfer und Franzosen. Kurz zuvor war ein Aufstand der Polen gegen die russische Herrschaft fehlgeschlagen. Ihnen galt daher die besondere Sympathie der Teilnehmer, polnische Flaggen wurden gehißt, die Unabhängigkeit Polens vom Zaren gefordert. Am 27. Mai begaben die Teilnehmer sich am frühen Morgen in einem langen Zug auf die Ruine des Schlosses. Wer kennt nicht die berühmte Darstellung des Lindwurm von Studenten und Bürgern, der sich den Berg hinauf zur Ruine windet. Oben war eine Tribüne errichtet worden, auf der verschiedene Volksredner das Wort ergriffen.

Sie forderten wie schon 1817 die deutsche Einheit, Freiheit und Demokratie. Auch der Gedanke einer europäischen Vereinigung wurde von einigen Rednern angesprochen. Andere wiederum betonten den Schutz des Vaterlandes gegen äußere Feinde. Überall wehten schwarz-rot-goldene Fahnen als Symbol des Wunsches nach Freiheit, einer gesamtdeutschen Verfassung mit Bürgerrechten und Gewaltenteilung. Dem Zug voran trug man die berühmte schwarz-rot-goldene Urfahne hinauf. Sie trägt die Aufschrift „Deutschlands Wiedergeburt“ und befindet sich heute noch hier in Neustadt. Eine weitere Fahne des Festes zierte einen Saal des Bundesverfassungsgerichts, eine andere den Plenarsaal des Landtages von Rheinland-Pfalz.

Am 28. Mai fand in kleinerem Kreise ein Treffen statt, bei dem man das weitere Vorgehen, die Umsetzung der Ideale beriet. Dort fand man allerdings zu keiner einvernehmlichen Lösung. Mitunter führen auch viele Diskussionen nicht zu einer Einigung. Während insbesondere die Studenten für den sofortigen bewaffneten Volksaufstand warben, bevorzugten andere Teilnehmer ein vorsichtigeres Vorgehen. Ohne Einigung ging man auseinander.

Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob zum damaligen Zeitpunkt eine große, gesamtdeutsche Revolution hätte Erfolg haben können. Heinrich Heine, selbst Burschenschafter, hat

dies so gesehen und das Zögern der Festteilnehmer bedauert, ja verspottet. Erst ein Jahr später schlugen einige Studenten los, doch der Angriff auf die Hauptwache in Frankfurt scheiterte kläglich. Den Fürsten gab er jedoch einen höchst willkommenen Anlaß, um die Restauration erneut zu verschärfen und freiheitliche Gedanken weiter einzuschränken. Zahlreiche Studenten und Liberale zogen die Emigration der Monarchie vor. Mancher mußte vor der Justiz fliehen. Die jungen Vereinigten Staaten von Amerika nahmen einige unserer besten Köpfe auf. Es war nicht zu ihrem Schaden!

Trotz dieses Scheiterns hatte das Hambacher Fest aber einen Samen gepflanzt, der weiterlebte und schon bald wieder aufblühte. Für kurze Zeit sah es 1848 so aus, als könnten die Ideale des Hambacher Festes endlich Erfolg haben. Das Paulskirchenparlament nahm seine Arbeit auf; die Einheit in Freiheit schien zum Greifen nahe. Die Geschichte schlug leider einen anderen Weg ein, die Reichseinigung wurde verspielt und erst später mit Stahl und Eisen von oben erreicht, demokratisch-liberales Gedankengut spielte dabei keine Rolle mehr. Vom Wartburgfest reicht aber eine direkte Linie über den Vormärz, das Hambacher Fest, die Revolution und das Paulskirchenparlament bis zum Grundgesetz und der Bundesrepublik Deutschland. Sowohl 1919 als auch 1949 wurde an die damaligen Ereignisse und Ideale angeknüpft. Daher ist es nur folgerichtig, wenn die deutsche Nationalflagge heute die Farben des Hambacher Festes zeigt. Wohl so manches Leid wäre verhindert worden, wenn die Ideale der Studenten sich 1832 oder 1848 durchgesetzt hätten. Deutschland wäre vermutlich das Schicksal einer verspäteten Nation erspart geblieben.

Gern also berufen wir uns auf das Hambacher Fest. In der an düsteren Episoden nicht armen deutschen Geschichte bildet es einen leuchtenden Höhepunkt. Ohne Gewalt und Anmaßung, ohne Übertreibung wurden wichtige Ideale verkörpert. Ein einiges und freies Deutschland sollte es sein. Wer wollte dem nicht zustimmen?

Lassen Sie mich nun zur zweiten These kommen, zur Behauptung, wir als Korporationen liefen Gefahr, von der Öffentlichkeit aus dieser Tradition völlig ausgeblendet zu werden. Wir haben heute Mittag einen sehr würdigen und gelungenen Festakt droben auf dem Hambacher Schloß erleben dürfen. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, der sowohl Rheinland-Pfalz als Land des Hambacher Festes als auch Thüringen die Heimat des Wartburgfestes regieren durfte, müssen wir sehr dankbar sein, daß er dort eine so glänzende Festrede gehalten hat. Es gibt leider nicht mehr viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens, die unsere Nähe suchen und bereit sind, zu solchen Anlässen zu sprechen. Wir sehen uns immer häufiger dem Versuch ausgesetzt, aus der gerade beschriebenen Tradition herausgedrängt zu werden. Man will uns unsere eigene Vergangenheit nehmen, paßt sie doch so überhaupt nicht in das Bild, das man gern von den Verbindungen zeichnet. Und dies ist wahrlich nicht der einzige Bereich, in dem eine subtile Umdeutung der Geschichte vorstatten geht. Die deutsche Zeitgeschichte ist viel zu eng verwoben mit der aktuellen Politik, als daß sie nicht auch zum Spielfeld politischer Kämpfe würde. Gleichsam als Kollateralschaden fallen auch wir der Umdeutung zum Opfer.

Dabei war es viele Jahrzehnte um das Hambacher Fest sehr ruhig. Bis zu seiner 150. Wiederkehr blieb es einem kleineren Kreis Eingeweihter aus dem Umfeld der Burschenschaft oder der Region vorbehalten, an dieses Ereignis zu erinnern. Erst 1982 wurde das Fest würdig gefeiert, die Post gab eine Sonderbriefmarke; es wurden Festveranstaltungen organisiert. Die Bundesrepublik entdeckte auf der Suche nach eigenen Traditionen den deutschen Vormärz. Seitdem hat das Ereignis einen festen Platz im offiziellen Kalender. Damit nehmen auch die Versuche zu, das Fest im eigenen Sinne zu instrumentalisieren. Für Europa, für die Demokratie, für Rheinland-Pfalz, ja sogar für die Gleichberechtigung, hatte doch Siebenpfeiffer in seinem Aufruf auch die „Deutschen Frauen

und Jungfrauen“ zur Teilnahme eingeladen und ihre „politische Mißachtung“ beklagt.

Die Burschenschafter aber waren ein wichtiger Bestandteil, nahezu alle Protagonisten entstammten ihrem geistigen Umfeld. Wir sollten genau aufpassen, daß man uns nicht völlig aus dieser Traditionslinie herausdrängt. Dieses Unterfangen ist gefährlich, erste Erfolge in der Öffentlichkeit hat es schon erzielt. Wer verbindet uns schon noch mit dem Hambacher Fest, wer weiß, daß nahezu die gesamte Symbolik unserer Bundesrepublik auf den Idealen der Verbindungen beruht? Das einige, freiheitlich-demokratische Deutschland, das wir heute haben, es wäre ohne den Beitrag der akademischen Jugend nicht entstanden.

Geht man etwa durch die Ausstellung auf dem Hambacher Schloß, wie ich es heute im Anschluß an den Festakt getan habe, so findet man kaum Verweise auf die Korporationen. Ein Student trägt kaum sichtbar ein Band und in der Zeittafel fehlt der Verweis auf 1817. Dafür werden bei den Folgen aber die Umwelt- und Friedensbewegung, ja sogar die APO erwähnt!

Wer im Mai dieses Jahres eine beliebige Zeitung in Deutschland aufschlug, konnte dort mehr oder weniger umfangreiche Berichte und Reden zum Hambacher Fest finden. Auch im Zusammenhang mit dem 60jährigen Jubiläum des Bundeslandes Rheinland-Pfalz wurde erneut umfangreich über dieses Ereignis berichtet. So sehr man aber die Zeitungen durchforstete – die Verbindungsstudenten tauchten kaum auf, ihre Rolle wurde schlicht verschwiegen. Studenten hätten mitgefeiert, das wird noch berichtet. Auch die schwarz-rot-goldenen Fahnen werden erwähnt. Daß diese Studenten ebenso wie die Organisatoren aber zumeist aus der burschenschaftlichen Bewegung hervorgegangen waren oder ihr nahestanden, wurde geflissentlich verschwiegen. Ebenso die Traditionslinie zum Wartburgfest, ohne daß es Hambach wohl nie gegeben hätte. Und natürlich gab es kaum Hinweise auf die Entstehungsgeschichte der Farben Schwarz-rot-gold. Auch zu den offiziellen Feiern im Mai 2007 wurden wir nicht gebeten. Hier hat die Umdeutung also bereits Erfolg gehabt; mancher möchte eine andere Geschichte schaffen. Das darf nicht gelingen!

Schon zur Feier des Paulskirchenjubiläums 1998 konnte man beobachten, wie die Verbindungen aus den offiziellen Gedenkfeiern gedrängt werden sollten. So sehr man sich in der Bundesrepublik des Jahres 2007 an die Geschichte des Vormärz und die Ereignisse von 1832 oder 1848 erinnern möchte, sie als Teil der Tradition des modernen Deutschland vereinnahmt, so sehr versucht man diejenigen auszugrenzen, die in der Tradition der damaligen Hauptakteure stehen. Es paßt vielen nicht ins Bild, daß es just die so verhaßten Verbindungen waren, die all diese Ereignisse auf den Weg brachten.

Gern hält man uns unsere mitunter einseitige Ausrichtung am einigen Deutschland vor, die nicht immer glückliche Symbiose mit dem Kaiserreich und das sicher viel zu schwache Eintreten für die Weimarer Republik. Die Begeisterung der Studenten für ein einiges und freiheitliches Deutschland verengte sich später auf die Freude über die Reichseinigung von 1871. Daß diese weder das gesamte Deutschland im Sinne der Teilnehmer des Hambacher Festes noch ein freiheitlich-demokratisches Deutschland war, wurde hingegenommen. Doch auch wenn die Verbindungen nach 1848 und erst recht nach 1871 die Idee des einigen Deutschlands in den Vordergrund gestellt und die Idee der freiheitlichen Grundordnung vernachlässigt haben, bleibt doch beides unser Erbe.

Verehrte Festcorona, wir können getrost behaupten, daß es ohne Verbindungen weder ein Wartburgfest noch ein Hambacher Fest gegeben hätte, keine Paulskirche und wahrscheinlich auch keine freiheitlich-demokratische Grundordnung wie wir sie heute leben. Lassen wir uns diese ruhmreiche Tradition nicht streitig machen von anderen, die oft eine weit weniger ehrenvolle Geschichte haben und nun am Glanz unserer Vergangenheit teilhaben wollen.

Die Forderung nach einem einigen und freiheitlich demokratischen Deutschland wurde zuerst von Studenten formuliert. Diese Gedanken beharrlich und letztlich erfolgreich

verfolgt zu haben ist unser Beitrag zur deutschen Geschichte. Lassen wir nicht zu, daß andere die Geschichte an dieser Stelle uminterpretieren!

Erlauben Sie, daß ich mich damit zur dritten These wende. Droht tatsächlich die Gefahr, daß wir uns von dieser Tradition entfernen? Werden wir vielleicht deshalb nicht mehr so ernst genommen, weil wir die eigenen Traditionen vernachlässigen, ja aufgegeben haben?

Die Studenten, die 1832 auf das Hambacher Schloß zogen, waren im besten Sinne des Wortes Elite. In einer Zeit, in der in der Regel die Geburt über den Werdegang eines Menschen entschied, in der die Leibeigenschaft noch nicht weit zurück lag, in einer Welt der Restauration, der Pressezensur und des Polizeistaates kämpften sie für eine großartige Idee. Sie waren so beseelt von dieser Idee, daß sie auch Gefängnis und Exil, Prozesse und Berufsverbote in Kauf nahmen. Die beiden Organisatoren des Hambacher Festes Siebenpfeiffer und Wirth wurden kurz nach dem Fest festgenommen und wegen angeblich aufrührerischer Schriften angeklagt. Beide zogen später die Flucht in die Schweiz vermutlich langen Haftstrafen vor. Was von diesem Geist, diesem Idealismus haben wir über die Zeit retten können?

Die zeitversetzte Erfolgsgeschichte der Ideale des Hambacher Festes könnte zu dem Trugschluß verleiten, nun könne man sich getrost zurücklehnen. Nun seien alle Ziele und Werte ja vollständig erreicht. Doch dies ist gefährlich, - Werte sind niemals auf Dauer gewonnen, nichts ist für immer erlangt. Sie bedürfen stets aufs Neue des Kampfes, des Ringens um ihre Bewahrung. Sie verlangen stets aufs Neue unser Bekenntnis, fordern uns auf, den mitunter schwierigeren Weg zu gehen, Widersprüche und Nachteile auszuhalten. Wie Bernhard Vogel heue morgen sagte: „Der Dank an die Väter entschuldigt nicht die Verpflichtung der Söhne und Töchter für die Zukunft zu handeln.“

Der Blick in unsere Bünde zeigt, daß dies leider nicht immer vollständig gelingt. Mancher Vorstand, manche Charge hält es für entbehrlich, wichtige Fragen gemeinsam zu klären, scheut die umfassende Diskussion. Der offenen und sachlichen Debatte, dem Mehrheitsprinzip steht mancher kritisch gegenüber. Das Verständnis von der zentralen Bedeutung des Convents als Ort der gemeinsamen Entscheidungsfindung weicht mitunter einem technisch operativen Verständnis, alle Entscheidungen schon vorher treffen und dort nur schnell absegnen zu lassen. Dies diene der Sache, vermeide sinnlose Debatten und erleichtere die Umsetzung wichtiger Aufgaben, wird dann behauptet.

Eine solche Ansicht hätte Fürst Metternich sicher freundlich geteilt. Mit der Tradition des Hambacher Festes hat sie aber nichts gemeinsam. Das Conventionsprinzip grenzt uns ab von aller Unfreiheit, es war der Restauration ebenso ein Dorn im Auge wie später dem dritten Reich und heute manchem Rechts- und Linksradikalen. Wir sollten stolz darauf sein und die daraus resultierenden, oft mühsamen Diskussionen als Bereicherung empfinden und nicht als Bürde. Nicht der Ständestaat, der geölte Funktionsstaat und erst recht nicht der Führerstaat sind erstrebenswert, sondern allein das demokratische Gemeinwesen, die res publica im besten Sinne.

Auch die dem Preßverein so wichtige Pressefreiheit bleibt nicht unberührt. Erschrocken mußte ich unlängst erleben, daß ein Altherrenvorstand und der Herausgeber in einer Bundeszeitung die Rede eines Bundesbruders vor dem Abdruck modifizierten. Diese enthielt unglückliche Formulierungen, die man den Bundesbrüdern ersparen wollte. So hat man sie einfach gestrichen bzw. umgeschrieben. Das ist Zensur, wie sie der „Deutsche Preß- und Vaterlandsverein“, der Organisator des Hambacher Festes, gerade bekämpfen wollte. Zensur kommt ja selten als finsterner Unterdrückungsapparat daher, sie wirft sich meist die harmlose Maske des Paternalismus über. Das Volk, die Bundesbrüder müssen geschützt, sinnlose Debatten verhindert werden. Es gehe ja nur um die Vermeidung von Streit. Doch dies ist falsch – es geht darum, andere von Information auszuschließen, eine Debatte gerade zu verhindern.



Wer sich anmaßt zu entscheiden, was andere lesen und wissen sollen, der untergräbt die Grundlagen einer jeden Verbindung. Die Vorfäter des Hambacher Schlosses würden sich bei einem solchen Vorgehen im Grabe umdrehen. Hatte es doch in der Festhymne zum Hambacher Fest geheißen:

*Wir wollen gründen ein Vaterhaus  
Und wollen der Freiheit es weihen:  
Denn vor der Tyrannen Angesicht  
Beugt länger der freie Deutsche sich nicht.*

Bei aller Freude und allem Stolz über den Siegeszug unserer Ideen müssen wir daher peinlich genau darauf achten, sie auch in unserem Kreise, auch im Kleinen, wachzuhalten. Unsere Gegner warten schließlich nur darauf, uns Inkonsequenz vorzuwerfen. Geben wir ihnen darum keine Handhabe.

Und schließlich, - wie sollen wir neue Mitglieder gewinnen und von uns überzeugen, wenn wir mit unseren eigenen Idealen so leichtfertig umgehen? Die heutige Jugend durchschaut sehr schnell, ob wir unsere Ideale auch tatsächlich leben. Hier, bei der Werbung von Nachwuchs, von gutem und begeistertem Nachwuchs, entscheidet sich unsere Zukunft. Wenn wir uns nicht immer wieder erneuern, wird unsere Tradition rasch abbrechen. So stabil wir in den Altherrenschaften stehen, so schnelllebig sind unsere Aktivitäten. Ein, zwei Semester ohne Fux kann man überleben. Findet aber länger kein neues Gesicht zu einem Bund, steht der Fortbestand in Gefahr. Viele Verbindungen leiden darunter, daß die Zukunft immer wieder am seidenen Faden hängt, manchmal an ein oder zwei Bundesbrüdern. Und wie oft geht man in dieser Situation nicht Kompromisse ein, die dem Bund langfristig schaden?

Mir scheint, daß wir viel zu wenig und viel zu kleinräumig darüber nachdenken, wie wir unseren Nachwuchs gewinnen. Werfen wir einen Blick zurück. Was konnten die Studenten der Jahre 1817, 1832 oder 1848 Interessenten anbieten? Nicht viel - es gab keine materiellen Vorteile, keine Häuser und keine arrivierten Alten Herren. Vielmehr drohte stets das Einschreiten der Staatsmacht. Man bewegte sich in einer gefährlichen Halblegalität. Aber die gemeinsame Idee genügte als Magnet, um immer wieder neue Generationen zu begeistern. Man gewann neue Mitglieder durch Überzeugung.

Später, zu den „goldenen Zeiten“ der Verbindungen vor dem Ersten Weltkrieg und zwischen den Kriegen war die Mehrheit der Studenten korporiert. Es gehört damals zu einem Studium dazu, irgendwo ein Band aufzunehmen. Außenseiter war derjenige, der kein Band trug. An den Hochschulen bot sich ein verwirrend umfangreiches Bild von den traditionellen Bündnissen bis zu akademischen Rudervereinen oder Fliegerverbänden.

Wie sieht es bei uns heute damit aus? Natürlich kann ich nicht für alle Dachverbände oder gar einzelne Verbindungen sprechen, aber die Situation hat sich grundlegend gewandelt. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben - die meisten Verbindungen führen heute nur noch ein Nischendasein. Das fällt nicht auf, solange wir unter uns bleiben, auf unseren Häusern, bei Verbandsveranstaltungen oder Stammtischen. Es mag auch noch Universitäten wie Heidelberg, Jena, Tübingen oder Göttingen geben, an denen wir eine beachtliche und beachtete Minderheit darstellen. Aber in den allermeisten Fällen sind wir an den Rand der Hochschule gedrängt. Ganz zu schweigen von unserer Präsenz in den offiziellen Gremien und Einrichtungen der Hochschulen.

In dieser Situation stellen die meisten Verbindungen bei der Keile - vielleicht notgedrungen - Vorteile in den Vordergrund. Hier kann man günstig wohnen, dort bekommt man gute Kontakte zu Alten Herren im Beruf und an anderer Stelle kann man ausgelassen feiern. Was für ein Unterschied zu damals! Glauben wir wirklich, die Tradition unserer Väter auf diese Weise fortführen zu können? Mancher mag es leid sein, stets von Werten und Idealen zu sprechen, stets auf Studenten zuzugehen, stets aufs Neue zu überzeugen. In manchen Bündnissen gibt es eine Sehnsucht, durch eine große Zahl moderner Zimmer diese Last abzuwerfen. Man wählt nur noch die Mietinteressenten aus und drängt sie später mit niedrigen

Mieten zur Bandaufnahme. Man könne die gewonnene Zeit sinnvoller nutzen, wird dann oft zur Begründung angeführt.

Sicher, auch ein über ein Zimmer gekeilter Fuchs kann später zu einem überzeugten Korporierten werde. Und ein volles Haus ist ein Gewinn. Aber in der Summe, davon bin ich zutiefst überzeugt, werden wir an Attraktivität verlieren, wenn wir unsere Ideale in den Schrank verbannen. Wie intensiv ist die Bindung, bewährt sie sich in schweren Zeiten? In einem meiner Bünde bin ich unlängst angefeindet worden, weil ich noch immer „altmodischen“ Keilveranstaltungen an der Hochschule das Wort rede. Das bringe doch nichts und belaste nur die Aktiven. Aber wer seine Ideale nicht draußen vertritt, dessen Überzeugungen sind schwach und angreifbar. Schämen wir uns unseres Tuns? Und schrecken wir so nicht genau die idealistischen jungen Studenten ab, die wir uns besonders wünschen müßten? Oder haben wir schon die Hoffnung abgegeben, sie für uns zu gewinnen, kapitulieren wir vor AIESEC, EL§A, den hochschulpolitischen Gruppen und der Spaßgesellschaft im Allgemeinen? Wollen wir noch Elite, Idealismus, korporativen Geist - oder geht es nur darum, das Überleben der Bünde irgendwie zu sichern?

Hinzu kommt: Die Hochschulen des Jahres 2007 sind nicht mehr die kleinen familiären Einrichtungen des 19. Jahrhunderts, die Studenten sind andere, ihr Umfeld hat sich grundlegend geändert. Und ist massive Konkurrenz erwachsen. Andere Einrichtungen sind hinzugegetreten, die materielle Lage der Studenten hat sich - trotz Studiengebühren - verbessert. Die jüngste Umstrukturierung der Studiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge wird uns stärker treffen als wir das vielleicht wahrhaben wollen. Der heutige Student muß schon im ersten Semester an Examen oder Diplom, Fremdsprachen, Praktika und Berufschancen denken. Da bleiben weniger Zeit und Energie für eine Verbindung. Und nicht nur wir klagen, auch Vereine und Verbände erleben, daß ehrenamtlicher Einsatz immer seltener wird. Auch darauf müssen wir uns einstellen.

Ähnlich gefährlich könnten uns die gezielten Bestrebungen werden, nach amerikanischem Vorbild die ehemaligen Absolventen enger an die Hochschule zu binden, neudeutsch Alumni genannt. Man bietet Kontaktpflege, eigene Veranstaltungen. Wir verlieren möglicherweise einen unserer großen Vorteile, - das Versprechen, auch über das Ende des Studiums in Kontakt zu bleiben mit der Universität und den Kommilitonen.

Vermutlich mehr als alles andere, fehlt uns aber eine zündende Idee, der wir uns verschreiben und für die wir kämpfen können. Die Studenten des Hambacher Festes wußten genau, wofür sie stritten, notfalls unter Einsatz der beruflichen Existenz, ja des Lebens - für ein einiges freiheitliches Vaterland. Dazu hieß es in der Festhymne:

*Frisch auf, Patrioten, den Berg hinauf!  
Wir pflanzen die Freiheit, das Vaterland auf!*

Damals war dies ein nahezu unerreichbar fernes Ziel. Doch dieses Bemühen gab Halt, gab Zusammenhalt. Dieses Ziel ist heute erreicht. So wichtig es bleibt, immer wieder um die Freiheit zu kämpfen und sie neu zu verteidigen, als großes Ziel eignet sich der alltägliche Kampf aber wohl kaum mehr.

Für einige Jahrzehnte diente den meisten Verbindungen und Dachverbänden das Mahnen um die deutsche Einheit als verbindendes Element. In einer Zeit, in der das Wissen um das Unrecht der Teilung unseres Vaterlandes in der Öffentlichkeit immer geringer wurde, blieben wir diesem Ideal treu. Damit standen wir in der Traditionslinie der Verbindungen, folgten dem Gedanken von 1817 und 1832. Doch seit 1990 ist die Einheit unseres Vaterlandes erreicht. Sicher, es geriet kleiner als damals erträumt, viele Stätten deutscher Geschichte und Kultur sind außen vor geblieben. Doch wenn im Arndt'schen Sinne überall dort des Deutschen Vaterland ist, wo die deutsche Sprache erklingt, dann ist Deutschland im 20. Jahrhundert gewaltig geschrumpft. Man sollte die Erinnerung an die deutsche Geschichte und Tradition der verlorenen Gebiete pflegen, Kontakte dorthin aufbauen; - alle darüber hinaus-

gehenden Forderungen eignen sich aber sicher nicht als neue verbindende Idee!

Es ist eine absurde Logik - sollten wir tatsächlich deswegen in Schwierigkeiten geraten, weil unsere Ideale sich sämtlich verwirklicht haben? Gehen wir vielleicht unter oder werden zur vernachlässigbaren Minderheit, weil wir so erfolgreich waren? Die entscheidende Frage lautet: Kann der Verbindungsgedanke auch ohne eine solche Idee bestehen. Wir haben soeben eines der beliebtesten Lieder unseres Kommersbuchs gesungen. Dort heißt es in der zweiten Strophe:

*Sonn entgegen aus des Alltags  
sorgendumpfen Nebelspuk,  
mit der Siegfkraft trotz'ger Jugend  
über Not und Last und Druck.  
Und wenn andre tōricht finden,  
was sie uns so „träumen“ sehn,  
unsre Losung sein und bleibe:  
nie im Alltag aufzugehn!*

Schöner kann man den Gegensatz nicht beschreiben – Sonn entgegen, und eben nicht im Alltag aufzugehen. Die Teilnehmer des Hambacher Festes vor 175 Jahren stiegen symbolisch zur Ruine empor, sie strebten Höherem zu, erträumten aus dem beengten und bedrängten Alltag eine lichte Zukunft. Dies war es, was ihnen den Ruhm der Nachwelt sichert. Wäre es um kleinliche Lohnsteigerungen oder Zollbefreiungen gegangen, um Probleme des Alltags, das Fest wäre heute nur noch eine Randnotiz der Regionalgeschichte. Das Besondere an Hambach ist das Streben nach Idealen, der Mut, die Zukunft schöpferisch zu gestalten.

Wenn es aber ohne nicht gehen sollte, - was könnte dann das neue verbindende Ziel sein? Wo liegen die verbindenden Ziele? Erwarten Sie von mir keine Antworten. Ein solches Ziel läßt sich vermutlich auch nicht verordnen. Soll es Europa sein, das Streben nach umfassender, klassischer Bildung des einzelnen, die Vermittlung von soft skills, das Erlernen von Gemeinschaft in einer zunehmend anonymen Welt? Oder wollen wir gar nur Wohnheime mit exklusivem Ehemaligenverein und Jahrestreffen werden? Brauchen wir vielleicht sogar neue Formen?

Auch ich habe keine Antworten auf diese Fragen. Viele Aufrufe wurden vor und nach dem Hambacher Fest verfaßt und verbreitet, keiner fand auch nur annähernd das Echo des Aufrufs von Siebenpfeiffer. Er hingegen traf genau den Nerv der Zeit. Was aber würde den Nerv der heutigen Zeit treffen?

Eines scheint mir gewiß – wir sollten gemeinsam nach einer Antwort suchen. Vor einigen Wochen habe ich an der TU Dresden im Rahmen einer Ringvorlesung zu verschiedenen Spielarten der Verbindung vortragen dürfen. Dabei wurde mir erneut deutlich, wie nahe wir uns alle stehen und wie unglücklich die Grabenkämpfe sind, die uns immer wieder entzweien. Fechten, Konfession, Farben sind wichtige Fragen, aber Details. Die damit verbundenen Konflikte stammen aus einer anderen Zeit; wir sollten sie endlich beenden.

Neben der erhofften Einigung Deutschlands scheiterte 1817, 1832 und schließlich 1848 auch die Vereinigung aller Studenten. Es bildete sich nach und nach das bunte Kaleidoskop, von dem auch der CDA leider nur einen Ausschnitt repräsentiert – Burschenschaften, Landsmannschaften, Corps, Turnerschaften, Sängerschaften, konfessionelle Verbindungen, freie Verbindungen und viele andere mehr. War es nicht auch ein Widerspruch der Urburschenschaft, ein freiheitlich liberales Land, aber nur eine Verbindung für alle zu erstreben? Einheitliche Organisationen aller Studenten sind nur totalitären Systemen eigen. Wir haben damit in Deutschland zweimal schlechte Erfahrungen gemacht. Die Vielfalt hingegen bildet einen unschätzbaren Reichtum, ein Angebot an die unterschiedlichsten Studenten in bester liberaler Tradition. Alle aber stehen wir im Vermächtnis des Hambacher Festes. Wir können stolz auf dieses Ereignis als Sternstunde in der langen und bewegten Geschichte des Korporationsstudententums blicken.

Was uns verbindet, über alle Verbände hinweg, daß sind in meinen Augen das Edukationsprinzip, das Conventsprinzip und das Lebensbundprinzip. Reichen sie aber, um uns einen ähnlichen Schwung zu verleihen, wie unseren Vorvätern 1832? Können sie zu einer solchen Solidarisierung mit dem Bürgertum führen? Die Frage muß vorerst eine rhetorische bleiben. In der Tradition unserer Vorväter sollten wir aber zwei Aufgaben in Angriff nehmen. Das scheint mir ein Vermächtnis des Hambacher Festes zu sein.

1. Wir sollten uns stärker auf unsere Gemeinsamkeiten besinnen als auf die trennenden Details. In der Festhymne, die Siebenpfeiffer 1832 geschrieben hatte, heißt es:

*Was tändelt der Badner mit Gelb und Rot,  
Mit Weiß, Blau, Rot Bayer und Hesse?  
Die vielen Farben sind Deutschlands Not,  
Vereinigt' Kraft nur zeugt Größe  
D'rum weg mit der Farben buntem Tand!  
Nur eine Farb' und ein Vaterland!*

Siebenpfeiffer bezog seinen Aufruf auf die Kleinstaaterei. Doch läßt der Gedanke sich trefflich auf uns übertragen. Warum stehen sich die Dachverbände und einzelnen Verbindungen mitunter mit Herablassungen oder Häme gegenüber und suchen stets stärker nach Abgrenzung als nach Verbindendem? Dabei trennen uns nur Details. Wir sitzen alle in einem Boot, egal ob wir das Segel bedienen, das Steuerruder oder nur die Lenzpumpe. Wir werden nur alle gemeinsam wieder an Bedeutung gewinnen oder gemeinsam in der Bedeutungslosigkeit segeln. Wir sollten mehr miteinander sprechen, Gemeinsamkeiten suchen und betonen.

2. Dabei sollten wir vor allem über unsere Ziele und Ideale diskutieren. Wir sollten nach vorn blicken und uns dabei keine Denkverbote erlauben. Die heutige Zeit mag weniger rückständig sein als das Deutschland der Restauration des Jahres 1832, sie bietet dennoch genügend Ansätze für neue Ideen. Dies scheint mir das Erbe des Hambacher Festes, sich immer wieder auf die Suche zu machen, über den Horizont zu sehen, auch das vordergründig Unerreichbare zu erträumen. Lassen wir uns gemeinsam ein auf diese Suche.

Verehrte Festcorona, lange genug habe ich sie nun mit Traditionen, Ideen und Idealen gequält. An die 25-mal habe ich von Tradition gesprochen, wohl 20-mal von Ideal. Wir sollten bei allen kritischen und nachdenklichen Gedanken den heutigen Tag, den heutigen Abend genießen. Der Gedanke an das Hambacher Fest, an die Taten der Vorväter sollte uns stolz und ehrfürchtig machen. Es gehörte sehr viel Mut und innere Überzeugung dazu, sich mit schwarz-rot-goldenen Fahnen gegen die polizeistaatliche Obrigkeit zu stellen. Wir haben heute Mittag gesungen: Und sperrt man mich ein im finsternen Kerker ... Damals war das eine reale Drohung. Doch im Geiste dieser Vorväter werden wir auch die vor uns liegenden Herausforderungen meistern.

Mein Glas möchte ich abschließend mit Ihnen erheben auf alle Teilnehmer des Hambacher Festes, die vor 175 Jahren eine Flamme entfacht haben, an deren Glanz wir uns immer noch laben und deren Feuer uns immer noch wärmt. Es lebe die Freiheit, es lebe das einigige deutsche Vaterland!

- Ministerpräsident a. D. Professor **Bernhard Vogel**, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung; Festakt des Conventes Deutscher Akademiker aus Anlaß der 175. Wiederkehr des Hambacher Festes von 1832: „175 Jahre Hambacher Fest: Forderungen von damals – Aufgaben für heute?“ 21. Juli 2007, Hambacher Schloß.

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung, für die Ehre, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen, zur 175. Wiederkehr des Hambacher Festes!

Vor 25 Jahren, als die 150. Wiederkehr des Hambacher Festes bevorstand, beschloß die rheinland-pfälzische Landesregierung, der ich damals als Ministerpräsident vorstand, das verfallene und über Jahrzehnte fast vergessene Schloß Hambach wieder aufzubauen, die Ruine wetterfest zu machen, sie aus dem Dornröschenschlaf zu wecken. Am 27. Mai 1982

begannen die Jubiläumsfeierlichkeiten in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens und vieler weiterer Ehrengäste. Als erstes tagte hier der rheinland-pfälzische Landtag. Der Umbau war fertig gestellt und die neue Decke bezahlt!

Der Auftrag unseres Grundgesetzes, der Auftrag der Hambacher von 1832, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, war noch nicht erfüllt. Manche im Westen Deutschlands hatten die Wiedervereinigung längst abgeschlossen. Die Zweifel waren gewachsen, der Wille hatte nachgelassen. Der frühere saarländische Ministerpräsident und mein Kollege, von dem gegenwärtig wieder häufiger zu hören ist, sprach von der Wiedervereinigung als „historischem Schwachsinn“. Wir unsererseits hofften auf sie – irgendwann in ferner Zukunft.

10 Jahre später – 1992 – war ich als Thüringer Ministerpräsident auf der Wartburg. Wir begingen das 175. Jubiläum des Wartburgfestes der Jenenser Burschenschaften von 1817. Ein bewegener, von mir nicht vorausgesehener Moment. Hätte mir das vor 25 Jahren, beim 150jährigen Jubiläum des Hambacher Festes, jemand voraus gesagt: Ich hätte nach dem Arzt gerufen!

Über vier Jahrzehnte war die Wartburg, die deutscheste aller deutschen Burgen, das Symbol der nicht erfüllten Hoffnung auf Einheit in Freiheit. Millionen Besucher hatten während der Zeit der deutschen Teilung den Turm der Wartburg erstiegen, um wenigstens einen Blick nach Westen zu werfen. Die Machthaber der DDR versuchten sogar, das Kreuz auf dem Turm zu entfernen.

Heute liegt die Wartburg in Thüringen, inmitten des wiedervereinigten Deutschlands, so wie das Hambacher Schloß hier in der Pfalz. Ein Grund zur Freude und Dankbarkeit! Ohne das Wartburgfest von 1817 kein Hambacher Fest von 1832. Das Fest von 500 Studenten auf der Wartburg ging dem Fest der 30.000 auf diesem Schloß voraus, das – wie Golo Mann es formulierte – „erste, wahrhaftige Nationalfest der Deutschen“.

Den Anfang machten Studenten aus Jena. Von der liberalen und nationalen Idee ergriffen, gründeten sie 1815 in der „Grünen Tanne“ in Jena – sie ist heute wieder zu besuchen – eine Burschenschaft unter der Devise „Ehre, Freiheit, Vaterland“. Vom Lützower Freicorps, in dem viele von ihnen gegen Napoleon gekämpft hatten, übernahmen sie die Farben: Schwarz von der Litewka, rot von den Aufschlägen, gold von den Knöpfen.

Nach den Befreiungskriegen war es anders, als sie es erhofft hatten, nicht zu einem geeinten Deutschland gekommen – weder politisch noch wirtschaftlich: keine Repräsentation der Nation, kein Bund der deutschen Völker und Stämme, keine Konstitution, kein Parlament, keine bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte. Über 30 Einzelstaaten, ein Bund von Fürsten, der deutsche Bund. Ein Bündnis zur Verteidigung des status quo, gegen die liberale und nationale Bewegung der Zeit.

„Der Wille des Fürsten ist nicht das Gesetz des Volkes, sondern das Gesetz des Volkes soll der Wille des Fürsten sein“, so die Überzeugung der Studenten. Von Jena aus wurde im Oktober 1817 der Ruf nach Freiheit und Einheit auf die Wartburg und in die deutschen Staaten getragen – die erste Aufsehen erregende politische Demonstration der Jugend in Deutschland, der studentischen Jugend. Sie wurde zu einem der „großen Vermittler“ (Thomas Nipperdey) der nationalen und liberalen Bewegung in Deutschland und überwand die konfessionellen und landsmannschaftlichen Gegensätze. Die Farben schwarz-rot-gold wurden zum allgemein anerkannten Symbol des Strebens nach Freiheit und Einheit.

Ein Stein war ins Rollen gebracht, der nicht mehr aufzuhalten war. Die studentische Jugend, die Burschenschaften, stehen am Anfang unserer Freiheits- und Nationalbewegung in Deutschland. Sie haben Respekt und Anerkennung verdient. So wie auch heute alle Respekt und Anerkennung verdienen, die diese Tradition fortführen und sich eindeutig zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Sie gehören hierher. Ihr Festakt gehört hierher! Alle, die sich der Forderungen von damals bewußt sind und daraus ihre

Aufgaben für heute und für die Zukunft ableiten, gehören hierher.

Von einigen unbelehrbaren nationalistischen Abweichlern sollten wir uns, sollten Sie, der Convent Deutscher Akademikerverbände, der Convent Deutscher Korporationsverbände sich nicht irre machen lassen. Den ewig Gestrigen gehört die Zukunft nicht! Die schwarz-rot-goldenen Fahnen sowie die Losung von 1817 des Wartburgfests „Einheit und Freiheit“ überdauerten bis in das Jahr 1830, als die Pariser Julirevolution, die belgische Nationalrevolution und der polnische Unabhängigkeitskampf gegen die Fremdherrschaft des Zaren der deutschen National- und Freiheitsbewegung neuen Auftrieb gaben. Zumal hier in der Pfalz, bei den 1816 zu „Muß-Bayern“ gewordenen, selbstbewußten Rheinpfälzern, die dem revolutionären Frankreich angehört hatten und für die nun die relativ liberale bayerische Verfassung vom Mai 1818 galt.

Als die Speyerer Zeitung Anfang April 1832 zu einem „Verfassungsfest“ einlud, gaben sich Philipp Jacob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth, die Gründer des „Deutschen Preß- und Vaterlandsvereins“, nicht damit zufrieden, das Erreichte zu feiern. Ein Fest der Hoffnung und des Aufbruchs sollte es sein. Von ihnen angeführt, riefen sechs oppositionelle Zeitungen der Rheinpfalz dazu auf, „der Deutschen Mai“ zu feiern, und gaben dem Fest auf dem Hambacher Schloßberg die überregionale Ausrichtung.

Ein Querschnitt der Opposition aus den verschiedenen deutschen Staaten folgte dem Aufruf: Handels- und Bildungsbürger, Handwerker und Gesellen, Bauern und Winzer, Staatsbeamte und Intellektuelle, die studentische Jugend selbstverständlich, Burschenschafter – etwa dreihundert aus dem nahen Heidelberg, weitere von den Universitäten Bonn, Gießen, Freiburg, Tübingen, Würzburg und Jena. Selbst Frauen waren zugegen.

Frühmorgens am 27. Mai 1832 ging es vom Marktplatz vor der Neustädter Stiftskirche in langem Zug – Lieder singend – zur Ruine. „Ein wahrer Anmarsch zur Demokratie“, so Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 175. Jahrestag des Hambacher Fests. 300 Handwerksgesellen schmetterten den eigens von Siebenpfeiffer verfaßten Festgesang: „Hinauf Patrioten, zum Schloß, zum Schloß! ... Wir wollen uns gründen ein Vaterhaus / Und wollen der Freiheit es weihen.“ Ziemlich am Anfang des Zuges: die für ihren Freiheitskampf viel bejubelte polnische Gruppe mit der weiß-roten Fahne, etwas weiter dahinter die schwarz-rot-goldene mit der Aufschrift: „Deutschlands Wiedergeburt“.

Vier Tage lang, bis zum 30. Mai, wurden Reden gehalten und wurde debattiert – nicht nur ohne Handy, auch ohne Mikrophon. Manche Reden wurden mehrfach gehalten, damit sie alle hören konnten. Das Schloß fröhlich umlagert von der Menge der Teilnehmer. Auch an Weinfrohsinn fehlte es nicht.

Der 42jährige Siebenpfeiffer – Schüler Karl von Rottecks und der Tradition der Aufklärung verpflichtet – verspottet die kleinstaatlichen Landesverfassungen als lächerliche „Konstitutionen“ und fordert einen Gesamtstaat ohne Schlagbäume auf der Grundlage „gesetzlicher Freiheit“ und Volkssouveränität. Und das nicht allein für Deutschland, für alle Völker Europas: „Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, die unsere Nationalität und Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört!“

Johann Georg August Wirth – zehn Jahre jünger als Siebenpfeiffer, Hegelschüler, Erlanger Burschenschafter, der Landsmannschaft der Franken, des späteren Corps Franconia, erster Senior – nimmt den Faden auf, spricht von der „brüderlichen Vereinigung“ der Patrioten aller europäischen Nationen und verbindet die Losung von Einheit und Freiheit mit der Schaffung einer europäischen Friedensordnung: „Es ist einleuchtend, daß die Reform Deutschlands ... eine große gemeinschaftliche Angelegenheit aller Völker unseres Kontinents sei“, sagt er und schließt mit einer Vision von einem „conföderierten republikanischen Europa“. Bedenken Sie: Das war

nicht vor ein paar Tagen in Brüssel, das wurde vor 175 Jahren gesagt.

Es sind noch viele Reden gehalten worden. Theodor Heuss spricht 100 Jahre später von den „Bergreden der deutschen Einheit und Freiheit“ und kritisiert den mangelnden Realitätssinn der Hambacher. Wie sollten ihre Ziele erreicht werden? Wer konnte sie umsetzen? Gab es ausreichend klare Konzepte? Tatsächlich waren die konkreten Konsequenzen zunächst nur die Verhängung des Belagerungszustands über die Pfalz und – in ganz Deutschland – „Demagogenverfolgungen“. Auch Siebenpfeiffer und Wirth wurden bald nach dem Hambacher Fest verhaftet.

Am Ende aber – nach 1848, nach zwei furchtbaren Weltkriegen, nach dem Scheitern der Weimarer Republik, nach den Verbrechen der Nazis, nach der Herrschaft des Kommunismus über halb Europa – haben die großen Ziele der Hambacher triumphiert. Die friedliche Revolution von 1989 brachte die Freiheit für alle Deutschen und die Einheit der Nation. Ganz Deutschland wurde Teil der Europäischen Union. Der Maastricht-Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der letzte Schritt vor der Einführung einer europäischen Währung, wurde nur 14 Monate nach der deutschen Einheit im Dezember 1991 unterzeichnet.

Bismarck schien die deutsche Frage für die Deutschen zu lösen, aber nicht für seine europäischen Nachbarn. Seine Nachfolger haben das europäische Ziel deutscher Politik, zur Schaffung von Frieden und Stabilität in Europa beizutragen, gänzlich aus den Augen verloren. Der an Bevölkerung und Wirtschaftskraft wachsende deutsche Nationalstaat war ein „ruheloses Reich“, kein Garant für eine stabile europäische Ordnung. Die Idee der Selbstbehauptung der Nation steigerte sich zum imperialen Anspruch. „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“, war der kämpferische Ruf Kaiser Wilhelms II.

Als der Nationalstaat von 1871 ins Leben trat, gehörten Einheit und Freiheit nicht mehr selbstverständlich zusammen, sondern traten auseinander. Später, in der Weimarer Zeit, ist die Demokratie in Deutschland sogar in die vaterlandsfeindliche Ecke verwiesen worden, wurde angezweifelt und verhöhnt. Die erste nationale Demokratie in Deutschland scheiterte in einer Woge des Anti-Liberalismus und Anti-Parlamentarismus von Links und Rechts. Linksradikale und Rechtsradikale machten für eine Weile gemeinsame Sache.

Adolf Hitler hat den „Freiheitskampf des deutschen Volkes“ gegen die „Ideen von 1789“, die Ideen der französischen Revolution, proklamiert und damit das liberale Freiheitsverständnis auf den Kopf gestellt. Er hatte nur ein Ziel: seinen gewaltsamen Nationalismus. „Deutschland, Deutschland über alles“, so sang man. Sein Rassismus radikalisierte sich immer weiter. Er führte in die Katastrophe. Die nationale Einheit, die nationale Selbstbestimmung verwaisten. Der Begriff der Nation wurde durch den Nationalsozialismus – für viele bis heute – zum Unwort. Im Osten Deutschlands entstand unter der Vormachtstellung der Sowjetunion ein deutscher Teilstaat. Die Diktatur des Proletariats sollte die notwendige Vorstufe für den Eintritt in das „Reich der Freiheit“, den Kommunismus, sein.

Die Geschichte der deutschen Demokratie war für viele Jahrzehnte eine Leidensgeschichte mit Mißerfolgen und Rückschlägen. Aber der lange Leidensweg blieb nicht unfruchtbar: Katholiken haben im Kulturkampf gelitten. Sozialisten waren durch die Sozialistengesetze unterdrückt, Liberale mußten gegen Imperialismus und Nationalismus kämpfen. Deutsche Patrioten fanden sich in Kreisau zusammen und bezeugten am 20. Juli 1944 – gestern vor 63 Jahren –, daß es ein anderes Deutschland gab. Evangelische und katholische Christen haben erst im Feuerofen des Nationalsozialismus politisch zusammengefunden. Viele Demokraten haben in den Konzentrationslagern ihr Leben für ihre freiheitliche Gesinnung geopfert. Der 17. Juni 1953 wurde zu einem Volksaufstand gegen die SED-Diktatur – für Freiheit und Einheit. Wären nicht sowjetische Panzer aufgefahren, hätte sich der Freiheitswille der Deutschen in der DDR nicht erst 1989, sondern 1953 – 36 Jahre früher – Bahn gebrochen.

Aus diesem Kampf, aus dem Zeugnis, das Demokraten von 1832 bis 1945 im Westen und bis 1989 im Osten Deutschlands abgelegt haben, ist unsere heutige Demokratie erwachsen. Wartburg und Hambacher Schloß waren der Anfang, waren die ersten Stationen. Heute ist es unsere vornehmste Pflicht, das, was wir erworben haben, nicht zu gefährden, unsere Ordnung für die Zukunft zu sichern.

Deutschland war mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besiegt, war besetzt, in Zonen aufgeteilt. Niemand nahm mehr ein Stück Brot von uns. Schritt für Schritt wurden uns die Verbrechen, die von Deutschen in deutschem Namen begangen worden waren, bewußt. Der Kommunismus befand sich auf einem Siegeszug sondergleichen, wie Dominosteine fiel ihm ein ostmitteleuropäischer Staat nach dem anderen zum Opfer. Die Stoßrichtung war klar: Ganz Deutschland sollte kommunistisch werden. Der Widerspruch, daß die kommunistische Revolution im agrarischen Rußland nicht im industriellen Deutschland begonnen hatte, sollte korrigiert werden.

Dem setzten drei mutige Männer eine Idee entgegen. Drei Männer aus dem Grenzland, von dieser Grenzlanderfahrung geprägt: Robert Schuman, französischer Außenminister, in Luxemburg geboren, im Ersten Weltkrieg als Elsässer noch deutscher Reserveoffizier. Alcide De Gasperi, italienischer Ministerpräsident, im italienischen Trentino, das damals zum Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörte, geboren und darum noch Mitglied des österreichischen Reichsrates. Und Konrad Adenauer, der langjährige Oberbürgermeister des linksrheinischen Kölns, von der Erfahrung mit der „Erbfeindschaft“ zu Frankreich und der Besetzung des linken Rheinufers geprägt. Sie fanden zu einer Neuformulierung ihrer Politik. Vor 50 Jahren, 1957, unterzeichneten Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Deutschland die Römischen Verträge zur Gründung der europäischen Wirtschaftsunion gemeinsam mit den Benelux-Staaten. Die europäische Wirtschaftsunion sollte Ausgangspunkt, nicht Ziel sein.

Ihr geistiges Konzept: Verständigung und Versöhnung, Bewahrung der Freiheit für den freien Teil Europas, der Mensch sollte im Mittelpunkt stehen, nicht die Nation, nicht die Rasse. Adenauers Konzept war eindeutig: die Freiheit für den freien Teil Deutschlands bewahren, um damit eines Tages die Freiheit von ganz Deutschland zu erreichen – nicht Einheit in Unfreiheit. Voraussetzung dafür war die Partnerschaft mit den USA. Gesicherte Freiheit war für Europa nur mit den Vereinigten Staaten zu erreichen.

Hinzukommen mußte eine soziale Ordnung, die jedem Einzelnen die Chance zur Selbstverwirklichung eröffnete. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards und der Freiburger Schule als Voraussetzung für die innere Befriedung, als Voraussetzung, die Gesellschaft aktiv und verantwortlich mit gestalten zu können.

Hinzu kam – ganz im Geiste Hambachs, weder Kirchturmpartikularismus noch zentraler Einheitsstaat – eine föderale Ordnung zwischen Partikularismus und Zentralismus: Ein handlungsfähiger Gesamtstaat, aber die Macht mußte in Deutschland geteilt sein, sonst drohte erneute Gefahr. Eine Gewaltenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen war das Ziel.

Unsere föderale Ordnung ist mitunter sicherlich beschwerlich und sie kostet Zeit, aber sie beschränkt und kontrolliert die Macht und schützt und fördert die Freiheit. Außerdem nimmt sie den Nachbarn die Furcht vor Deutschland. Adenauer führte die Bundesrepublik nach Europa und in die NATO. Keine Schaukelpolitik wie zur Weimarer Zeit. Kein Nachgeben gegenüber Neutralitäts-Sehnsüchten. Erst die Einbindung in ein gemeinsames und freies Europa und in das atlantische Bündnis machte die Wiedervereinigung für unsere Nachbarn akzeptabel.

Daß die Botschaft von Hambach schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg triumphieren konnte ist kein Wunder und kein glücklicher Zufall, sondern die Folge grundlegender Wertentscheidungen und eines daraus entwickelten politischen Konzepts.



Und hier beginnt die Aufgabe, die wir – die Erben von Hambach – heute haben. Deutsche Politik muß stetig und verlässlich sein. Sie hat ihren festen Ort in der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft. Wir stehen auf der Seite der Freiheit, auf der Seite des Verfassungsstaats. Für Sonderwege ist in Deutschland kein Platz mehr. 1832 beim Hambacher Fest hieß es: „Ohne Polens Freiheit keine deutsche Freiheit, ohne Polens Freiheit kein dauerhafter Friede, kein Heil für die europäischen Völker.“ Das war das Lied deutscher Studenten jener Zeit. Sie haben Recht behalten: Das Europa des 21. Jahrhunderts begann auf der Danziger Leninwerft. Ohne Solidarnosc, ohne Männer wie Lech Walesa, wie Tadeusz Mazowiecki oder Wladyslaw Bartoszewski und viele andere, ohne die Wahl eines Polen zum Papst wäre es nicht zum Zusammenbruch der kommunistischen Welt gekommen.

Polen und die übrigen neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten haben immer zu Europa gehört. Sie sind zwangsweise von einer irrigen Ideologie von Europa ferngehalten worden. Heute kommen sie nicht als Bittsteller, und wir sollten sie mit Freude empfangen – gleich, was Einzelne im Alltag auch sagen mögen. Regierungen, Präsidenten wechseln, die Staaten bleiben bestehen. Deutsche und Franzosen sind Freunde geworden – ungläublich, aber wahr! Deutsche und Polen wollen Freunde sein, und niemand sollte an den Fundamenten der deutsch-polnischen Freundschaft rütteln.

Ich habe 1985 Ronald Reagan hier auf dem Hambacher Schloß empfangen. 10.000 junge Deutsche waren unsere Gäste. Ich habe 1998 Bill Clinton in Eisenach empfangen, Tausende waren dabei. Ohne die Verlässlichkeit und Freundschaft aller amerikanischen Präsidenten von Harry S. Truman bis George Bush sen. wäre die deutsche Einheit in Freiheit nicht zu erreichen gewesen.

Die Hambacher wollten Freiheit für alle unterdrückten Völker, sie dachten an die politischen Verhältnisse in den deutschen Einzelstaaten und bei vielen europäischen Nachbarn. Wir denken heute an Unterdrückung durch Tyrannei und Diktatur weltweit. Aber wir denken auch an die Unterdrückung durch Hunger und Not, eine der Quellen des aktuellen Terrorismus.

Wirth sprach von der Freiheit des Welthandels, wir müssen von der Globalisierung sprechen. Sich gegen sie zu wenden, sie abzulehnen, vor ihr die Augen zu verschließen, heißt gegen Windmühlen zu kämpfen. Wir müssen sie beherrschen, und die Politik muß Rahmenbedingungen setzen. Der Klimaschutz war für die Hambacher noch kein Thema, für uns muß er ein Thema sein, jedenfalls soweit wir, soweit der Mensch diesen Wandel bewirkt und folglich verhindern kann. Unsere Aufgaben für heute: die geschichtlichen und ethischen Grundlagen unseres Gemeinwesens begreifen und festigen.

Wir vertrauen auf den Menschen, auf seine unantastbare Einmaligkeit, auf seine Verpflichtung für den Anderen. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Niemand lebt für sich allein – niemand wird für sich allein geboren. Er erwartet Hilfe und er ist zur Hilfe bereit. Er braucht den Anderen, er braucht die Familie, den Verein, braucht zum Beispiel Ihre Gemeinschaft, die das Lebensbundprinzip kennt. Der Mensch braucht den Staat. Wir bekennen uns zu unserer Heimat, zu unserem Vaterland, aber eben auch zu Europa und zu seinen Quellen. Griechisch-römische Antike, Judentum und altes Testament, Christentum und neues Testament, die Aufklärung – das sind die Wurzeln der europäischen, nicht nur der deutschen Leitidee.

Unser Staat ist durch die Wiedervereinigung souverän geworden. Das heißt, wir sind erwachsen geworden, wir sind mitverantwortlich geworden. So bitter die Teilung Deutschlands auch war, wir hatten über Jahrzehnte einen Grund, uns zu entschuldigen, wenn irgendwo in der Welt Kohlen aus dem Feuer geholt werden mußten. Heute sind wir mitverantwortlich – unter Umständen auch am Horn von Afrika und am Hindukusch.

Die Forderungen der Hambacher sind Wirklichkeit geworden. Das ist Grund, sich zu freuen und zu feiern, aber es ist kein Grund, rückwärtsgewandt zu feiern. Der Auftrag von Hambach bleibt, und er ist in die Zukunft gerichtet. Es war der

Auftrag der Gründergeneration, nach dem Zweiten Weltkrieg die Bundesrepublik aufzubauen. Es ist der Auftrag der heutigen Generation, die Folgen der deutschen Teilung zu überwinden und das europäische Haus wetterfest zu machen. Es ist der Auftrag der jungen Generation von heute, das 21. Jahrhundert zu gestalten.

Die junge Generation von heute hat ihre Sorgen und Probleme, niemand soll sie kleinreden oder gar übersehen. Nur bedenken Sie bitte: Im Gegensatz zu früheren Generationen haben Sie alle die Chance, Ihr ganzes Leben zu leben und nicht mit 19, 20 oder 23 Jahren auf den Schlachtfeldern Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Polens oder eines anderen Landes einen frühen Tod zu sterben. Die 350.000 jungen Deutschen, die in und um Stalingrad gefallen sind, sind allein genug Begründung für Europa.

Der Geist von Hambach lebt. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihn für die Zukunft lebendig zu halten.

- „Philipp Jakob Siebenpfeiffer. Wegbereiter des Hambacher Festes. Aspekte einer politischen Biographie“, v. **Martin Baus**, Siebenpfeiffer-Stiftung Homburg/Saarpfalz; Vortrag beim BDIC - Korporationsverband an Deutschen Hochschulen, Parkhotel Landau, Samstag, 21. Juli 2007, 10 Uhr:

Auch wenn es im 175. Jubiläumsjahr des Hambacher Festes immer wieder den Anschein hat, so sei zu Beginn ausdrücklich darauf hingewiesen: Philipp Jakob Siebenpfeiffer war - wie übrigens nicht wenige der liberalen Wortführer - kein gebürtiger Pfälzer. Am 12. November 1789 genau, einem Donnerstag, wurde er geboren - nur allzu gerne nutzen Historiker wie Biografen dieses Geburtsdatum, um auf dessen ungeheure Symbolkraft hinzuweisen, was sich ja auch geradezu aufdrängt.

Das heute badische Lahr ist also Siebenpfeiffers Geburtsort. Die Stadt gehörte damals zum Fürstentum Nassau-Saarbrücken und war seit Jahrhunderten eine ausschließlich evangelische Stadt. Die Reformation hatte sich nach 1567 endgültig durchgesetzt, aus der Kapelle „Unserer lieben Frau“ war die „Stiftskirche“ geworden, die in späteren badischen Zeiten zum Dienstsitz des Dekans wurde.

Merkwürdig die Duplizität der Ereignisse: Anstelle des Siebenpfeifferschen Elternhauses befindet sich heute im Schatten der Stiftskirche ein Gebäude, in dem die evangelische Kirchengemeinde und das Dekanat untergebracht sind. In Homburg befinden sich auf dem Standort des 1962 abgerissenen Siebenpfeifferschen Domizils und Dienstsitzes die evangelische Kirchengemeinde und die Verwaltung des Dekanates Homburg. Zufall?

Sein Großvater Johann Theobald war von Saarbrücken aus 1754 nach Lahr gekommen, wo er sich nicht nur einheiratete, sondern auch noch „Meßner“, also Kirchendiener, an besagter Stiftskirche wurde. Genealogen verfolgten die Wurzeln der Familie in Saarbrücken und Umland zurück bis in das erste Viertel des 17. Jahrhunderts. Während der Name auf eine Tätigkeit im Bergbau - was auch sonst im Saarland - schließen läßt, waren sämtliche namentlich bekannten Vorfahren im Schneiderhandwerk zu Hause - so auch sein Großvater, der als Geselle nach Lahr übersiedelte. Er heiratete die Tochter eines eingesessenen Schneidermeisters und wurde dann selber einer. Es verwundert nicht, daß dieses Metier auch in der nächsten Generation ausgeübt wurde. Und so wäre denn der Lebensweg mit Nadel und Faden auch für unseren Freiheitshelden vorgezeichnet gewesen. Daß es anders gekommen ist, liegt an tragischen Ereignissen. Auf den Tag genau an seinem 10. Geburtstag starb sein Vater, und vier Wochen später, am 12. Dezember 1799, starb auch seine Mutter. Er wuchs fortan in der Familie seiner Tante Catharina Salome auf, die mit dem Schneidermeister - was sonst - Christian Rost verheiratet war und die sechs eigene Kinder hatte.

Von Philipp Jakob Siebenpfeiffer haben sich kaum Äußerungen zu dieser Zeit überliefert, und auch über sein Verhältnis zur Verwandtschaft späterhin finden sich keine Hinweise. Einzig Bemerkungen, die er drei Jahrzehnte später in

seiner Zeitschrift „Rheinbayern“ veröffentlichte, geben einen kleinen Einblick: „Ich kenne jemand“, schreibt er und meint zweifelsohne sich selbst, „Ich kenne jemand, den man als Schüler im Zuge zur Kirche nöthigte; seither muß er immer einen ordentlichen Anlauf nehmen, um den damals erregten Widerwillen zu überwinden“.

Sein Fazit aus dieser persönlichen Erfahrung: „Unter allen Umständen aber bleibt der Satz stehen: daß aller Zwang in geistigen Dingen nichts taugt. Gelingt es vorerst nur, ernstes Nachdenken über die Sache zu erregen, so wird die Wahrheit durchbrechen, welchen Damm auch Gewohnheit und Vorurtheil entgegengesetzt mögen“.

Aber zurück zu Siebenpfeiffers Sozialisation: Philipp Jakob Siebenpfeiffer junior absolvierte nach der Lateinschule das Lahrer „Pädagogium“, das er im Oktober 1805 erfolgreich abschloß. „Dürftigkeit“ verhinderte den Besuch des Gymnasiums, weil er gezwungen war, einen „Brotberuf“ zu ergreifen. Er fand ihn beim Oberamt der Heimatstadt, wo er als 'approbirtor Scribent' arbeitete und sich zum 'Actuar' hoch diente“.

1808 wechselte er nach Freiburg, wo er auf dem Finanzamt als „Berains-Commissaire“ angestellt wurde. Die Erneuerung der Bodenzinsbücher war seine Aufgabe. Glücklicherweise wurde Siebenpfeiffer mit diesem Bürojob nicht, an der Arbeitsmoral der Beamten ließ er kein gutes Haar: „Es sind Bürschlein, denen der Pflug zu schwer, die Nadel zu leicht, der Hobel zu scharf, die Ahl zu spitz ist“. 1809 wechselte er zur Freiburger Universität, um Jura zu studieren. Dort traf er mit zwei Persönlichkeiten zusammen, die seinen weiteren Werdegang nun ganz entscheidend beeinflussen sollten: Carl von Rotteck und Joseph Maria Weissegger von Weißeneck.

Während die liberalen Auffassungen des ersten Gelehrten, der ihn sogar bei sich aufnahm, seine Weltanschauung nachhaltig prägen sollten und beide eine lange und innige Freundschaft verband, wurde der zweite Freiburger Professor nicht nur sein Doktor-, sondern auch sein Schwiegervater: 1814 heiratete er dessen Tochter Emilie. Zur Promotion hatte Siebenpfeiffer, wie damals üblich, keine schriftliche Arbeit einzureichen. Stattdessen hatte der „Rechtscandidat aus Lahr“ 1813 an der „Albertinischen hohen Schule zu Freyburg im Breisgau“ „Sätze des Rechts und aus den politischen Wissenschaften“ „zur Erlangung der Doctorwürde öffentlich zu verteidigen. Zu Fragen der philosophischen Rechtslehre, zum römisch-bürgerlichen Recht oder zum „Deutschen Gemeinden Privatrecht“ hatte er ebenso Stellung zu nehmen wie zum Kirchenrecht oder zum Lehenrecht. Auch politische Wissenschaften standen auf dem Prüfungsplan. Und in dieser Kategorie hatte Siebenpfeiffer auch folgenden Satz zu erörtern: „So groß die Nachtheile einer unbeschränkten Preßfreyheit auch sein mögen, so wenig ist eine ä n g s t l i c h e Büchercensur die Maxime einer liberalen Regierung“. Die Antwort des Examenscandidaten hat sich leider nicht erhalten, sie wäre aus historischer Perspektive und im biographischen Kontext sicherlich nicht uninteressant.

Mit dem Dokortitel in der Tasche stand Siebenpfeiffer der Sinn nach einer akademischen Laufbahn, weswegen er sich auf eine Dozentenstelle an der Freiburger Universität bewarb. Diese wurde freilich mit der Begründung abgelehnt, er sei ohne Vermögen und von daher auf Alimentierung angewiesen.

Zu erwähnen ist außerdem - nunmehr aus der historischen Perspektive überraschend, aber durchaus dem Zeitgeist entsprechend - seine Antipathie Napoleon gegenüber. Nachdem er sich bereits 1806 einem „Bund gegen die Tyrannenherrschaft Napoleons“ angeschlossen hatte, äußerte er sich am 6. Februar 1814 in einem Brief an Rotteck ganz euphorisch über den Untergang der napoleonischen Herrschaft: „Euer Hochwohlgebohrn / theile ich in der Anlage ganz zitternd vor Freude die officiële Nachricht mit von dem großen von den Alliierten erfochtenen Siege“. Und einige Zeilen weiter: „Freuen sie sich mit mir, wie alle guten Deutschen - Fluch den Napoleonien!“.

Wie Siebenpfeiffer diese Sätze wohl retrospektiv beurteilt hätte? Schließlich sollte er zum, ja, kompromißlosen Verfechter des von Napoleon institutionalisierten französischen Rechtes werden,

und schließlich betonte er fast nimmermüde den stets aus Frankreich in die deutschen Lande wehenden Wind der Freiheit.

Zunächst aber profitierte Siebenpfeiffer nicht unerheblich von den neuen Verhältnissen. Im Januar 1814 trat er eine Stelle beim „österreichischen Generalgouvernement in Colmar an, einer Art Besatzungsbehörde im Oberelsaß. Es folgte nun eine regelrechte Odyssee, in deren Verlauf er in den folgenden vier Jahren zahlreiche Verwaltungstätigkeiten in Diensten der bayerisch-österreichischen Landesadministration ausübte. Colmar, Kreuznach, Trier und Ottweiler, Landau, Speyer, Frankenthal waren die Stationen seines Nomadendaseins als Verwaltungsbeamter, das ihn 1818 endlich nach Homburg führte. Der Rheinkreis war in ein Dutzend „Landcommissariate“ eingeteilt worden, und Siebenpfeiffer wurde jenes an der Grenze zu Preußen zugeteilt.

Zuständig war er für 79 Gemeinden, die rund 40.000 Einwohner zählten. Die erste Hälfte seiner Amtszeit war geprägt durch eine erste Stabilisierung nach den Umwälzungen und Kriegen infolge der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft, zumal die Folgen der so genannten „Freiheitskriege“ nach wie vor latent waren. Krisen wie etwa Mißernten, Hungersnöte, Epidemien sowie nicht zuletzt die Rezession der Wirtschaft veranlaßten ihn, bei der Regierung des Rheinkreises um Unterstützung und Gegenmaßnahmen nachzusuchen. Er scheute sich auch nicht, direkt bei den beiden bayerischen Regenten seiner Amtszeit, Max I. Joseph (bis 1825) und Ludwig I., auf Reformen zu drängen, zumal „hausgemachte“ Probleme wie Zollbestimmungen oder die maßlose Ahndung der Forstvergehen die Krisen verschärften. Siebenpfeiffer selbst setzte Akzente im flächendeckenden Neubau von Schulen, im Ausbau der Verkehrswege und in der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Und er publizierte: 1818 eine Art Bestandsaufnahme unter dem Titel „Über Gemeindegüter und Gemeindefschulden“, 1823 erschien das nicht minder aus eigenen Erfahrungen und eigener Praxis motivierte Buch „Über die Frage unserer Zeit in Beziehung auf Gerechtigkeitspflege“.

Auch aber auf schöngestem Terrain versuchte sich der Landcommissär mit der Feder. „Baden-Baden oder Rudolph und Helmina“ nannte er sein voluminöses „Episches Gedicht in zwölf Gesängen“, das bei Georg Ritter in Zweibrücken erschien: eine Reisebeschreibung, durchwoben von einer Verwechslungsromanze zweier Liebespärchen, die sich in Baden abspielt und in der autobiografische Ansätze ebenso wenig verkennbar sind wie eine gehörige Portion Heimweh. Nicht zu überhören sind auf den 445 Seiten aber auch Untertöne der Resignation. Die Veränderung und Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die sich Siebenpfeiffer aufs Papier geschrieben hatte, kamen schließlich nicht von der Stelle, sein eigenes Engagement in dieser Hinsicht sah er ohne greifbare Erfolge, ohne Fortschritte. Hatte er schon 1821 in einem Anflug von Frustration an Rotteck geschrieben: „Was liegt der Welt an den Erzeugnissen des Westrich ?“, hatte er 1823 hinzu gefügt: „Mein Herz ist trocken“, so deutete sich in seinem lyrischen Debüt aber erstmals auch der Oppositionelle Siebenpfeiffer an: „Krank der Adel, es bäumt sich der Esel, worauf er geritten“ oder „Krank auch mancher Regent aus Furcht vor dem Fieber der Freiheit“, heißt es an einer Stelle beispielsweise. Gleichwohl kommt die so artikulierte Kritik über den Ansatz nicht hinaus. Vielmehr ist es die biedermeierliche Betonung des Privatlebens und der Glücksfindung im persönlichen Bereich, von denen die Verse dominiert werden und die auch Siebenpfeiffers folgende Homburger Jahre wesentlich prägen sollten.

Mit zu diesem Schritt beigetragen haben mag wohl auch der Nachwuchs, der sich bei Siebenpfeiffers einstellte. Am 19. Juli 1826 wurde die Tochter Cornelia geboren, und zur Taufe stifteten die Eltern der Protestantischen Kirche eine bis heute erhaltene Patene, eine silberne Schale, auf der der Name des Kindes und als Taufdatum der 13. September 1826 eingraviert sind. Zur evangelischen Kirche hatte Siebenpfeiffer ohnehin ein

enges Verhältnis, war er doch schon 1821 Mitglied der Synode der pfälzischen Landeskirche. Mit Carl Gottfried Weber, dem Homburger Dekan und Stadtpfarrer, war er eng befreundet - im Gegensatz zu dessen katholischem Kollegen Johann Jackel, zu dem er zeit seiner zwölfjährigen Amtszeit und noch darüber hinaus eine erbitterte Feindschaft pflegte. Wenn sich irgend die Möglichkeit der Auseinandersetzung bot, geriet er sich in die Haare mit dem Geistlichen, den er einmal als „dummen Bauer und Jesuitendiener“ titulierte.

Vor dem Hintergrund dieses Konflikts sind auch die ersten persönlichen Kontakte zwischen Siebenpfeiffer und Friedrich Schüler belegt. Wann immer in den 1820er Jahren Siebenpfeiffer in einen Rechtsstreit verwickelt war - und das war nicht selten der Fall - wurde er von dem Zweibrücken Advokaten vor Gericht vertreten. Schüler wurde bekanntlich 1831 zum Wortführer der radikalen Opposition im Münchener Landtag und stand 1832 an der Spitze des Pressvereins. Auch 1848/49, in der Paulskirche und in der Pfälzischen Revolution, spielte der gebürtige Bergzaberner eine wichtige Rolle - aber das wäre ein eigener Vortrag.

Zurück zu Siebenpfeiffer: Abgesehen von diesem Kleinkrieg mit dem katholischen Pfarrer präsentierte sich der königlich-bayerische Landcommissär als loyaler Diener seines Herrn, revolutionäre Ambitionen waren bei dem Homburger Landcommissär, der 1827 zu den Gründern des „Central-Musikvereins der Pfalz“ in Kaiserslautern zählte, nicht auszumachen. Auch dazu ein kleiner Exkurs: Als eine Art Lokalberichterstatte rührte er für diese Organisation, die nach seinen Worten von nur „einigen wenigen Musikfreunden“ aus der Taufe gehoben wurde, eifrig die Werbetrommel: „Auf denn, ihr Trefflichen, denen die schöne Gabe der Töne verliehen, dränget herbey, schließt euch an die Ortsvereine an und übet mit frischem Muth, mit unermüdlicher Ausdauer die herrlichen Musikstücke, welche bestimmt sind, einen neuen Beweis eurer Anstrengungen, eurer Liebe zur Musik, dieser freunlichsten Begleiterin des Lebens aufzustellen! Die Tage, die zur Einübung noch offen, sind gezählt. Auf, säumet nicht, im Reich der Töne kann nicht der Letzte der Erste werden“. Nicht minder voll des schwülstigen Zeitgeistes waren die Gedichte aus seiner eigenen Feder, beispielsweise als der bayerische König Ludwig I. im Sommer 1829 auf Visite in der Pfalz weilte und dabei auch in Siebenpfeiffers Zuständigkeitsbereich Station machte, hatte dieser auf das Königspaar eigens Lobgedichte verfaßt. Freilich brodelte es unter der Oberfläche schon merklich, zumal Siebenpfeiffer unverrichteter Dinge mit der Zensur Bekanntschaft gemacht hatte. Unter Pseudonym hatte er für das offiziöse Blatt „Inland“ mehrere Artikel verfaßt. Während jene, in denen er sich über Ackerbau und Viehzucht ausließ, wenigstens noch abgedruckt wurden, blieben seine politischen Forderungen - die er zuvor schon in Briefen an den bayerischen König und seine Behörden artikuliert hatte und die ohne Reaktion geblieben waren - außen vor. Als dann mit der Julirevolution des Jahres 1830 der Wind der Freiheit erneut von Frankreich herüberwehen zu schien, platzte ihm sozusagen der Kragen.

Nun setzte er seinen schon länger gefaßten Plan um, mit journalistischen Mitteln die Mißstände anzuprangern. Im Herbst 1830 erschien die Erstausgabe seiner Zeitschrift „Rheinbayern“, in der unter der scheinbar loyalen Überschrift „Nur keine Revolution in Deutschland“ die Dinge beim Namen genannt wurden. Siebenpfeiffer wurde sofort von seinem Amt als Landcommissär suspendiert; die Versetzung in das schwäbische Kaisheim, wo er als Zuchthausdirektor arbeiten sollte, lehnte er ab. Stattdessen setzte er nun alles auf die journalistische Karte, bot mit seinen Blättern „Rheinbayern“ und „Der Bote aus Westen“ der erstarkenden liberalen Opposition in der Pfalz wirkungsvolle Sprachrohre. Siebenpfeiffer war es außerdem, der es dem Münchener Journalisten Johann Georg August Wirth schmackhaft machte, in die Westpfalz umzusiedeln. Von Homburg aus sollte dieser seine „Deutsche Tribune“ unter dem Schutz der Rheinischen Institutionen unbehelligt von der Bayerischen Regierung und ihrer Zensur

produzieren können. Die Erstausgabe dieses wichtigsten Blattes der liberalen Opposition in Deutschland erschien in Homburg am 1. Januar 1832. Zum gleichen Zeitpunkt verließ Siebenpfeiffer Zweibrücken, um sich im ostpfälzischen Oggersheim niederzulassen und von dort aus seine nunmehr in „Westbote“ umbenannte Zeitung herauszugeben. „Rheinbayern“ erschien nun unter dem Titel „Deutschland“ - mithin ein Signal dafür, daß Siebenpfeiffer seinen Wirkungskreis nun nicht mehr allein auf die Pfalz beschränkt sehen wollte. Stets war der Kampf für „Preßfreiheit“ Thema in seinen Zeitungen und Artikeln, wie ein roter Faden zieht sich das kompromißlose Engagement für die Freiheit der Presse durch die verschiedenen Publikationen - seien es die Zeitungen, seien es die „Flugschriften“, die im Falle der Zensur als Ausweichmedium dienten. Damit sie sich einmal ein genaueres Bild über die politischen Ansichten Siebenpfeiffers machen können, möchte ich Ihnen hier und jetzt einige Sätze aus seiner Feder zitieren und diese einfach unkommentiert und assoziativ im Raum stehen zu lassen. Sie können sie gerne auf der verteilten „Flugschrift“ mitlesen.

„Ihr meint, Ihr wüßtet was eine Zeitung sey; aber mit Erlaubniß, Ihr wißt es nicht; denn was Ihr bisher dafür gehalten, ist wenig besser als Löschpapier, wie Ihr es eine Viertelstunde nachher auch selbst ansieht. Eine Zeitung, das heißt eine Zeitung, wie sie seyn soll, ist die Zunge der Zeit.“ (Aus: Westbote, 12. März 1831, „Was ist eine Zeitung?“)

„... aber das vermag sie [ gemeint ist „eine Zeitung“ ], daß sie den Leser auf den rechten Standpunkt stellt, um das unendliche Getriebe der Zeit zu überblicken; daß sie des Lesers geistiges Auge schärft, um den über dem Getriebe schwebenden Zeitgeist zu erschauen; sie soll des Lesers Ohr üben, um des Geistes Stimme zu vernehmen; sie soll es Lesers Gemüth bereiten, damit die Lichtfunken der Wahrheit in ihm zünden.“ (Aus: Der Bote aus Westen, 12. März 1831, „Was ist eine Zeitung?“)

„Leser, welche das Treiben der politischen Parteien nicht genau kennen, müssen nothwendig zuweilen irreführt werden, besonders da die gewöhnlichen Zeitungen so wenig Werth auf Auswahl und Wahrhaftigkeit zu legen scheinen und jedes Gerücht auftischen.“ (Aus: Der Bote aus Westen, 12. März 1831)

„Wenn Jemand so ganz unbefangen wäre, wenn etwa ein Mondbewohner herabsteigen und einen flüchtigen Augenschein nehmen könnte: was würde er sagen? Würde er nicht in naiver Weise fragen können, warum denn gerade ein Krieg nothwendig erscheine? - Mein Gott warum? Als wenn überhaupt der Krieg ein Nothwendigkeit wäre, als wenn ein Krieg blos aus vernünftigen Gründen unternommen werden müßte, als wenn die Geschichte nicht unzählige Fälle aufwürfe, wo ein Zufall, eine Laune, eine bloße Liebhaberei jene Duelle im Großen herbeigeführt hat, welche man Kriege nennt!“ (Aus: Rheinbayern, Dritter Band, Erstes Heft, „Deutschland und der Krieg“, Zweibrücken 1831, S. 23/24)

„Sind die Lehren der Vergangenheit schon vergessen? Vergessen, daß der Krieg die Freiheit nicht fördern, sondern sie aufhalten, wohl gar rückwärts drängen kann? - Nein, nicht die Freiheit verlangt den Krieg!“ (Aus: Rheinbayern, Dritter Band, Erstes Heft, „Deutschland und der Krieg“, Zweibrücken 1831, S. 37/38)

„... Wie unendlich hat war der vorige Winter! Was blieb den Armen übrig, wenn sie nicht erfrieren und verhungern wollten? Keinerlei Hülfe brachte der Staat, unzählige Forstfrevel wurden begangen, und jetzt, jetzt! treibt man wie gesagt, mit unmenschlicher Härte die Strafen ein, welche anderwärts in Masse niedergeschlagen werden. Wo nichts, gar nichts herauszupressen ist, tritt Gefängnisstrafe ein, wenn der Frevler nicht freiwillig zur Arbeit sich erbiethet. Gefängnisstrafen aber achtet der größte Theil dieser Leute nicht: sie finden ein warmes Zimmer, Strohlager, eine nahrhafte Suppe, was sie ja zu Hause nur oft entbehren müssen. Damit wächst dem Lande eine große Ausgabe zu, worüber sich der Landrath schon mehrmals beschwert hat, Arbeit! Arbeit! rufen wir bei jeder Gelegenheit; Arbeit ist des Menschen erstes Bedürfniß. Wie leicht sind

Waldkulturen, Gemeindegewege etc. zu solchem Zwecke zu verwenden. Aber man muß wollen, ernstlich wollen, und daran fehlt es leider. (Aus: Rheinbayern, Erster Band, Erstes Heft, „Was Noth thut“, Zweibrücken 1830, S. 20/21)

„Der Pfälzer pflanzt hauptsächlich Waizen, Roggen, Spelz, Tabak und Wein, alles im Ueberfluß und von vorzüglicher Güte. Leider ist nur der Absatz in die benachbarten Länder gehemmt, was jedoch, Dank den Bemühungen unserer weisen Staatsregierung, sich hoffentlich bald heben wird. Jenseits des Hardgebirges, in der Gegend von Kaiserslautern und Zweibrücken, werden hauptsächlich nur Roggen und Kartoffeln gepflanzt, welche letzteren fast die einzige Nahrung von drey Viertheilen der Bevölkerung ausmachen. Darauf und auf den zahlreichen Wieswachs gründet sich aber eine starke Viehzucht. An den Ufern nämlich der kleinen Flüsse Glan und Bließ wüchsen sich herrliche Wiesenthäler hin, welche das feinste und üppigste Futter geben. Der Ertrag davon ließe sich theilweise noch verdoppeln und verdreyfachen, wenn jene Fließchen geradegestochen und Bewässerungsanstalten eingerichtet würden. (Aus: Das Inland, Nr., 136, 16.5.1829)

„Der Zeitungsschreiber ist freilich übel dran, allein er mußte zum Voraus wissen, daß er auf keinem Rosenbette schlummert, sondern eine dornenvolle und holperige Bahn wandelt, und er darf gewiß seyn, so oft er auch seinen Fuß an einen Stein stoße, so oft er sich an den Dornen ritze, wird die eine oder andere Partei sich freuen; allein, sofern er redlich ist, geht er unverrückt seines Weges, schaut nicht links, nicht rechts, sondern gerade auf sein Ziel, welches kein anderes ist als die Wahrheit, soweit er sie zu erfassen vermag.“ (Aus: Der Bote aus Westen, 18. Juni 1831)

„Der schönste Schauplatz für die Thätigkeit des Bürgermuths ist zuweilen das hohe Staatsamt, welches in Freistaaten das Talent, die Tugend, der patriotische Eifer oder die Volksgunst ausgezeichneten Bürgern anweist oder welches in Monarchien die Geburt, das Ansehen oder die Gunst der Fürsten gibt. Auf so hoher Stelle verliert der Mensch gleichsam seine Persönlichkeit, er gehört nicht mehr sich selbst an. Macht und Ehre sind für nicht ein Gnadengeschenk, sondern ein Vertrag, der ihn leitet. Er gibt dafür sich selbst hin; die Feinde des Staates sind seine eignen; nur auf Wahrheit und Recht, auf das Wohl der Gesamtheit bedacht, weist er jede Verletzung derselben zurück, woher immer sie kommen. Diese Rolle ist groß und beschwerlich, nur die höchsten Charaktere sind ihr gewachsen. Aber alle diese Opfer belohnt das Bewußtsein und der Nachruhm.“ (Aus: Bürgermuth, 1832, S. 6)

„Die Freiheit ist ein Instrument, das in den Händen der Unwissenheit den Besitzer leicht verletzt, in der Hand der Schlechtigkeit eine Waffe der Unterjochung, in der Hand der Weisheit zum Zauberstab des Glückes wird.“ (Aus: Rheinbayern, Bd. 1, 1830, S. 254)

Die Entwicklung eskalierte, als unter federführender Mitwirkung Siebenpfeiffers am 29. Januar 1832 in Zweibrücken der „Pressverein“ gegründet wurde. In kurzer Zeit dehnte sich diese politische Organisation über ganz Deutschland aus, rund 5000 Menschen traten ihr bei. Selbst in Paris fanden die Ziele des Vereins große Resonanz, Emigranten wie die Schriftsteller Heinrich Heine und Ludwig Börne verfolgten die Ereignisse im Raum Homburg/Zweibrücken mit großer Spannung. Die zahlreichen „Festbankette“, die von der liberalen Bewegung speziell in der ersten Hälfte 1832 gefeiert wurden - unter dem Deckmantel der Geselligkeit bestand allein die Möglichkeit, sich politisch zu artikulieren und zu organisieren - , ließen die Idee eines großen „Nationalfestes“ reifen.

Siebenpfeiffer war der erste, der in diese Richtung dachte. Überwältigt von der Resonanz, die der Aufruf zur Teilnahme am Festbankett auf den 29. Januar 1832 binnen kurzer Zeit gefunden hatte, formulierte er in seinem „Westboten“ die Idee, angesichts des Zuspruchs doch ein ähnliches Fest für die gesamte Pfalz zu feiern. Freilich brachte er als Schauplatz desselben noch nicht das Hambacher Schloß ins Gespräch. Vielmehr plädierte er dafür, „daß die Patrioten des Kreises zu einem gemeinsamen Mahle, und zwar in der Stadt Kaisers-

lautern als dem Mittelpunkt (der Pfalz), sich vereinigen sollten“. Damit war die Idee des der Großdemonstration nun zum ersten Mal öffentlich geäußert und verbreitet.

Es kam schließlich Ende Mai auf der Hambacher Schloßruine zu der machtvollen, letztendlich aber wirkungslosen Kundgebung. Auf bis zu 30.000 wird die Zahl der Teilnehmer geschätzt, in zahlreichen Reden wurden, mehr oder weniger radikal, Freiheit, Demokratie, ein deutscher Nationalstaat oder auch ein vereinigt demokratisches Europa gefordert. In seiner Rede komprimierte Siebenpfeiffer seine politischen Vorstellungen in ungemein brillanter Rhetorik, die in ihrem Duktus vergleichbar ist mit der Bergpredigt.

Seine Ideale, seine Ziele projizierte Siebenpfeiffer im gleichen Stil in eine Zukunft, in der die liberalen Forderungen und Vorstellungen Wirklichkeit geworden sind. Er reihte Sätze wie: „Es wird kommen der Tag, wo das deutsche Weib nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers unseren Söhnen und Töchtern schon als stammelnden Säuglingen die Freiheit einflößt“, oder „Es wird kommen der Tag, wo der Bürger nicht in höriger Unterthänigkeit den Launen des Herrschers und seiner knechtischen Diener, sondern dem Gesetze gehorcht und auf den Tafeln des Gesetzes den eigenen Willen liest und im Richter den frei erwählten Mann seines Vertrauens erblickt“. Siebenpfeiffer, dessen Ansprache die erste mit politischen Inhalten war, gipfelte in dem emphatischen Ausruf:

„Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland - Volkshoheit - Völkerbund - hoch!

Die Redner, die Wortführer, die untereinander schon vor dem Hambacher Fest zerstritten waren, kamen in einer nachbereitenden Sitzung zu keinem Ergebnis, was die weitere Vorgehensweise anbelangt. „Jeder solle auf eigene Faust handeln“, war die einzig greifbare Devise, die ausgegeben wurde. Das Fehlen einer konzertierten Strategie ließ der Obrigkeit viel Spielraum zum Eingreifen.

In den folgenden Wochen wurden die Redner der Reihe nach verhaftet, nur wenigen - wie etwa Friedrich Schüler und Joseph Savoye, den beiden Pressvereinsvorsitzenden - gelang die Flucht ins sichere Ausland. Am 18. Juni 1832 wurde Siebenpfeiffer in Haardt festgenommen, mehr als ein Jahr später begann hier in Landau der spektakuläre Assisenprozeß gegen die Hambacher Akteure. Ursprünglich waren 27 Personen angeklagt, von denen schließlich 13 nach fast vierzehnmönatiger Untersuchungshaft vor Gericht gestellt wurden. Eigentlich hätte Zweibrücken als Standort des Appellationshofes Schauplatz des Verfahrens sein müssen. Die Regierung verlegte die Verhandlungen aber in die Festungsstadt Landau. Hier sollte die starke Präsenz des Militärs einen störungsfreien Verlauf garantieren - Unruhen wurden also befürchtet.

Tatsächlich kam es während der Gerichtssitzungen zu einigen Vorfällen. So wurden im Rheinkreis an verschiedenen Orten wieder Freiheitsbäume gesetzt, die teilweise verbunden mit Tumulten verbunden waren.

Die Verhandlung dauerte vom 29. Juli bis 16. August 1833. Sie fand im Saal des Gasthauses „Zum Schwanen“ statt, der jeden Tag mit Zuschauern überfüllt war. Vor diesem Publikum hatten die Angeklagten Gelegenheit, in den Verhören und vor allem in ihren Verteidigungsreden ihre politischen Ziele in aller Ausführlichkeit darzustellen.

Am Ende des Prozesses stand der sensationelle Freispruch durch das Geschworenengericht, was für die Angeklagten aber nicht in jedem Fall auch Freiheit bedeutete.

Siebenpfeiffer wurde dem Zuchtpolizeigericht Frankenthal überstellt, das ihn wegen „Beamtenbeleidigung“ zu zwei Jahren Haft verurteilte.

Im November 1833 brach er aus seiner „Verwahrnalt“ aus und flüchtete, unterstützt durch zahlreiche Helfershelfer, über die Südpfalz nach Weißenburg ins nördliche Elsaß, wo er zunächst eine Verletzung auskurierte. Einige Wochen später siedelte er in die Schweiz über, wo er den Rest seines Lebens verbringen sollte.



1834 erschien sein erstes im Asyl verfaßtes Werk: Unter dem Titel „Ideen zu einer Grundreform der Erziehungs- und Unterrichtsanstalten“ faßte er ganz entsprechend der früher veröffentlichten Ansichten über Pädagogik zusammen, wie er sich die Ausbildung des mündigen Staatsbürgers vorstellte - auf der Grundlage der Aufklärung eben und mit einem Höchstmaß an Freiheit. Politisch trat er fortan nicht mehr in Erscheinung. Noch im gleichen Jahr erhielt er eine Professur für

Staatswissenschaften an der Universität Bern, die er bis 1840 ausübte: Ihm wurde der Posten eines „Ersten Sekretärs“ beim Justizdepartement übertragen, eine Tätigkeit, die er freilich nur noch kurze Zeit ausüben konnte. Im Frühjahr 1842 wurde er in die Irrenanstalt von Bümplitz bei Bern überstellt, nachdem er im März in Freiburg orientierungslos herumirrend aufgegriffen worden war. Am 14. Mai 1845 starb Siebenpfeiffer in dieser für damalige Verhältnisse sehr fortschrittlichen Nervenklinik.

### Termine

2007		
<b>Oktober</b>	2.	Interkorporative Kneipe, <b>Karlsruhe</b> , 20 Uhr im Badischen Brauhaus, Stephaniestraße, Weimbrennerstube, <a href="http://www.studentenkultur.org/inter-kneipe.htm">www.studentenkultur.org/inter-kneipe.htm</a>
	5. – 7.	Deutsche Studentenhistorikertagung <b>Gießen</b>
	11. – 12.	„Hochschulen und außeruniversitäre Forschung unter Reformdruck“, Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung <b>Speyer</b> (FÖV), <a href="http://www.foev.speyer.de">www.foev.speyer.de</a>
	15. – 18.	Deutsche Kulturtag, Univ. Oppeln (u. a. Vorträge der Collegium Civitas, Ausstellung des VDH Oppeln) <a href="mailto:vdh-oppeln@gmx.net">vdh-oppeln@gmx.net</a>
	19./20.	EINSTIEG Abi <b>München</b>
	19. – 21.	VVDSt-Straßburgtagung in <b>Kärnten</b> <a href="mailto:strassburgtagung07@gmx.at">strassburgtagung07@gmx.at</a>
	20.	190. Wiederkehr des Wartburgfests der Deutschen Burschenschaft, Wartburg bei <b>Eisenach</b>
	22.	DHV-Symposium: Die Hochschule als Unternehmen. Wissenschaftszentrum, <b>Bonn</b> , <a href="http://www.hochschulverband.de/cms/index.php?id=253">www.hochschulverband.de/cms/index.php?id=253</a>
<b>November</b>	3. – 4.	11. Österreichischer Gildentag, <b>Attersee</b>
	9.	Freundschaftskommers der Altakademiker-Verbände Hannovers, Ort: B. Teutonia <b>Hannover</b> , veranzt. v. NeueDB, 20 Uhr
	9./10.	Hochschulgespräch des CV-Bildungsforums in Kooperation mit Konrad-Adenauer-Stiftung, <b>St. Augustin</b> : Akzeptanz und Relevanz? – Geisteswissenschaften in Deutschland, <a href="mailto:sekretariat@cartellverband.de">sekretariat@cartellverband.de</a>
	10.	Generalconvent der SVSt mit der Schweizerischen Studentenhistorikertagung in <b>Bern</b> Nacht der Wissenschaft, Universität <b>Mannheim</b>
	14. – 18.	EKV-Straßburgtage, <b>Straßburg/Elsaß</b> , <a href="mailto:praesident@ekv.info">praesident@ekv.info</a>
	17.	CDA-Herbstkonvent in <b>Würzburg</b>
	17. – 18.	„Europa – Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Seminar-Wochenende mit Besichtigung des Europa-Parlamentes in Straßburg), B. Arminia Karlsruhe/NeueDB
	30.	Ledersprung an der Univ. <b>Leoben</b>
<b>Dezember</b>	14. – 16.	Thomastag in <b>Nürnberg</b>
2008		
<b>Januar</b>	12.	Übergabekneipe des Vorsitizes der NeuenDB, Ort: B. Arminia <b>Karlsruhe</b> , 20 Uhr
	18. – 20.	Fuxentagung der NeuenDB in <b>Eisenach</b>
	25.	55. WKR-Ball, <b>Wien</b> , Hofburg, <a href="http://www.wkr-ball.at">www.wkr-ball.at</a> 53. CDA-Ball, Kurhaus <b>Bad Homburg</b> , Vorsitz: VACC Frankfurt/Main, <a href="mailto:gossler.marc@link-institut.de">gossler.marc@link-institut.de</a>
<b>Februar</b>	15. – 17.	GDS-Seminar „1918“ (Marc Zirlewagen, M. A.)
	29. – 1. 3.	EINSTIEG Abimesse <b>Köln</b>
<b>März</b>	10./11.	DHV-Tag, <b>Stuttgart</b>
	14.	Bismarck-Kommers der Bielefelder Korporationsverbände, Stadthalle <b>Bielefeld</b> , 20 Uhr
<b>April</b>	4. – 6.	GDS-Liederseminar „Prag“ in <b>Stolpen</b> mit GDS-Mitgliederversammlung
	5.	CDA-Convent in <b>Kiel</b>
	25. – 27.	57. BDIC-Bundestagung (vorauss. in <b>Magdeburg</b> )
	30. 4.	Maisingen der Tübinger Korporationen auf dem Holzmarkt, <b>Tübingen</b>
<b>Mai</b>	1.	Bürgerfrühschoppen der <b>Frankfurter</b> Korporationen, 10 – 16 Uhr, Museumsufer am Eisernen Steg

	1. – 4.	Akademischer Frühschoppen der Gießener Korporationen auf dem <b>Alsfelder Markt</b> , <a href="mailto:tca@alsfeld.de">tca@alsfeld.de</a> CVV des ÖCV, <b>Krems</b> Sängerschaftertag der DS Verbandstagung des WJSC in <b>Wernigerode</b>
	2. – 4.	VVDSt/VDH/VSt-Europa-Tagung, <b>Elsaß-Baden</b> , <a href="mailto:apb-gf@vdst.net">apb-gf@vdst.net</a>
	9. – 12.	27. ATB-Fest in <b>Marburg/Lahn</b> SB-Tagung in <b>Schwarzburg</b>
	9. – 13.	CC - Pfingstkongreß in <b>Coburg</b>
	15. – 18.	Burschentag der DB in <b>Eisenach</b>
	16.	Kommers des Miltenberger Ringes anlässlich der Sommertagung im Alten Rathaus, <b>Miltenberg</b>
	16. – 18.	127. Vertretertagung des VVDSt in <b>Berlin</b> , <a href="mailto:vorstand@vdst.net">vorstand@vdst.net</a>
	17.	22. Rudelsburgkommers der Rudelsburger Allianz (RA) <b>Bad Kösen</b>
	22.	<b>Tübinger</b> Stocherkahnrennen, 14 Uhr.
<b>Juni</b>	5. – 7.	Tagung der Universität <b>Jena</b> „Gebrochene Wissenschaftskulturen. Akademisches Selbstverständnis, universitäre Praxis und Wissenschaftseinsatz im 20. Jahrhundert“ (Prof. Konrad H. Jarausch).
	13. – 15.	Burschentag der NeuenDB in <b>Hannover</b> , <a href="http://www.neuedb.de">www.neuedb.de</a> 125 Jahre RSC in <b>Rudolstadt</b> (veranstaltet vom WSC) 2008 Bundestag der DG auf dem Heiligenhof in <b>Bad Kissingen</b>
<b>Juli</b>	6.	10 – 14 Uhr, <b>Marburger</b> Korporationsfrühschoppen
	17.	Nürnberger Stadtgründungskommers im Rathaus der Stadt <b>Nürnberg</b> , 20 Uhr
<b>Oktober</b>	19. – 26.	GDS-Böhmenreise nach <b>Prag</b>
	24. – 26.	Internationale Studentenhistorikertagung in <b>Prag</b> , veranst. v. ÖvfStG, SVSt, GDS, CDA
<b>November</b>	7.	Rhein-Main-Kommers, Büsing Palais <b>Offenbach</b> , Festredner: SE Dr. Friedhelm Hofmann (KDStV Burgundia Düsseldorf), Bischof des Bistums Würzburg
<b>Dezember</b>	19. – 21.	Thomastag und Thomasbummel in <b>Nürnberg</b> , <a href="http://www.thomastag.de">www.thomastag.de</a>
	24. – 26.	Internationale Studentenhistorikertagung in <b>Prag</b> , veranst. v. ÖvfStG, SVSt, GDS, CDA